



29. Oktober 1918

KARL LEUTHNER · DAS ENDE DES ÜBERNATIONALEN STAATES

NUN sind die letzten Schleier gefallen, nun müssen auch die ewig Blinden sehen. Das Vorgehen Bulgariens hat den Tschechen, Polen, Südslawen Österreichs Mut eingeflößt die Wahrheit, die sie bisher den Verständigen deutlich genug ausgesprochen haben, mit solcher schroffen Aufrichtigkeit, in so grellen Tönen in die Welt hinauszurufen, daß selbst die gläubigsten Anhänger des Habsburgerstaats in Wien und Berlin bekennen müssen: Es gibt kein Österreich mehr. Dieser Staat ist in der Idee aufgehoben, ist der bauenden und tragenden Lebenskräfte gänzlich entleert, denn die ungeheure Mehrheit seiner Einwohner verneint bedingungslos sein Dasein. Bis in die letzten Tiefen des tschechischen, polnischen, südslawischen Volkes ist der Glaube an die eigene, selbtherrliche nationale Staatlichkeit gedrungen, brennt das drängende Hoffen unmittelbarer Erfüllung. Dem internationalen Friedenskongreß harren Slawen und Romanen, von 28 Millionen Einwohnern Österreichs 18 Millionen, sehnsuchtsvoll gleich einem Erlöser entgegen; vor ihm wollen sie den Prozeß gegen den österreichischen Staat, der ihnen stets als Fremdherrschaft galt, zu Ende führen. Das alte Österreich aber sieht dem Schauspiel hilflos zu. Den Gewaltmechanismus, der allein noch aufrecht steht, wagt es nicht zu gebrauchen. Vermochte man das Urteil an dem einen Kramarz nicht zu vollziehen, wie könnte man die Millionen *Hochverräter* zur Rechenschaft rufen? Das Spiel ist zu Ende. Inzwischen hat das Kaiserliche Manifest über die Konstituierung der Nationen den Zusammenbruch Österreichs auch amtlich zum Ausdruck gebracht. Und was darauf folgte, hat die Unwiderruflichkeit dieses Zusammenbruchs bekräftigt und aller Welt gezeigt, was auf den Trümmern des Habsburgerstaates erstehen wird.

Einen nicht geringen Teil an der geschichtlichen Bedeutung der Reichsratsrede Staneks hat der heftige, ja gröbliche Ton, den der Tschechenführer anschlug. Er sagte nichts Neues und hatte nichts Neues zu sagen. Daß die Tschechen den völlig unabhängigen, schlechthin souveränen Nationalstaat anstreben, ward schon in ihrer Erklärung vom Dreikönigstag verkündet; daß sie mit keiner österreichischen Regierung in Verhandlung treten werden, ihre Erhebung zum staatlichen Dasein von dem internationalen Friedenskongreß erwarten, sprach 2 Tage vor Staneks Rede eine Erklärung aus, die von allen

tschechischen Parteien feierlich beschworen worden war. Doch der österreichische Patriotismus, der nur leben kann, wenn er sich belügt, hatte die Dreikönigserklärung ins Harmlose umzubiegen gesucht, sich der Hoffnung getröstend, im schlimmsten Fall würden irgendwelche autonomistische Zugeständnisse, die etwa den alten Wiener Zentralismus mit dem trüglichen Schein von Selbstverwaltung umkleiden, den Hunger der Völker nach eigenem Recht und eigenem Leben befriedigen. Unzweifelhaft hätten die unverbesserlich Schwarzgelben auch für die letzte Prager Erklärung ähnliche Trostformeln gefunden. Nun hat ihnen Stanek mit seiner Bauernfaust das Konzept zerrissen. Es gibt keine Ausrede und keine Beschönigung für die Tatsache, daß im Namen des geeinigten tschechischen Volkes im österreichischen Reichsrat kundgetan wurde: Kein Tscheche hat freiwillig auf seiten Österreich-Ungarns gekämpft; soweit die Tschechen mit freiem Willen an dem Weltkrieg teilnahmen, standen und stehen sie in den Kampfreihen der Ententearmee. Dieses Wort zerschneidet jeden Verbindungsfaden zwischen der tschechischen Nation und der Habsburgischen Monarchie.

Man muß den Tschechen einräumen, daß sie auf ihr Ziel geradlinig zugeschritten sind und seit langem schon die unumwundenste Sprache sprechen. Von Beginn des Krieges an war über ihre Herzstellung kein Zweifel. Sie mußten wohl in der Presse schweigen, solange das Teschener Hauptquartier Österreich durch seine Landwehrgerichte und Zensoren beherrschte. Unter dem Schrecken der Hochverratsprozesse schmiedete aber eine geheime, von Mann zu Mann tätige Propaganda das Volk zu unzerbrechlicher Einheit zusammen. Daß in dieser Nation durch lange Jahrzehnte der Entwicklung alles vom geistigen Leben bis zur wirtschaftlichen Betätigung in nationalen Zielen und Zwecken gegipfelt, alles die nationale Färbung angenommen hatte, wurde ihr jetzt zur Rettung, zum höchsten Segen. Denn Nationalisierung heißt stets zugleich Politisierung und Demokratisierung des Volkes. Hier, wo jeder Bauer ein geschulter Zeitungsleser war, konnten die von der Polizei den tschechischen Blättern gelieferten und aufgezwungenen loyalen Artikel lediglich Hohn und Erbitterung, jedoch keine Verwirrung verursachen. Eine verschwörungsartige Einmütigkeit, ein freimaurerisches Sichverstehen in geheimen Andeutungen und verabredeten Zeichen durchdrang die Nation. Eine Geschlossenheit der Stimmung wurde über alle Klassen und Schichten Meister, eine Entschlußfähigkeit zur Tat, die selbst schon Tat ist. Bei solcher geistigen Verfassung konnten die Anbiederungsversuche, die der Hof nach wiederhergestellter Verfassung mit der bedingungslos gespendeten Amnestie machte, nicht den mindesten Eindruck hervorrufen. Man nahm sie für das, was sie tatsächlich waren: für ein Bekenntnis der Niederlage, und im Bewußtsein des über Österreich davongetragenen Sieges verkündete man nun, da die engsten Schranken der Zensur gefallen waren, im Parlament, in der Presse, in der Literatur unverhohlen das Programm des selbständigen Staates. Das ging so ein volles Jahr. Beschwieg die Wiener Presse diese Kundgebungen nach Kräften, und steht sie nun vor der offenbar werdenden Auflösung Österreichs in stammelnder Bestürzung, so empfängt sie bloß den üblichen Lohn des betrogenen Betrügers. Im tschechischen Volk selbst haben sich die letzten Nachzügler, die Klerikalen, die noch vor kurzem mit dem Hof heimliche Verhandlungen wegen einer austroslawischen Umlenkung Österreichs gepflogen, dem geschlossenen nationalen

Willen gebeugt und, nachdem auch der tschechische katholische Klerus das österreichische Lager verlassen, den strengen Schwur mitgeschworen, der jedes Unterhandeln mit einer österreichischen Regierung verpönt.

Ist die völlige Abkehr des tschechischen Volkes vom österreichischen Staat die notwendige Folge seines geistigen, politischen und nationalen Reifens, so wird sie bei den Südslawen, Polen und Italienern schon durch naturgebene geographische Notwendigkeiten bedingt. Die nationale Einheit, der jedes gesunde, entwickelte Volk unwiderstehlich zustrebt, ist für diese Nationen eben nur außerhalb Österreichs, dort, wo der größte und wertvollste Teil ihrer Volksgemeinschaft lebt, zu erlangen. Die Wiener und die Buda-
pester Schlaumeier, deren ganze Staatskunst stets in dem Listen mit der nationalen Idee bestand, versuchten noch im letzten Augenblick die katholischen Kroaten gegen die Serben auszuspielen, die südslawische Lebens- und Kulturgemeinschaft durch Ausnutzung des konfessionellen Gegensatzes zu sprengen. Indes mußte der Abgesandte des Königs, der *homo regius* Graf Tisza, in Bosnien erfahren, daß nicht allein die katholischen, daß sogar die mohammedanischen Südslawen in dem gemeinsamen unabhängigen südslawischen Staat das unentrückbare Ziel ihres Strebens sehen. Unter den Slowenen jedoch sind es die römischen Bischöfe Jeglitsch und Karlin und der katholische Priester Koroschetz als Führer der Reichsratsfraktion, die sich offen zum südslawischen Staat bekennen, dessen Idee, Beispiel und Predigt der katholische Klerus in jede slowenische Bauernhütte getragen hat. Das nationale Prinzip hat sich bei den Slawen und Kroaten wie bei den Tschechen das katholische Prinzip, auf dessen Einheit und Kraft vorgeblich Österreich ruhte, völlig unterworfen und dienstbar gemacht. Mit nüchterner Klarheit hat der Allpolenführer Glombinski, der Geheimrat und frühere österreichische Minister, das obwaltende Verhältnis dargelegt. Polen, Tschechen und Südslawen, sagte er, verlangen den schlechthin souveränen Staat und in diesem Staat ihre vollendete lückenlose nationale Einheit. Nun kann Österreich weder den Tschechen die ungarische Slowakei noch den Polen Kongreßpolen und Posen, noch den Südslawen Serbien verschaffen, also wäre jedes Verhandeln mit einer österreichischen Regierung sinnlos. Wie berechtigt und wohlbegründet war überdies Glombinskis Anspruch: die Allpolen unterschieden sich von den übrigen polnischen Parteien lediglich durch stärkern Mut und unerschrockenere Ehrlichkeit, indem sie jederzeit die Vereinigung aller Polen in einem Staat als ihren Plan bekannten, während die übrigen Polen wohl ebenso dachten, aber es für klug hielten anders zu reden. In der Tat fordert jetzt eine gemeinsame Erklärung aller polnischen Parteien den polnischen Einheitsstaat, der außer Galizien, Kongreßpolen, Posen und dem polnischen Teil Westpreußens sogar Oberschlesien in sich fassen soll. Und dieses Programm, mit dem man vor den internationalen Friedenskongreß treten will, trägt nicht nur die Unterschrift des Sozialdemokraten Daszynski und des Allpolen Glombinski sondern auch die des Polenklubs, in dem die Aktivisten sitzen, die Mächler der austropolnischen Lösung, die den politischen gelehrten Kindern in Berlin die unsäglich lächerliche Meinung beizubringen wußten, es gebe Polen, die auf Posen und Westpreußen ernstlich Verzicht leisten. Auch die Polen haben innerlich immerzu eine gerade Linie der Gesinnung eingehalten, trotz allen Krümmungen und Windungen ihrer taktischen Wege und Mittel. Sie

waren in der Mehrzahl russophil vor dem Krieg, in der Ansicht, nur ein siegreiches Rußland könne ihnen nach der Besiegung Deutschlands und Österreich-Ungarns das geeinigte Polen geben. Als dann das deutsche Schwert die österreichischen Niederlagen wettmachte und Rußland niederzwang, schwenkte ein Teil der Polen zur austropolnischen Lösung über, deren einziger Sinn war, daß das polonisierte Österreich später zur Befreiung Preußisch Polens seine Bajonette gegen die Deutschlands zu kehren hätte. Jetzt, wo der Sieg der Entente die Hoffnung ist, wenden alle Polen ihre Blicke dem internationalen Kongreß zu. Die Politik der Passivisten, die reine Ententepolitik, ist heute die Politik aller Polen. Gibt es in Wien und in Berlin Enttäuschung? Dann haben sie die Enttäuschung der eigenen Wahnvorstellung beizumessen, als ob irgendwo ein Volk außer uns Deutschen denkbar wäre, dem seine nationale Einheit nicht als höchstes Gut erschiene, ein Gut, um keine anderen Vorteile feil.

Für uns Deutsche wäre noch Zeit zu lernen. Wie aber wird diese letzte Lektion, die ihm die Geschichte jetzt auferlegt, der österreichische Staat meistern? Mögen seine Anwälte unwidersprechlich dartun, daß es eine unterdrückte Nation im gewöhnlichen Sinn des Wortes in Österreich überhaupt nicht gab, keine rechtliche Verkürzung einer Sprache, keine Unterjochung durch fremdvölkische Beamte, keine Ausschließung von höchsten Rechten und Stellungen im Staat aus nationalen Gründen. Mögen sie beweisen, daß Österreich geknechtete oder gar gewaltsamer Germanisierung ausgelieferte Völker nicht kannte, daß nicht die Tore des Spielbergs sondern die Pforten der Ministerpaläste und des Herrenhauses den nationalen Führern und Berühmtheiten sich öffneten. Im großen und ganzen ist dies unstreitig richtig, wenschon die ersten 3 Kriegsjahre arge Rückfälle in die Batsche Zeit des Säbelregiments mit sich brachten, Rückfälle der Rechtsbarbarei, die freilich auch die Deutschen keineswegs verschont ließen, die indes vor allem die Slawen und Italiener tückisch trafen. Allein wollte man selbst von diesem Zwischenspiel schwachsinnig brutaler Selbstzerstörung absehen: darin liegt eben die Tragik Österreichs, daß das Wesen seines Gegensatzes zu den Völkern, aus denen es sich zusammensetzt, aus solchen Beschwerden groben Unrechts, die sich doch immerhin leicht beheben ließen, nicht mehr besteht. Es ist vielmehr die Lebensnotdurft des Staates, die auf das höchste Lebensrecht der Nationen stößt. Das Selbstbewußtsein der Völker Österreichs ist längst über das bloße Verlangen nach Gleichberechtigung, nach freier Betätigung der eigenen Sprache und Art, nach ungestörter Pflege der heimischen Gesittung hinausgewachsen: es fordert die Verkörperung seines Wesens im Staat, die Widerspiegelung seines Geistes, seiner Kultur, seiner besondern Artung in staatlicher Herrlichkeit. Jede Nation sucht nach dem Staat wie die Seele nach ihrem Leib. Nichts kann ein gesundes, selbstbewußtes, kraftvolles Volk befriedigen, nichts seine Sehnsucht stillen als die Selbstdarstellung seines kollektiven Ichs im nationalen Gemeinwesen. Auf diesem Punkt der Reife sind nun alle Völker Österreichs angelangt, und das war schon vor dem Krieg dieses Staates Krankheit, das war sein tiefstes Leiden, daß er nur leben konnte, wenn und sofern er allen seinen Nationen die höchste Ausprägung ihres ureigenen Wesens vorenthielt. Jetzt schwindet ihm hierzu die Macht, die Völker werden frei, zur Lösung drängen die nationalen Probleme Europas.



GILT das Wort von der Reife der Völker indessen auch für das zahlenmäßig stärkste und an Kulturmitteln reichste der Völker Österreichs, gilt es für uns Deutsche? Keine Nation hätte sicherlich dringenderen Anlaß aus dem Habsburgerstaat herauszustreben als die Deutschen, denn keine hat durch das Verkettetein in der widerwilligen Völkergemeinschaft ärgern Eintrag erlitten. Der bloße Hinweis auf die wirtschaftliche, lebens-technische, geistig-kulturelle Zurückgebliebenheit der Deutschösterreicher gegenüber ihren Volksgenossen im Reich und in der Schweiz, die wahrlich nicht einem Mangel an Beggabungen entfließt, muß jede patriotische Widerrede zum Schweigen bringen. Es ist die Schuld des österreichischen Staates, daß seine Deutschen zu Deutschen zweiter Güte geworden sind. Und sogar wenn dem nicht so wäre, würde nicht einem erweckten lebendigen Volk das Bewußtsein, daß an der Grenze, überall mit ihm gebietlich zusammenhängend, ein gewaltiger Staat die Mehrheit der eigenen Volksgenossen umfaßt und in raschestem wirtschaftlichen und politischen Gedeihen fortschreitet, zum stärksten Antrieb des Einheitswillens werden, der alle mündigen Völker Europas bis zu den geringsten hinab beseelt? Allein den Deutschen hat der Habsburgerstaat sogar das vorenthalten und entzogen, was sich die schwächsten österreichischen Nationen nach und nach zu erwerben verstanden. Die sogenannte Herrschaft der Deutschen in Österreich, dieses aus eigener Unwissenheit und Bedientenhaftigkeit und fremdem Übelwollen gewobene Geschichtsmärchen, war nie etwas anderes als die entwürdigendste und entsittlichendste Staatsdienstbarkeit. Unter dem Gebot technischer Notwendigkeit hat sich der Staat der deutschen Sprache vielfach als eines Verkehrs- und Verwaltungsmittels bedient, und er hat in seiner Hauptstadt Wien, um die internationale Großstaatenrolle, die eigentlich längst übertäglich geworden war, leichter vor Europa spielen zu können, eine (allerdings fadenscheinige und oft frazenhafte) deutsche Kulturmaske vors Gesicht gehalten. Zum Lohn dafür opferten ihm die Deutschen ihre besten Kräfte, bluteten sich geistig aus. Die höhere Beamtschaft, die Offiziere, die Geistlichkeit, soweit aus deutschem Blut stammend, sind eins in einer kaum faßbaren nationalen Gesinnungslosigkeit, in einer Anschauung, die nur den Herrendienst, die aus Besoldung und Bestallung quellende Meinung kennt. Die deutschen Banken sind nicht deutsch sondern international, die Wiener Zeitungen erliegen gegendeutschen amtlichen Einflüssen. Nur scheinbar ist selbst der Besitz der Hauptstadt ein Vorteil der Deutschen. Wien spricht deutsch, aber bis in die Massentiefe hinab haben hier höfische und staatliche Überlieferungen den deutschen Volksgeist fast zur Unkenntlichkeit denaturiert. Wenn da etwas Deutsches lebendig ist, so in der Form einer partikularistischen Eifersucht gegen Berlin, gegen das Reich. In der Wiener Literatur der letzten Jahre hat der gegendeutsche Geist geradezu groteske Gestalt gewonnen. Zur selben Zeit, da die Glut des nationalen und demokratischen Denkens das geistige Leben der Tschechen bis in seine feinsten Spitzen durchstrahlte und die völlige Abwendung von der Wiener Fremdherrschaft die begeisterte Losung war, die tschechische Dichter, Geschichtsschreiber, Staatsrechtslehrer, ergebene und hochgesinnte Führer und Wardeine ihrer Nation in die Menge hinaustrugen, erfanden die Wiener Literaten und Gelehrten jenen lakaienhaften Kultus des Nurösterreichertums, dessen breiteste Grundlage eine beschämende Unkenntnis, ein völliges Nichtwissen um

zwei Drittel Österreichs bildete. Das Österreichertum dieser Nurösterreicher reichte in Wahrheit nie über den Schatten des Stephansturms und über die Wiener Sommerfrischen hinaus. Deshalb bedeutet der innere Zusammenbruch des Staates zugleich die kläglichste Bloßstellung der Wiener Afteliteratur und Aftelwissenschaft, die namentlich in den Kriegsjahren auch der reichsdeutschen Harmlosigkeit ein völkererhöhendes Österreich vorzutäuschen verstand, von dem es in der Wirklichkeit nie eine Spur gab, das aber jetzt plötzlich kulturell, wirtschaftlich, ja sogar geographisch (man preßte die Ratzelschen Lehren in entehrend offiziösen Dienst) eine Notwendigkeit sein sollte. Nun hat ein kräftiger Besenstrich Staneks die ganze lyrische, epische, wirtschaftsgeographische, staatsrechtlerische Erneuerungskomödie auf den Kehrichthaufen der Geschichte gefegt.

Gleich verderbliche Bahnen zog auch die bürgerliche deutsche Parteipolitik. In den achtziger und neunziger Jahren schien unter den Deutschen Österreichs etwas wie Besinnung auf sich selbst, auf die Grundlagen des eigenen, freien, demokratischen Volksdaseins einzukehren. Doch alle diese Ansätze einer wirklichen Erneuerung im Geist des Selbstbestimmungsrechts sind in dem letzten Jahrzehnt unter der Welle des schwarzgelben Antisemitismus, sind mit der provinziellen Verknöcherung des Nationalismus und mit seinem geistlos öden Mandatskampf gegen die Sozialdemokratie verschwunden. Das Annexionsjahr 1908 brachte diese innere Selbstersetzung des Selbstständigkeitsgeistes der Deutschen erschreckend zum Vorschein. Was noch national fühlte, ging völlig in der Kleinarbeit der Schutzvereine auf, die aus einem Mittel zum Zweck wurde. Der Krakeel in den Landtagen, in den Gemeinden, der örtliche Radau und Streit mit dem nationalen Gegner füllte das ganze Denken dieser Volkshelden aus, die es denn auch im Krieg zuwege brachten durch die austropolnische Lösung die Zukunft der Deutschösterreicher den Polen und einem unvermeidlichen Krieg mit den Volksgenossen im Reich dahinzugeben, in der eitlen Hoffnung ihre deutschböhmisches Bezirksbeschwerden nach Abtrennung Galiziens gegen die Tschechen leichter durchsetzen zu können. Dem Staat gegenüber dankte die deutsche Politik vollständig ab. Irreführt von der Beflissenheit gelehrter Soldschreiber und in der geistigen und gefühlsmäßigen Einstellung auf die Gnade der Krone setzten die deutschbürgerlichen Politiker alle Launen, Übergriffe und Torheiten der Wiener Balkanpolitik, alle Übergriffe des magyarischen Imperialismus, alle gegen Italien gerichteten Ränke des lorbeerlüsternen Generalstabs in deutsche Interessen um. Man erfand den *deutschen Weg zur Adria*, erkünstelte eine Übereinstimmung zwischen deutschen Orientinteressen und den jammervollen Übermütigkeiten und Herausforderungen, mit denen der Wiener Ballplatz, freventlich auf reichsdeutsche Waffenhilfe pochend, in Serbien und Albanien den Weltbrand entzündet hat. Im Krieg kam diese Vermengung deutscher Lebensanliegen mit der kraftlos anmaßenden Vergrößerungssucht und Ländergier der Wiener Hausmachtspolitik auf ihren Gipfel. Es war noch nicht das Schlimmste, daß deutschösterreichische Federn, die reichsdeutsche Leserschaft mit betörend, für eine österreichische Lösung der serbischen und polnischen Frage, das heißt für eine Einverleibung Kongreßpolens und Serbiens stritten, obschon dies doch die völlige Slawisierung der Habsburger Monarchie, die rettungslose Verknechtung der Deutschen Österreichs hätte im Gefolge haben müssen. Ärger noch in seiner

Nachwirkung ist, daß die deutschbürgerlichen Parteien den Schein der Mitschuld an den Greueln der österreichisch-ungarischen Militärdiktatur, an den Untaten der Landwehrgerichte auf das deutsche Volk luden. Der offenen Hinneigung der Tschechen und Südslawen zur Entente hätte offene, ehrliche Feindschaft gebührt, die auch im Gegner die Überzeugung achtet. Statt dessen kleidete man sich in das Theaterkostüm des österreichischen Patriotismus, tat so, als wären die Völker verpflichtet mit ihren Neigungen dort zu stehen, wo der ihnen verhaßte Staat zufällig Partei ergriffen hatte. Man erfüllte die Luft mit Wehgeschrei über Hochverrat, über den Abfall der tschechoslowakischen Brigaden, und blieb selbst unbelehrt, als die Amnestie das Zeichen gab, wie sehr die slawischen Völker sich gerade durch ihre Auflehnung beim Hof in Achtung gesetzt hatten, wie sehr der Hof geneigt war bei den *Hochverrättern* um gutes Wetter zu bitten. Man hatte Jahrzehnte lang unter slawischen und halbslawischen Regierungen gelebt, die Slawenfeindlichkeit der Verwaltung in beweglichen Klagen sogar über-treibend verurteilt, und nun gebärdete man sich, als vertraue man felsens-fest auf eine deutsche Zukunft Österreichs, als sei diese möglich und denk-bar. Gegenüber dem machtvollen Aufsteigen, der Geschlossenheit und Ziel-sicherheit der slawischen Völker, gegenüber ihren laut ausgesprochenen For-derungen nach Selbständigkeit schwärmte man sich in eine neuartige Liebe für den österreichischen Einheitsstaat hinein, obgleich schon die nackten Zahlen der überwältigenden slawisch-romanischen Mehrheit lehren, daß ein kräftiger österreichischer Einheitsstaat ausschließlich nur ein slawisch gerichteter Staat sein könnte. Weil man sich jedoch vom Volksboden ab-gelöst hatte, weil man die Mehrheit und ihr Recht nicht gelten lassen wollte, klammerte man sich um so krampfhafter an die bestehenden, den Völkern übergeordneten obrigkeitlichen Gewalten an und wollte das kommende Schicksal und seine unabsehbaren, aus der Tiefe sich emporringenden Wand-lungen mit Patenten und Verordnungen meistern. Alles Rückständige, dem Verfall Geweihte, alles Volksfeindliche und Udemokratische in diesem Staat fand während des Krieges bis zu dem Tag, da Bulgariens Sonderfrieden die Schleier zerriß, seine Stütze und seinen Hort an den bürgerlichen Par-teien. Und nun dieser Niederbruch, dieses moralische Zusammenklappen! Man hat sich so lange gesträubt als deutsches Volk zu denken und zu han-deln, bis der offene Abfall aller nichtdeutschen Völker vom Staat ein Rest-österreich zurückließ, das sich erbärmlich vereinsamt sah und nun in seinem verlassenem Elend darauf besann, daß man ja auch sozusagen eine Nation sei. Mit Schamgefühl muß man es als Deutscher bekennen, daß erst Stanek aus den deutschösterreichischen Staatssklaven Deutsche gemacht hat.

In diesem Augenblick wurde die stets als *nicht national* befehdete und ver-keztzte deutsche Sozialdemokratie zur Retterin und Führerin ihres Volks. Auch sie war sicherlich nie ganz frei von österreichischen Schwächen, es ist ihr gemäß der Gesamthaltung ihres Volkes schwerer geworden als den slawischen Arbeiterparteien den einzig möglichen, demokratischen Grund-satz des Selbstbestimmungsrechts der Völker, des angeborenen Rechts eines jeden Volkes auf reinen Ausdruck seines politischen Daseins, sich zu eigen zu machen. Allein als echte Volkspartei konnte sie doch niemals verken-nen, daß ein Staat ausschließlich in dem Willen des Volkes wurzeln könne, daß also ein Staat mehrerer Völker ein Daseinsrecht bloß habe, falls dieses

von allen den Nationen, die ihn zusammensetzen, willig anerkannt werde. Diesem Grundgedanken entsprang schon das erste Brünner Nationalitätenprogramm, das vor jetzt 2 Jahrzehnten entworfen ward. Allerdings blieben Verdunkelungen und Fehlgriffe nicht aus. Man wird die bekannten Rennerschen Staatsbaupläne, so fein gesponnen sie sein mögen, durchaus ins Gebiet des Irrtums weisen müssen, denn sie nehmen nur scheinbar die Nation und ihr Eigenrecht zum Ausgangspunkt. Der Kerngedanke ist vielmehr der *übernationale* Staat, der seinen Völkern so viel Lebensraum, und das ist auch in den letzten Konstruktionen Renners herzlich wenig, zuweist als mit seinen Machtbefugnissen vereinbar. Die Rennerschen Gedanken haben eine ganze Aufzucht österreichischer Staatsretter großgenährt; man wagte in traumhafter Selbstverblendung den österreichischen *Völkerstaat* sogar als europäisches Muster, als Vorfrucht der europäischen Völkergemeinschaft anzupreisen. Vor dem machtvollen Wehen des echten Völkergeistes der slawischen Nationen ist dieser ganze Spuk verfliegen und zerstoßen. Die deutsche Sozialdemokratie aber hatte in den Anschauungen ihrer *nationalen Rechten* wie in dem Programm ihrer *internationalen Linken*, die beide in der Lehre vom bedingungslosen Selbstbestimmungsrecht der Völker zusammenklangen, längst die Losung gefunden, die jetzt der Ruf der Stunde wurde. Den übrigen deutschen Parteien bleibt nichts übrig als eine Erklärung der deutschen sozialdemokratischen Reichsratsfraktion für das Selbstbestimmungsrecht und die Formung eigener Nationalstaaten nun selbst anzunehmen.

Diese Erklärung macht nach zwei Stellen hin Front. Sie beschränkt das Recht der Nationen ihren Staat zu bauen durchaus nicht auf die Grenzen des österreichischen Staates. Muß es ihnen doch, wenn ihre Entscheidung wirklich frei sein soll, offen stehen sich mit den außerhalb Österreichs lebenden Volksgenossen zu vereinigen, den Deutschen wie den Tschechen, Polen, Italienern, Ukrainern und Südslawen. Doch die andere Front der Erklärung kehrt sich in den schärfsten Worten gegen die Anmaßungen des slawischen Imperialismus. Denn der jetzt proklamierte tschechische Staat soll nach den Plänen seiner Stifter alle Sudetendeutschen, 3½ Millionen, in nationale Knechtschaft werfen. So hoffen die Kramarz, Stanek und Genossen ihr tschechisch-slowakisches Imperium aus den Händen der Entente auf dem internationalen Friedenskongreß zu empfangen. Die armseligen bürgerlichen Deutschnationalen Österreichs haben nie bedacht, in welche Gefahren die Sudetendeutschen geraten müssen, wenn die Zukunft des deutschen Volkes ganz auf die Gnade des Wiener Hofes gestellt wird. Sie haben nie erwogen, daß in der Welt von heute nur die Forderungen der Völker gelten, und deswegen unterlassen, was der deutsche Anspruch ist, zu allgemeiner Anerkennung zu bringen: daß auch sie fremdvölkischer Gewalt nicht unterjocht werden dürfen, daß sie zwar über niemanden herrschen, allein auch von niemandem beherrscht sein wollen. Dieser Anspruch ist weder durch Patente noch durch österreichische Gesetze, die beide in der Welt nichts gelten, sicherzustellen, vielmehr lediglich durch den einig entschlossenen, laut kundgetanen Willen des deutschen Volkes selbst. Bloß er kann jener Forderung unangefochtene Geltung verleihen, und doch auch nur in dem Fall, wenn die Deutschen Österreichs wirklich als Volk auftreten, sich als Nation neben die Nationen reihen, in gleicher Freiheit von alter Staatsknechtschaft und mit gleichen Rechten.

Es wäre jedoch weit gefehlt zu glauben, diese Erkenntnis des einzigen Rettungswegs habe bereits die Breite und Tiefe des deutschen Volkes in Österreicher durchdrungen. Zwar gibt es Augenblicke, wo der gedankenloseste Anhänger des nationsfremden und volksfeindlichen Obrigkeitsstaats einsieht, daß dieser den Deutschen keine Zuflucht mehr zu gewähren vermag, weil ihm die Grundlagen seines eigenen Bestandes entschwunden sind, und daß folglich die Deutschen Österreichs im Fall eines Sieges der Entente die einzige österreichische Nation sind, die in Gefahr steht zerrissen und teilweise fremder Botmäßigkeit unterworfen zu werden, während beim Fortbestand Österreichs der slawische Kurs und die politische Ohnmacht der Deutschen erst recht unausbleiblich wären. Indes, breite Schichten des deutschen Volkes in Österreich sind so tief und hoffnungslos entartet, daß ihnen die Wahrung der eigenen Volksfreiheit minder wichtig dünkt als die Sorge um Zusammenflickung und Zusammenleimung des geborstenen Habsburgerstaats. An der Spitze marschieren, wie billig, die Vertreter der reinen Geldinteressen. Im Buch der deutschen Schmach muß verzeichnet bleiben, daß die deutschösterreichischen Industriellen mit einer *Rettungsaktion* begonnen haben, um die Deutschen Österreichs vor einer Vereinigung mit den Deutschen des Reichs zu bewahren. Was alle anderen Völker der Welt als das erste und zugleich höchste ihres Strebens verfolgen: die Zusammenfassung zur staatlich-kulturellen Einheitsform, das wird von den deutschen Unternehmern Österreichs unter dem Vorwand bekämpft, die Beseitigung des Zollschutzes würde das Gewerbe bedrohen; lieber will man unter slawischer Herrschaft das Haupt beugen. Und wenn dies die Unternehmer versuchen, was ist erst von den Klerikalen zu erwarten, soweit sie reine Hofinteressen vertreten?

Ist nicht die Haltung des Deutschen Reichs mit schuld an der nationalen, kulturellen, politischen Unzulänglichkeit der Deutschen Österreichs? Wissen die Deutschen im Reich, daß 10 Millionen ihrer Volksgenossen die Schicksalsfrage gestellt ist? Was würde ein anderes Volk denken und empfinden, denn ein so mächtiger, so wichtiger Volksteil staatlich obdachlos vor der Tür stünde?

LUDWIG QUESSEL · NATION, STAAT, IMPERIUM

NICHT nur für Deutschland sondern für ganz Europa haben die ersten Oktobertage 1918 das Signal zu einer politischen Umwälzung von so tiefgreifender, so gewaltiger Art gegeben wie sie in den Büchern europäischer Geschichte seit den Kriegen der großen Revolution und Napoléons nicht mehr zu verzeichnen war. Das alte Habsburgerreich, der kontinentale Rivale Frankreichs während vieler Jahrhunderte, ist nicht mehr. Aufgelöst in mehrere nationalstaatliche Gebilde, die das Werden eines tschechischen, eines großpolnischen und eines großserbischen Reiches ankündigen, denen die deutschen, ungarischen und ukrainischen Gebiete vorläufig isoliert gegenüberstehen, fehlen in Österreich-Ungarn fortab alle Möglichkeiten für die Wiederaufrichtung des alten Zustandes. Der Zusammenbruch des alten Österreichs erfolgt freilich nicht unerwartet. Denn ein Nationalitätenstaat, von dessen Nationen jede ihre eigene auswärtige Politik hat, kann im günstigsten Fall nur bestehen, wenn ihm das Waffenglück in unerhörter Weise günstig ist. Das war bei Österreich-Ungarn nicht der Fall. Es konnte im ersten Kriegsjahr seine Grenzen

vor dem feindlichen Einfall nicht schützen, es erlitt im zweiten Kriegsjahr den schweren Rückschlag in Wolhynien, und erst die russische Revolution brachte ihm eine militärische Erleichterung, die es aber durch eine anti-russisch orientierte Außenpolitik sich wieder zu verscherzen mußte. Aber auch das junge Deutsche Reich, das auf dem Boden des alten Mitteleuropas im Kampf gegen das alte Habsburgerreich, später im Bündnis mit ihm erwachsen ist, befindet sich in einem Umgestaltungsprozeß, der nicht nur insondern auch außenpolitischer Natur ist. Das neue Deutschland wird unter vollständig veränderten Verhältnissen im neuen Europa zu leben haben. Wie wird sich seine Zukunft gestalten? Ist sie wirklich so dunkel und trostlos, wie diejenigen unter uns jetzt glauben, die 4 Kriegsjahre hindurch, alle bessere ihnen entgegengebrachte Einsicht von sich weisend, durch Gewalt die anderen Mächte zu bezwingen gedachten und nun, die Wahrheit sehend, aber ihre Ursachen verkennend, alles verloren geben? Oder zeigt uns gerade dieser Ausgang des Krieges, wie wir unsere Zukunft wirklich aufbauen können?

Kein Zweifel, im Verhältnis der europäischen Völker hat eine Neuordnung Platz gegriffen, die sich vom Ural bis zu den Pyrenäen erstreckt, eine Neugestaltung, die das ganze alte Staatensystem Europas in den Schmelztiegel der Geschichte geworfen hat. Krieg und Revolution haben sich die Hände gereicht, um das alte Europa von Grund aus umzuformen. Schon offenbart sich uns das neue Europa, das aus der Friedenskonferenz hervorgehen soll, in seinen äußeren Umrissen, so daß es nicht verfrüht noch unzeitgemäß scheint einige Betrachtungen grundsätzlicher Natur über die Stellung, die Nation, Staat und Imperium auf dem europäischen Kontinent in Zukunft einzunehmen berufen sind, jetzt anzustellen.

Will man eine Lehre aus den letzten Jahren ziehen, so wird man sagen müssen, daß die Nationen sich überall weit stärker erwiesen haben als die Staaten. Das autokratische Rußland brach auch deshalb so hilflos zusammen, weil es das Recht der Nationen systematisch verneint hatte. Auf den Trümmern des autokratischen Imperiums nahmen dann die freien Völker Rußlands Platz, denen es wohl gelungen wäre haltbare Lebensformen für ein östliches, auf nationalstaatlichen Grundlagen errichtetes föderatives Imperium zu schaffen, wenn nicht die Gewaltakte der kurzzeitigen Bethmann-Kühlmannschen Randstaatenpolitik sie daran gehindert hätten. Was den freien Völkern Rußlands, wenn auch vielleicht erst nach vielen Reibungen und Fehlgriffen, hätte gelingen können, war bei den Nationen der Donaumonarchie von vornherein zum Mißerfolg verurteilt. Im Gegensatz zum alten und neuen Rußland drängten die Randvölker der Donaumonarchie ganz naturgemäß anderen staatlichen Gemeinschaften zu. Die österreichischen Polen blickten nach Warschau, die österreichischen Ukrainer nach Kijew, die ungarischen Rumänen nach Bukarest, die österreichischen Serben, die Kroaten und Slowenen nach Belgrad, die österreichischen Italiener nach Rom. Der dualistische Charakter der Donaumonarchie brachte es sogar mit sich, daß selbst das Volk, das in diesem Staat neben den Magyaren seine völlige nationalstaatliche Einheit hätte finden können, auseinandergerissen blieb, ohne die geringste Hoffnung, daß, solange Österreich-Ungarn besteht, Tschechen und Slowaken jemals staatlich zusammenkommen könnten. Die Magyaren ihrerseits strebten nun wieder nicht zum wenigsten von Österreich

deshalb weg, um die slowakischen Gebiete für sich behalten zu können. Ein ähnliches Motiv beherrschte auch den tschechischen Separatismus, der die 3½ Millionen Deutschen der Sudetenländer bei der Liquidation Österreichs als heiß begehrte Beute davonzutragen hoffte. So fehlten der alten Donaumonarchie die nationalstaatlichen Grundlagen für einen föderativen Aufbau. Es war das Unglück der Deutschen in Österreich, daß sie, statt als Nation, sich als *Staatsvolk* fühlten. Die Entwicklung des Deutschtums wurde dadurch gehemmt, ohne daß doch Österreich zu retten war. Jetzt, durch die Not der Zeit gezwungen, fangen die Deutschen an sich auf ihre eigene Nationalität zu besinnen. Jetzt beginnt auch für sie die Möglichkeit einer normalen Entwicklung und damit dasjenige Streben, das stets selbstverständlich hätte sein sollen: der Drang zur Freiheit und Einheit der eigenen Nation, die weder andere Nationen hemmt noch sich von anderen verkrüppeln läßt.

Will man den nationalstaatlichen Unterschied der beiden Nationalitätenstaaten Rußland und Österreich-Ungarn richtig charakterisieren, so wird man sagen müssen, daß die russischen Randvölker zu einer russischen Republik hin-, die österreichisch-ungarischen Randvölker von der Donaumonarchie fortstreben. Solange Rußland von dem bolschewistischen Fieber geschüttelt wird, werden sich bei den russischen Randvölkern allerdings ähnliche Erscheinungen zeigen wie bei den österreichischen. Doch handelt es sich hier lediglich um soziale Erscheinungen von zeitlich eng beschränkter Natur, während die nationalen Motive, die bei dem Separatismus der österreichischen Völker wirksam sind, so unwandelbar und unvergänglich sind wie der physische Bestand jener Völker selbst. Sobald in Rußland einmal die bolschewistische Phase beendet sein wird, ist der Weg für die Entstehung eines föderativen russischen Imperiums wieder freigelegt. Letten, Litauer, Ukrainer, Georgier und Armenier werden auf nationalstaatlicher Basis in Rußland ihr gemeinsames Reich sehen, das ihnen eine gute Mutter sein kann, weil es von ihrer Nationalstaatlichkeit nicht bloß kein Opfer verlangt, diese im Gegenteil sogar hegen und pflegen kann. Daß die Russen ihren Randvölkern in der äußern Kultur weniger bieten können als etwa Franzosen oder Deutsche, das ist diesen gerade recht. Denn sie wollen ja ein eigenes nationalstaatliches Leben erst entwickeln und blicken daher mit Mißtrauen auf jede expansive Kultur, die ihre erst im Werden begriffene erdrücken könnte. Daß man die Deutschen gerade da am wenigsten gern sieht, wo sie sich als Kulturbringer aufdrängen, ist so gesehen gar nicht so schwer begreiflich, obwohl es das deutsche Empfinden begreiflicherweise kränkt. Wir sollten uns erinnern, daß auch wir in der Sturm- und Drangperiode unserer Literatur unseren französischen Lehrern den Stuhl vor die Tür setzten. Es geht immer etwas laut und selten gerecht her, wo nationale Kulturen im Werden sind. Die ausgesprochene Hinneigung der Randvölker des Ostens zum freien Rußland braucht aber deshalb durchaus nicht als Deutschfeindlichkeit aufgefaßt zu werden. Rußland ist in seinen alten Grenzen ein so natürliches Gebilde, daß es nur durch Gewalt auseinandergehalten werden kann. Das einzig Unnatürliche am alten Rußland war sein autokratisches Einheitsstaatssystem. Nachdem dieses gefallen, fanden alle Völker des Ostens im russischen Föderalismus ihre größere, über den eigenen Nationalstaat hinausreichende Heimat, aus der sie nur durch den Machtfrieden von Brest Litowsk vertrieben werden konnten. Raste gegenwärtig nicht der Bolschewismus über die russischen Lande, so würde sich nach der Annullierung

der Brester Verträge durch unsere Anerkennung der Wilsonschen Friedensbedingungen bald zeigen, daß gerade Rußland der Welt durch Zusammenfassung vieler Nationalstaaten zu einem föderativen Wirtschaftsimperium eine neue Form der Internationalität geschenkt hat, die nicht, wie die Internationalität des Proletariats, nur als ethische Triebkraft wirkt sondern die als neue Art der Wirtschaftsführung fest und stark in den realen Verhältnissen verankert ist.

Ruhige Überlegung wird uns heute sagen, daß auch das Naumannsche *Mittleuropa* (diese Verengung der hier lange vor dem Krieg vertretenen kontinentaleuropäischen Idee, die vor allem Frankreich wie die romanischen Länder überhaupt mit umfaßte) die österreichische Krankheit nicht hätte mildern können. Die Lage der österreichisch-ungarischen Randvölker wäre dadurch in nationalstaatlicher Hinsicht noch hoffnungsloser geworden. Das alte Österreich-Ungarn konnte eben nur so lange den Rahmen für ein Staatswesen abgeben, als die nationalstaatliche Idee bei seinen Völkern noch nicht zum vollen Leben erwacht war. Ein modernes Reich ist heute in Europa nur noch da möglich, wo es nicht im Widerspruch sondern im vollsten Einklang mit der nationalen Idee steht, wo es nicht deren Erniedrigung sondern deren Erhöhung bedeutet. Das war der Fall bei dem neuen Rußland vor Brest Litowsk, das allen seinen Randvölkern volle Nationalstaatlichkeit im Rahmen eines wirtschaftlichen Föderalismus geben konnte. Die Letten, die Litauer, die Ukrainer, die Georgier, die Armenier und selbst die Finnländer brauchten, wenn sie das Zentrum ihres nationalstaatlichen Seins erreichen wollten, die Grenzen der großen russischen Bundesrepublik nicht zu überschreiten. Wie aber sollten die Tschechen, Slowaken, Rumänen, Polen, Ruthenen, Serben, Kroaten, Slowenen und Italiener in Österreich und Ungarn an ihrer Nationalkultur arbeiten, ohne beständig ihre Blicke über die österreichischen oder ungarischen Grenzen hinaus zu richten? Das physische, durch keinerlei Maßnahmen zu beseitigende Unvermögen der Donaumonarchie ihren Randvölkern die nationalstaatliche Einheit zu geben ist die Ursache des österreichisch-ungarischen Zusammenbruchs. In dem Moment, wo das innere Gefüge des Habsburgerstaates sich lockerte, mußten seine Randvölker ihren außerhalb Österreichs und Ungarns liegenden nationalstaatlichen Zentren zustreben. So ging Nordgalizien zu Polen, Südgalizien zur Ukraine, der rumänische Teil Ungarns zu Rumänien, die italienischen Gebiete zu Italien, Bosnien, die Herzegowina, Kroatien und Slawonien zu Serbien. Was übrigblieb, war das magyarische Ungarn und das deutsche Österreich, denn die Tschechen und Slowaken, obwohl mit ihrem ganzen Volkstum im Habsburgerreich beheimatet, mußten sich einerseits von Österreich, andererseits von Ungarn loslösen, um zur nationalstaatlichen Einheit zu gelangen. Für die Nationalstaatlichkeit der Randvölker des neuen Rußlands genügte das einfache Schöpfergebot: Es werde! Den österreichisch-ungarischen Randvölkern die nationalstaatliche Einheit zu geben hätte keiner Schöpferkraft gelingen können.

Wird nun aber an die Stelle des österreichisch-ungarischen Reiches nichts anderes treten? Daß die deutschösterreichischen Landesteile ihre Wiedervereinigung mit Deutschland erstreben müssen, versteht sich eigentlich von selbst. Es wird Sache einer aus allen deutschen Volksteilen, die sich zu einem neuen Deutschen Reich zusammenschließen wollen, zu bildenden

konstituierenden Nationalversammlung sein der deutschen Nation ihre staatliche Einheit zu geben, die Grenzen des Reichs zu bestimmen und so eine wirkliche deutsche Demokratie zu schaffen. Wie sich das Verhältnis des neuen Deutschlands zum Tschechenstaat gestalten wird, das hängt natürlich noch von mancherlei Faktoren ab, namentlich davon, wie sich diese Staatsbildung vollzieht, und welche Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Osten und Westen in Zukunft zu erwarten sind. Der tschechische Staat kann jedenfalls in wirtschaftlicher Isolierung auf die Dauer nicht leben. Er wird sich, rein wirtschaftlich, entweder an ein vorhandenes Imperium anlehnen oder sich einem werdenden Imperium eingliedern müssen. Er kann sich unter den Schutz der angelsächsischen Weltreiche stellen, er kann sich an Rußland anlehnen, er kann einen wichtigen Bestandteil eines neuen Kontinentaleuropas bilden. Verkehrslage und Volkswirtschaft weisen ihn ökonomisch wohl mehr auf Deutschland als auf Rußland hin. Das gilt auch für den neuen magyarischen und den rumänischen Staat, die aus der Friedenskonferenz hervorgehen werden. Nicht zu zweifeln ist auch daran, daß ein Großdeutschland, das in Freundschaft mit dem neuen Rußland lebt, gar keine Reibungsflächen mit dem neuen Großserbien hat. Und wie das alte, so wird auch das neue Italien wirtschaftlich auf Deutschland angewiesen sein.

Für die politische Stellungnahme der romanischen Völker zum neuen Deutschland wird freilich unser Verhältnis zu Frankreich von ausschlaggebender Bedeutung sein. Gemäß Punkt 8 der Wilsonschen Botschaft vom 8. Januar 1918, die von der deutschen Regierung in ihrer Note vom 12. Oktober 1918 vorbehaltlos angenommen wurde, hat sich das deutsche Volk durch seine demokratische Regierung bereit erklärt »das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt wurde, wiedergutzumachen«. Damit ist die intransigente Haltung Deutschlands, und namentlich der deutschen Linken, die die elsäß-lothringische Frage durchaus als eine innerdeutsche statt als eine internationale Frage ansehen wollte, und die in dem Kühlmannschen »Nein! Niemals!« ihren bezeichnenden Ausdruck fand, endlich, endlich aufgegeben. Das Wiedergutmachen des Unrechts von 1871 darf nun nicht in der Weise geschehen, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens wie eine Schachfigur von den am Krieg beteiligten Staaten hin- und hergeschoben wird. Es kann sich nur so vollziehen, daß das deutsche Volk der elsäß-lothringischen Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung vom Deutschen Reich zuerkennt, so daß es ihr überlassen bleibt darüber zu entscheiden, ob sie die Wiedervereinigung mit Frankreich herbeiführen oder einen selbständigen neutralen Staat bilden oder sich an einen andern Staat anschließen will. Wie auch die Entscheidung der elsäß-lothringischen Bevölkerung ausfallen wird: das deutsche Volk wird eine solche freie Auswirkung des Selbstbestimmungsrechts als Endurteil annehmen. Und diese Entscheidung wird dann für Frankreich jene Tatsache beseitigt haben, von der Wilson sagen konnte, daß sie »den Weltfrieden während nahezu 50 Jahren in Frage gestellt hat«. Die französischen Sozialisten, die gerade jetzt (während man sich in manchen Schichten ihres Landes einem, nach 4 Jahren furchtbarer Opfer psychologisch begreiflichen Siegestaumel hingibt) mit Energie für einen wahren Rechtsfrieden eintreten und jede Demütigung

des Gegners aufs schärfste verurteilen, werden dann die Möglichkeit haben jeden nationalistischen Haßwahn in ihrem Volk mit Erfolg zu bekämpfen und es auf seine wahren Interessen hinzulenken. Diese aber erfordern es, daß der deutsch-französische Gegensatz, diese Quelle kontinentaleuropäischer Kriege, die die beiden Völker abwechselnd schwächten und nur Dritten zugute kamen, der Vergangenheit angehört. Die Vorbedingungen dafür sind dann gegeben. Ob sie ausgenutzt werden, das wird ebenso von uns wie von den Franzosen abhängen. Das nationalstaatlich neu organisierte Ost- und Mitteleuropa, von Völkerzwietracht nicht mehr zerrissen, wird dann den Weg zur wirtschaftlichen Verständigung mit dem romanischen Westen jedenfalls nicht mehr durch den Felsblock Elsaß-Lothringen versperrt finden.

Was das obrigkeitlich regierte Ost- und Mitteleuropa wohl als Ideal erkannte, aber nicht zu verwirklichen vermochte: nämlich die Völker des europäischen Kontinents zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzufassen, wird dem demokratischen Ost- und Mitteleuropa kein unerreichbares Ziel mehr sein. Die Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, die zu erstreben uns der 3. Punkt der Wilsonschen Friedensbedingungen verpflichtet, wird und muß zu einem kontinentaleuropäischen Wirtschaftsimperium führen, weil eine solche Gleichheit sich durch völkerrechtliche Verträge nur unvollkommen erreichen läßt, vielmehr zu ihrer vollen Verwirklichung eine überstaatliche Organisation, eben das ökonomische Imperium, notwendig macht. Die Zusammenfassung Kontinentaleuropas, wie sie hier seit jeher gefordert wurde, bedeutet nicht die Schaffung eines Machtkörpers oder einer Mächtegruppe zur Bedrohung anderer. Sie bedeutet nur einen Zusammenschluß zu Arbeitszwecken, der die angeschlossenen Völker auf eine höhere Stufe ihres Daseins hebt, weil er eine weitgreifende Rationalisierung ihrer Produktion zu seinem eigentlichen Inhalt hat. Auf der Basis ökonomischer Vertragsverhältnisse war Kontinentaleuropa schon vor dem Krieg eine wirtschaftliche Einheit geworden, ähnlich wie Australien, Südamerika und Indien. Durch die Vereinigung seiner Völker zu einem Wirtschaftskomplex würde es auch zu einer produktiven Einheit werden und damit nicht nur seine eigene Zukunft sicherstellen sondern auch höheren Menschheitsinteressen dienen. Nichts törichter als die Annahme, daß das Streben nach diesem Kontinentaleuropa der Verwirklichung des, jetzt als Weltkriegsziel angenommenen Völkerbundes im Weg stehe. Es ist unbegreiflich und nur durch die Unkenntnis der hier seit Jahren vertretenen und immer genauer und allseitiger ausgeführten Gedanken entschuldbar, wenn selbst angesehene Publizisten den Vorwurf gegen uns erheben zu können glaubten, daß wir das eine durch das andere (wie sie vermeinten: das Größere durch das Kleinere) ersetzen wollten. In Wahrheit soll die imperiale Durchorganisation der Welt, soll im speziellen die Schaffung eines wirtschaftlich föderierten Kontinentaleuropas den Grund abgeben, auf dem sich der Bau eines wahrhaften Völkerbundes erheben könnte, eines Völkerbundes, der nicht nur durch äußere Normen zusammengehalten wird sondern durch die Ausgeglichenheit seiner inneren Kräfte zu einem unzerstörbaren Ganzen zusammengefügt ist.

Das deutsche Volk hat, außer den allgemeinen Motiven, die es dazu veranlassen müßten, auch noch besondern Grund jetzt auf dieses Ziel hinzuarbeiten. War schon vor dem Krieg das europäische Festland das weitaus wich-

tigste Absatzgebiet für die deutsche Industrie, dem gegenüber die überseeischen Absatzmärkte erheblich zurücktraten, so wird dies nach dem Krieg in noch höherem Maß der Fall sein. In Kontinentaleuropa lagen die stärksten Wurzeln der deutschen Wirtschaftskraft. Kontinentaleuropa aus dem Elend und der Armut, in die der Krieg es gestürzt hat, wieder emporzuheben ist kein Volk stärker interessiert als das deutsche. Kein Opfer ist zu groß, das für diese Aufgabe von uns gebracht werden kann. Und wenn sich jetzt auch die tiefen Schatten des Abends über die deutschen Lande breiten, so wollen wir deshalb nicht verzagen sondern daran denken, daß es früher oder später Morgen werden muß und die ersten Strahlen eines neuen weltgeschichtlichen Sonnenaufgangs bald wieder über die vom Krieg zerstampften Fluren Europas huschen werden, den neuen Tag ankündigend, der für die Völker Europas kein anderes Schwert mehr kennen darf als das Recht, keine andere Waffe als die Organisation und kein anderes Banner als die Solidarität.

MAX SCHIPPEL · AUFBAU UND AUSBAU DES REICHSARBEITSAMTS



WENN das als selbständige Zentralorganisation neugeschaffene Reichsarbeitsamt sich wirklich, und zwar dauernd, zu einem führenden Ministerium der Sozialpolitik, voll innerer Kraft und deshalb von lebenausstrahlender Wirkung, entfalten soll, so wird es kaum genügen ihm (wie dies bisher meist geschah) einen reichhaltigsten Wunschzettel von noch so ehrenvollen Aufgaben mit auf den Weg zu geben, womöglich jede mit dem dreimal unterstrichenen Beifügen Eilt sehr! Vielmehr ist es nach alter Erfahrung für ein um seine nachhaltige Geltung und Wirksamkeit erst noch ringendes Amt mindestens ebenso notwendig seinen Tätigkeitskreis von Anbeginn an möglichst klar und unantastbar abzustecken und ihn, soweit erreichbar, von dem Übergewicht und dem Nebeneinfluß benachbarter und sehr oft unmittelbar rivalisierender und entgegenarbeitender Stellen freizuhalten. Klare Grenzziehung bedeutet hier sehr oft schon die Vermeidung und Überwindung von sonst auftauchenden Hindernissen und Gefahren.

Für die Ausrüstung eines Reichsamts selber mit persönlichen Kräften und sachlichen Befugnissen ergeben sich aber noch besondere Rücksichten durch unsere eigenartige bundesstaatliche Reichsverfassung, die zwar für die Gesetzgebung (Legislative) sehr weitgehend (man kann sagen: theoretisch so gut wie unbeschränkt) die Reichszuständigkeit einräumt, die aber für die ungeheuer wichtige Ausführung (Exekutive) in geradezu beispiellosem Maß immer wieder auf den Verwaltungsapparat der Einzelstaaten hinweist. Dieser war zur Zeit der Reichsgründung ausschließlich vorhanden und zum Teil bereits hochentwickelt; die Anknüpfung an fertig Vorgefundenes und Bewährtes statt der Neuerrichtung erscheint somit vollkommen erklärlich: sie war seinerzeit durchaus zweckentsprechend und ist es vielfach heute noch. Andererseits hat die unmittlere Durchführung von Reichsaufgaben und Reichsanordnungen durch eigene Reichsorgane unter allen Umständen ihre unbestreitbaren Vorzüge. Mitunter und im großen und ganzen mit der Zeit immer mehr hat sie sich tatsächlich als ganz unumgängliche Notwendigkeit durchgesetzt. Auf jeden Fall neigt sich naturgemäß die Wagschale sehr

zungunsten der Reichspolitik und zugunsten der oft recht abweichenden Strömungen in den Einzelstaaten, je mehr das Reich sich auf bloßen Erlaß allgemeiner Vorschriften und auf blutleere Aufsichtsleitung beschränkt, je mehr dagegen die robuste tägliche Handhabung und Geschäftsführung dem Einzelstaat zufällt. Eine Reichspostpolitik, die (von den württembergischen und bayrischen Reservaten abgesehen) von der obersten Spitze bis zur untersten Hilfsstelle und Briefbestellung ganz auf sich und in sich selber ruht, ist durch einzelstaatliche Bestrebungen oder Hemmungen nicht zu durchkreuzen oder wesentlich abzuschwächen. Ein Reichseisenbahnamt dagegen mit seinen paar leitenden Köpfen kann, neben einer preußischen Staatsbahnverwaltung mit ihrem Personal von mehreren hunderttausend Köpfen, es gar nicht aufhalten wollen, daß wir im wesentlichen auf die Einzelstaaten für eine lebensvolle, beherrschende Bahnpolitik und Verkehrsentwicklung in Deutschland angewiesen sind. Liegen ähnliche Probleme der Reichssozialpolitik so ganz fern, und kann ein neues, zu tieferen Umgestaltungen berufenes Zentralamt sich einfach mit der überlieferten bundesstaatlichen Zuständigkeitsverteilung begnügen wollen?

Übermäßig stark war hier die Position des Reichs bisher sicherlich nicht. Denn greifen wir beispielsweise aus der behördlichen Durchführung des Arbeiterschutzes eines der wichtigsten Verwaltungsglieder, die Gewerbeaufsicht, heraus, so ist diese rein einzelstaatlich geblieben. Wir haben preussische, sächsische, bayrische, württembergische, badische Gewerbeinspektionen mit örtlich und zeitlich stark abweichender sozialpolitischer Grundfarbe von Einzelstaat zu Einzelstaat. Wir haben aber noch nicht einmal eine gesonderte, einheitlich richtunggebende und ausgleichende, den Einzelstaatsunterbau krönende und überragende Reichsstelle für Gewerbeaufsicht. Was weiter die selbständigen Ausführungsbestimmungen der einzelnen Länder bedeuten, weiß jeder Benutzer von Kommentaren der Gewerbeordnung. Für jeden größern Einzelstaat hat ein besonderes Erläuterungswerk einen Vorrang gewonnen, nicht immer um seiner inneren Vorzüge willen, sondern weil andere Kommentare die speziellen Anordnungen und Erlasse des betreffenden Einzelstaats nicht eingehend genug wiedergeben. Das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe verkörpert einen um so größern sozialpolitischen Einfluß, je mehr es für fast zwei Drittel der Reichsbevölkerung die wirkliche sozialpolitische Verwaltungsorganisation zusammenfaßt und lenkt, und je mehr es durch seine Ausführungsanweisungen den Rahmen der Reichsgesetze ausfüllt: oft noch weit über die Grenzen Preußens hinaus, da andere Einzelstaaten sich häufig unbesehen dem preussischen Vorgehen anschließen (das übrigens vor und nach der Berlepschzeit recht häufig ein wirkliches politisches und geistiges Voranschreiten innerhalb ganz Deutschlands war). Hat das neue Arbeitsamt nicht manchen Anlaß auch Reformen nach dieser Seite der Exekutivgewalt ins Auge zu fassen?



Die Grenzabsteckung des Tätigkeitsbereichs brauchte zunächst keine übermäßigen Kopfschmerzen zu bereiten, weil man einfach festgegebene Abteilungen, früher des Reichsamts des Innern, später des Reichswirtschaftsamts herausnehmen und in einer selbständigen Bildung abermals zusammenfügen konnte. Am Anfang des Jahres wurden an das Reichswirtschaftsamt aus dem alten Verband des Reichsamts des Innern abgezweigt:

die Fragen des Gewerbewesens (Gewerbeordnung) einschließlich Kinogesetz, Bühnengesetz, Arbeiterschutz, Sonntagsruhe, ferner Berufsvereine, Handlungsgehilfen, Privatangestellte (mit Ausnahme ihrer Versicherungen), Werkmeister und Techniker, Tarifverträge, Arbeitskammer-, Einigungswesen, Koalitionsrecht, die Verhältnisse des Arbeitsmarktes, Arbeitsnachweiswesen, Arbeitslosenfürsorge und -versicherung, die Mittelstandsfragen, das Genossenschafts-, Hypotheken- und Sparkassenwesen, Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter, Lotterie und Spielbanken, Volkszählungen, ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt: unter Leitung des Unterstaatssekretärs Caspar;

die Fragen des Versicherungswesens, der Arbeiterversicherung, insbesondere die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter, die Versicherung der Angestellten (Reichsversicherungsamt und Reichsversicherungsanstalt für Angestellte), die Kriegswochenhilfe, das private Versicherungswesen (Aufsichtsam für Privatversicherung), das Pensionskassenwesen, das Haftpflichtgesetz, Wohlfahrtseinrichtungen im allgemeinen, Jugendfürsorge, Kriegswohlfahrtspflege (Reichsbeihilfen), soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge und Zusatzrenten, die Fragen des vaterländischen Hilfsdienstes, der Wohnungsfürsorge: unter Leitung des Geheimen Oberregierungsrats Wuermeling.

Diese Gliederung und Zusammenordnung ist nunmehr glatt übernommen worden, nur daß die Mittelstandsfrage, das Genossenschafts- und Hypothekenwesen wegblieben. Diese Kürzung kann im großen und ganzen nur der stärkern Zusammendrängung der gesamten Tätigkeit dienen und dadurch dem Amt lediglich nützen.

Nur ließe sich die Frage aufwerfen, ob das Lehrlingswesen wie überhaupt die Nachwuchsheranziehung und -schulung im Gewerbe, neben der oben mitgenannten, wesentlich anders gestalteten Jugendfürsorge, nicht in erster Linie gleichfalls der neuen sozialpolitischen Zentrale anzuvertrauen wäre. Die Gewerkschaften des Inlands und Auslands haben sich bekanntlich mehr und mehr diesem Gebiet mit zuwenden müssen, und dem Reichsarbeitsamt wird es aller Voraussicht nach kaum anders ergehen. Auch darüber wären Zweifel zu äußern, ob die Angelegenheiten der Auswanderung und der ausländischen Arbeit wie seit altersher beim Reichsamt des Innern zu verbleiben hätten. Man weiß, wie sich die Auswandererfürsorge mit dem Arbeiterschutz, die Agentenüberwachung mit der Bekämpfung der Auswüchse der Stellenvermittlung mannigfach berührt. Wiederum die ausländische Arbeit gehört zum Arbeitsmarkt, zum Koalitions- und Vereinsrecht, in oft ganz besonderer Eigenart zum Arbeiterschutz, zur Arbeiterversicherung, zur Wohnungspolitik. Warum so eng Zusammengehöriges auseinanderreißen und der wahrscheinlich sachkundigsten und zweckmäßigsten Behandlung entziehen? Umgekehrt wären das Sparkassenwesen, Lotterien und Spielbanken, das Kino- und Bühnengesetz (soweit es nicht das Recht und den Schutz von Arbeitern und Angestellten betrifft) und selbst die Volkszählung ganz gut und sogar noch besser an anderer Stelle aufgehoben.

Nun läßt aber die ausdrückliche Nennung der Handlungsgehilfen, Privatangestellten und der landwirtschaftlichen Arbeiter neben der Gewerbeordnung gar noch vermuten, daß im übrigen alle nichtgewerblichen Arbeiter, also vor allem die Hunderttausende von Staats- und Gemeindearbeitern, ferner zahllose Arbeiter in Betrieben, bei denen die Gewinnerzielung und der äußerliche gewerbebetriebliche Zuschnitt nicht das Wesentliche bilden, der gesetzgeberischen und verwaltenden Zuständigkeit des Reichsarbeitsamts an sich entzogen bleiben sollen. Das wäre von vornherein ein

schwer wieder gutzumachender Mißgriff, um so mehr, als gerade nach dieser Seite einige der drängendsten und tiefstgehenden Reformforderungen laufen. Das Arbeitsamt, wie es stets gedacht war, soll die Zentralstelle für die Förderung einer großen, jungen, von der überlieferten Gesetzgebung und Verwaltung vernachlässigten wirtschaftlichen Klasse sein: für alle, deren Wirtschaftsdasein ausschließlich oder ganz überwiegend auf der Arbeit in fremdem Dienst, auf dem Lohneinkommen, auf dem Arbeitsvertrag, oder auf sozialökonomisch gleichwertigen Grundlagen beruht. Formalrechtlich, in allererster Linie infolge und innerhalb der Gewerbeordnung, mag der Begriff des Arbeiters wechseln und sich einengen, sozialökonomisch ist er durch die Arbeit gegen Lohn, durch das Lohnverhältnis jeder Art grundbestimmt, und es ist für die hieraus sich ergebenden Abhängigkeitsbeziehungen, Schäden und Gefahren vollkommen gleichgültig, ob der Arbeitgeber ein Staat oder eine Gemeinde in der Erfüllung von staatlichen oder öffentlichrechtlichen, gemeinnützigen Aufgaben ist, oder ein privater Erwerbstätiger mit Gewinnstreben, wie dies die Gewerbeordnung voraussetzt. Ein zeitgemäßes Ministerium für Sozialpolitik darf hier den einzig folgerichtigen und ausreichenden Standpunkt nicht preisgeben, will es einige der wichtigsten Gebiete der Sozialreform nicht fremder, viel weniger erfahrener und weniger unbeeinflusster Leitung anvertrauen.



AS die Exekutive und die dafür nötigen Kräfte anlangt, so hat die Sozialdemokratie, ihrer etwas schablonenhaft zentralistischen politischen und wirtschaftlichen Erziehung und Vorstellungsweise getreu, schon im Norddeutschen Bund Bundesinspektoren verlangt und später im Reich noch wiederholt, bis zur jüngsten Zeit, von oben bis unten das durchgängige Reichsinspektorat, bis zur vollsten Ausschaltung der Einzelstaaten auf diesem wichtigen Feld. Auch die gewerkschaftlichen Anschauungen haben sich wohl immer mit Vorliebe in dieser Bahn bewegt, und eine Eingabe des Deutschen Holzarbeiterverbands forderte deshalb im Dezember 1913 von Bundesrat und Reichstag »1. Durchführung der Gewerbeaufsicht durch das Reich, 2. Vermehrung der Aufsichtsorgane bei den Gewerbeinspektionen, um eine gründliche und wiederholte Revision aller Betriebe zu ermöglichen«.

Jedoch, vielleicht kommt das Reich hier überhaupt zu spät. Im Gegensatz zur Arbeiterversicherung, wo beispielsweise bei der Unfallverhütung, diesem wichtigen Teil des Arbeiterschutzes, die Berufsgenossenschaften und deren technische Aufsichtsbeamte durchaus und unmittelbar dem Reich, dem Reichsversicherungsamt, untergeordnet sind. Die Reichsarbeiterversicherung sah sich eben einem viel weniger vorbestellten Schaffungsfeld und, bis auf die Knappschaften und die ersten Krankenhilfskassen, keinen bereits festgewurzelten Interessen gegenüber; sie vermochte deshalb über ihre Einrichtungen und deren Aufbau vollkommen frei und unbefangen zu entscheiden.

Vielleicht ist es angesichts des vorliegenden, kaum so leicht abänderlichen Sachverhalts auch viel angemessener den größern Nachdruck auf die Errichtung einheitlicher Normen für die Ausgestaltung der einzelstaatlich bleibenden Gewerbeaufsicht zu legen. Denn nicht nur ist in den verschiedenen Reichsteilen die Heranziehung oder Nichtheranziehung von Frauen, von Arbeitern, von Ärzten in recht bunter Willkür vertreten. Auch die Machtbefugnisse der Beamten gleichen sich keineswegs. So scheint der

wichtige Schritt, den Preußen nach dem Vorbild einiger anderer Regierungen 1913 vollzog: die Befugnis zum selbständigen Erlaß polizeilicher Verfügungen im Sinn der §§ 120d, 120f Absatz 2 und 137a Absatz 3 der Gewerbeordnung den Beamten nicht länger vorzuenthalten, noch lange nicht von allen einzelstaatlichen Regierungen nachgeahmt. Dafür hält wiederum Preußen seine ausgedehnten Staatsbetriebe gegen den Zutritt der Gewerbeaufsichtsbeamten streng verschlossen, während in Württemberg und zum Teil auch in Bayern der Eisenbahnminister durch besondere Verwaltungsverfügung die ihm unterstellten staatlichen Betriebe für die gleiche Aufsicht öffnete. Das Zusammenwirken von Gewerbeaufsichtsbeamten und technischen Aufsichtsbeamten der Unfallversicherung soll sich, unterstützt von gesetzlichen Reformen wie bei der Reichsversicherungsordnung, merklich gebessert haben; aber noch immer ertönen Klagen über mangelhafte Fühlung zwischen Gewerbeinspektion, Polizei, Bauamt, Berufsgenossenschaften, Kesselüberwachungsvereinen, Kreisarzt und schließlich auch noch Beauftragten der Handwerkskammern und Innungen. Wie einst durch die grundlegenden bundesrätlichen Normen für die Dienstregelung vom 19. Dezember 1878 könnte durch eine zentrale Neunormierung vielleicht Wertvolleres auf dem Gebiet der Exekutive erzielt werden als durch einen wenig hoffnungsvollen Sturm- lauf gegen die partikularstaatliche Aufsicht und Vollstreckung überhaupt.

Ob auch durch heute bereits geplante Gesetzgebungswerke, wie etwa die Arbeitsnachweisregelung, die Wohnungsreform, dem Reich und dem Reichsarbeitsamt besondere, bei Meinungs- und Interessenverschiedenheiten gewichtige und ausschlaggebende Kräfte der Überwachung und Durchführung zuwachsen werden, läßt sich heute nicht übersehen. Unter allen Umständen sollte das Reichsamt darauf halten möglichst wenig auf die eigene unmittelbare Oberleitung und Einflußnahme der Reichszentrale zu verzichten und dauernd seine eigene Position durch Stärkung seiner exekutiven Kräfte und Rechte möglichst zu verbreitern und zu erhöhen, sowohl gegenüber den widerstrebenden sozialen Gesellschaftsmächten wie gegenüber den rivalisierenden, vielleicht innerlich feindseligen und gegebenenfalls offen entgegenarbeitenden Regierungsämtern im Reich und in den Einzelstaaten.



ALS ein gutes, oft ganz unentbehrliches Mittel nicht nur der geistigen und gesetzestechischen Vorbereitung sondern auch der tatsächlichen Verwirklichung und Ausgestaltung von Reformen haben sich ferner die Beiräte auf den mannigfaltigsten politischen und wirtschaftlichen Gebieten, oft bereits in langjähriger Mitarbeit, erwiesen.

Wenn ich recht sehe, so wäre den alten, jetzt neu zusammengefügtten Abteilungen des Reichsamts des Innern und des Reichswirtschaftsamts nur (vom Statistischen Amt herüber) der Beirat für Arbeiterstatistik zur Seite gestellt gewesen¹⁾: eine vom Schicksal wenig begünstigte Schöpfung des Caprivi-Rottenburg-Kurses, deren Verkümmern und Lebloßigkeit wohl nicht nur aus den wechselnden sozialpolitischen Launen im Reichsamt des Innern und im Reichskanzleramt herzuleiten sind. Dieser Beirat entstand, um vor allem

¹⁾ Bis jetzt ist übrigens die Arbeitstatistische Abteilung der allgemeinen Reichsstatistik noch nicht dem Reichsarbeitsamt ausdrücklich angegliedert. Bei der Arbeiterstatistik mag die Trennung noch angehen, beim veränderten oder unveränderten Beirat ist sie ganz undenkbar.

den Bundesrat auf Grund des § 120e (heute 120f) der Gewerbeordnung zu raschen einzelgewerblichen Erlassen über die Einschränkung übermäßiger, gesundheitsschädigender Arbeitszeit (nach Art der Bäckerei-, Gastwirtsgehilfen- und ähnlicher Verordnungen) zu befähigen und zu bewegen. Um keine störenden, die Raschheit des Vorgehens hemmenden Außenseiter erst zuzulassen, zum Teil auch, weil gegen die Ausschaltung des Reichstags bei so wichtigen, einschneidenden Schritten häufig Bedenken geäußert worden waren (die Bundesratsverordnungen, die den Normalarbeitstag wenigstens für bestimmte Berufe einleiteten, sind dem Reichstag nur zur Kenntnisnahme vorzulegen), wählte man den Aufbau der Kommission nicht besonders glücklich: halb auf Bundesrats-, halb auf Reichstagswahl beruhend. Aber auch sonst zeigte sich nach ein paar schaffensfreudigen Anläufen die Wirksamkeit der Kommission (wie sie anfangs hieß) unterbunden, so daß sie seit Jahren nur noch auf dem Papier steht und bereits Jahre vorher nur noch dahinsiechte. In verjüngter Gestalt wird sie sicherlich abermals von Nutzen sein können.²⁾

Noch nötiger werden sich aber andere Beiräte erweisen, für die Sache selber, zugleich jedoch um dem Reichsarbeitsamt mit der sichern, zuverlässigern Orientierung zugleich eine gute Rückendeckung zu bieten. Auch der Reichstag beschloß hier schon am 5. Juli auf Antrag der Abgeordneten Gröber und Genossen:

»den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

einen ständigen Beirat aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Zuziehung von sozialpolitischen Sachverständigen zur Beratung sozialpolitischer Fragen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung, insbesondere auch der Übergangswirtschaft zu berufen,

unverzüglich einen besondern ständigen Ausschuß zur Vorbereitung der Fragen der Sozialpolitik, die Arbeiter und Angestellten betreffend, zu errichten.

Mindestens die zweite Körperschaft würde ausschließlich dem Reichsarbeitsamt zufallen, und dieses sollte die Grundlinien von deren Zusammensetzung (ebenso wie bei etwaigen Sonderbeiräten für Tarif- und Einigungswesen, für Arbeitsnachweis und ähnliches) mit fester Hand und unparteiischer Umsicht selber vorzeichnen suchen. Das unzweckmäßige System: halb Bundesrat und halb Reichstag, wäre von vornherein dabei auszuschneiden.



NDLICH könnte das jüngste Reichsamt seine Stellung noch wesentlich dauernd stärken, wenn es ihm gelingt eine geordnete, regelmäßige und eindringliche Verbindung mit der öffentlichen Meinung, mit den Arbeiterverbänden jeder Art, mit den für jede Reformbewegung so überaus wertvollen Intellektuellen und mit allen nicht ganz unverbesserlich Gleichgültigen und Stumpfsinnigen herzustellen.

Nach dieser Richtung wäre vor allem an die gründliche Umgestaltung des Reichsarbeitsblatts zu denken, das von allem Anbeginn an unter seinem vorwiegenden Zuschnitt auf die bloße Arbeiterstatistik hin litt, und das zuletzt (nicht erst seit der Kriegszeit, die selbstverständlich hier ganz außer Betracht bleiben muß) und sogar in der Sozialstatistik unter einer lähmenden Einseitigkeit und Unbeweglichkeit litt. Die österreichischen, englischen, amerikanischen, romanischen *Rundschaue*n, *Gazetten*, *Bulletins*,

²⁾ Siehe darüber Schippel Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch /Berlin 1902/, die Abschnitts-Kommission für Arbeiterstatistik, Seite 810 ff., und Maximalarbeitstag, Seite 876 ff., auch Arbeitsamt, Seite 120 ff.

Revue der Arbeit, und wie sie sonst noch heißen mögen, sind meist auch keine Muster von sozialpolitischer Aufgewecktheit und Vielseitigkeit, aber in ihrer Gesamtheit gewähren sie doch sehr viel Wertvolles, das wir bei dem deutschen Seitenstück mit seinem ganz unverhältnismäßigen Überwuchern der bloßen Arbeitsmarktbeobachtung, bitter vermissen, und zweifellos lassen sich aus ihnen zahlreiche Fingerzeige für die Anlage und den Ausbau eines, in seinem Einfluß nicht zu unterschätzenden Förderungsmittels der Sozialpolitik und der sozialpolitischen Aufklärung entnehmen. Auch Organe wie Handel und Gewerbe, die Zeitschrift für die zur Vertretung von Handel und Gewerbe gesetzlich berufenen Körperschaften, könnten in manchen Beziehungen als Vorbild herangezogen werden. Und selbst das Organ der Handwerksgesetzgebung, das im Auftrag des Deutschen Handwerks- und Gewerkekammertags, mit einer Beihilfe aus Reichsmitteln, herausgegebene Deutsche Handwerksblatt, entspricht seinem, allerdings relativ engen Wirkungskreis verhältnismäßig weit besser und vielseitiger. Vielleicht werden die Bedürfnisse der künftigen Arbeitskammern sich ein eigenes Sonderorgan schaffen. Aber selbst dann bliebe auch nach dieser Seite dem Reichsarbeitsblatt die zentrale, führende Stellung, und jede inhaltliche Bereicherung und jede Entlastung von umfangreichen statistischen Wiederholungen (die ruhig einer ergänzenden Beilage anvertraut werden könnten) müßte der Sozialpolitik und damit dem Wirken des Reichsarbeitsamts wesentliche Dienste leisten.

Auf jeden Fall sollte ein neues Amt sich nicht einfach mit der Zuweisung alter Zuständigkeiten und Einrichtungen begnügen. Eine neue Leitung und Verwaltung wird auch manche neue Einrichtungen brauchen, um sich selber zu befestigen und die Sache zu fördern.

RAPHAEL SELIGMANN · VOM SELBSTBEWUSSTSEIN

DAS Bewußtsein ist unbewußt: Dies ist so richtig, daß, jemehr ich mich beispielsweise in irgendeine Betrachtung vertiefe, je anhaltender ich irgendeinen Gedanken ganz verfolge, je intensiver also mein Bewußtsein arbeitet, ich um so weniger von ihm weiß, sich um so weniger mein Ich zu erkennen gibt.

Der Prozeß des Bewußtwerdens ist ein unbewußter Prozeß. Ich bin mir der Dinge um mich her bewußt; aber ich bin mir dieser Bewußtseinszustände nicht im geringsten bewußt. Mit anderen Worten: Ich sehe, höre, betaste und fühle die Dinge meiner Umgebung, aber ich sehe nicht mein Sehen, höre nicht mein Hören, taste nicht mein Tasten und fühle nicht mein Fühlen. Für den harmlosen Verstand sind zunächst die Dinge da, und er würde sich darob verwundern, wenn man ihm gesagt hätte, er habe ein Bewußtsein von den Dingen. Und wenn gewisse Philosophen sagen, daß die wahrgenommenen Dinge sich letzten Endes in die Zustände des wahrnehmenden Subjekts auflösen lassen, so mag es stimmen oder nicht, aber das wahrnehmende Subjekt hat von diesen seinen Zuständen nicht die geringste Ahnung. Das Empfinden und Fühlen der Dinge vollzieht sich in dem empfindenden und fühlenden Subjekt mit der selben Notwendigkeit wie das Fallen eines Steines, ist also ein blinder Prozeß, gleich allen anderen Prozessen der äußern Natur. Das Bewußtsein ist kein Ausgangs- und Anfangspunkt, wie es idealist-

weit über unsere Kreise hinaus als völlig sicher. Dadurch kam es, daß das ganze Rätsel der Frauenarbeit von großen Schichten der Arbeiter gar nicht erst erörtert wurde. Diese Nuß zu knacken überließ jeder gern denen, die weibliche Mitarbeiter um sich hatten; die mochten es mit sich ausmachen und sich den Kopf zerbrechen, wie sich dieser Knoten einmal lösen würde.

Freilich, ganz unberührt blieben auch die von der Frauenarbeit entfernten Berufe nicht. Wurde auch ihr Arbeitsmarkt durch das Angebot weiblicher Kräfte mittelbar nicht belastet, so bekamen sie dafür männliche Angebote aus den Berufen, in denen der Mann durch die Frau vertrieben oder überflüssig gemacht worden war. Es ist aber eine recht unliebsame Begleiterscheinung all dieser sozialen Verschiebungen, daß ihre Quellen tief verborgen sind; besser gesagt: daß sich die Schäden nur sehr langsam auswirken. Es gehört schon ein feines Ohr für diese unangenehmen wirtschaftlichen Mißtöne dazu, um sogleich den ungeschickten Musikanten mit den übelgestimmten Saiten festzustellen. Meistens bleiben den wirtschaftlich Ungeschulten die inneren Zusammenhänge überhaupt unklar; sie treten sehr wenig greifbar auf, ihre Folgen verteilen sich auf so große Zeitspannen, daß es schwer ist nachzuweisen: dort und dort ist diese oder jene Ursache schuld. Die erkennt wohl der Volkswirtschaftler, der Politiker, selten dagegen der, dem ihre Saugarme direkt an das Blut gehen.

Damit ist zum Teil erklärt, warum Jahre um Jahre die Frage der Frauenarbeit nur von wenigen diskutiert wurde. Rechnet man hinzu, daß bis in weite Kreise der Arbeiterschaft das weibliche Geschlecht trotz *Aufklärung* nicht für voll genommen wird, so haben wir einen neuen Belastungsposten. Ich sehe im Geist, wie viele die Arme abwehrend erheben: Wie kannst du so was behaupten! Der Satz ist aber mit größtem Bedacht niedergeschrieben. Es gibt in keiner Frage so viele Heuchler, widerwillige Mitläufer, innerliche Gegner wie in den Dingen, die mit der Heranziehung und Bildung der Frau zusammenhängen. Darin sind viele von unseren sonst lieben Freunden nicht bloß Spießbürger geblieben (das ginge noch an), nein, sie sind direkt Rückwärtser. Man sehe sich doch in Arbeiterkreisen bis hinauf zu den sogenannten gehobenen Schichten um, wie viele ihre Frau mit in die vorderen politischen Schützengräben nehmen. Die meisten Männer bringen ihre Frauen grundsätzlich nirgends hin; sie sind ihnen entweder zu gut oder (sie schämen sich auch nicht es zu sagen) zu dumm. Du verstehst das doch nicht! Das ist nichts für Frauen! Dafür taugt du nicht! Das sind so einige Klischeereden, die im Grunde alle den gleichen Ursprung haben: eifersüchtig darüber zu wachen, daß die Frauen nicht Einblick in Dinge erhalten, von denen die Männer annehmen, sie allein seien dafür verantwortlich. Ja, viele schämen sich wirklich mit der Frau darüber zu plaudern. Sie wollen nichts als ein Wesen um sich haben, das ihnen wäscht, kocht, putzt, die Abende mollig macht. Aber politische Gesinnungsfreundin, wirtschaftliche Kampfgenossin? Lächerlich!

Ein Beispiel von vielen: Vor wenigen Jahren sollte eine Frau in den Vorstand einer Genossenschaft gewählt werden. Es war schwer eine Frau aufzutreiben, die selbst als Mitglied gerichtlich eingetragen war; überall war es nur der Mann. Dabei ist die Genossenschaft doch wirklich gerade etwas für die Frauen. Viele haben zwar ein Parteimitgliedsbuch auf den Namen der

Frau. Aber in der Parteiversammlung heißt es: Das verstehst du nicht! Diese Barbarei muß sich in der ganzen Frauenfrage, von der einfachen Arbeit in der Fabrik bis zum Eintritt von Frauen in die Regierung und ins Parlament, bemerkbar machen. Der Organisationsfreudigkeit der weiblichen Mitarbeiter gibt diese Zurücksetzung natürlich einen schweren Schlag. Wer mit der Organisierung von Mädchen und Frauen zu tun hat, wird verständnisvoll nicken, wenn er diese Zeilen liest; die anderen aber werden auch zum gleichen Resultat kommen müssen.

Die Frau als Arbeiterin müßte eigentlich das gleiche Interesse an allen Arbeitsvorgängen und Berufsverhältnissen wie der Mann haben. Sie hat es leider nicht. Zunächst wirkt hier die eben erwähnte Zurücksetzung interesselöstend mit. Weiter aber die Auffassung der Arbeiterinnen, für sie sei die Beschäftigung nur ein Durchgangsstadium: Wir werden doch wieder hinausgeworfen. Ich bleib nur, bis mein Mann wiederkommt. Für mich hat es keinen Zweck, ich will bald heiraten. So klingt es zu hundertmalen den Vertrauensleuten entgegen, von der Auffassung der Arbeit als Lebensberuf keine Spur. Aus diesen Antworten ergibt sich auch das andere: Die weiblichen Kollegen betrachten die ganze Sache rein als Geschäft. Sie rechnen: Was steckst du hinein, was kannst du dafür erwarten? Die überragende Bedeutung des ganzen Organisationsgedankens als Quelle wirtschaftlicher Macht muß ihnen völlig fremd bleiben. Wer hat sie dergleichen auch jemals gelehrt? Und haben wir nicht Hunderttausende von Männern, die noch auf gleicher Stufe stehen? Man klage die Frauen nicht an, gehe lieber den Ursachen nach und helfe ihnen diese fürchterliche Verdrossenheit in allem, was Sammlung, Gliederung, Zielsicherheit und Richtung ist, zu überwinden. Sie haben alle Ursache dazu. Es ist nicht ganz richtig zu sagen, daß die Frauenarbeit erst während des Krieges bei dem Unternehmertum beliebt geworden ist. Die Arbeiterin war den Unternehmern schon immer ein willkommenes Objekt. Die Liebe zu ihrer billigen Arbeitskraft ist nicht neu; neu ist nur die Gegenliebe von der andern Seite, die durch die Not entstand. Dazu kommt das Bedürfnis der Kriegswirtschaft, das mitwirkt die beiden einander zuzuführen. Die Arbeit der Frau hatte schon immer mehrere, dem Kapital angenehme Seiten: größere Ausbeutungsfähigkeit, willigere Anpassung, mehr Geduld, unterwürfige Einordnung; alles Dinge, die dem Fabrikherrn höchst willkommen sind. Wir haben gegen diese Eigenschaften an sich nichts einzuwenden, wenn sie von dem Selbstbewußtsein als Arbeiter getragen sind. Aber damit hapert es in der Regel. Die Arbeiterinnen übersehen, daß sie mit dem männlichen Kollegen an einem Strang ziehen müssen. Was sie hier versäumen, richtet sich wieder gegen sie selbst, und in verstärktem Maß.

Hier muß eingesetzt werden. Nicht mit Gewerkschaftsversammlungen und Vorträgen sondern mit methodischer Ausbildung. Beginnt diese aber erst, wenn die Frau schon an der Werkbank steht, so kommt sie zu spät. Manchmal habe ich mich schon gefragt; ob die Versammlungsarbeit, wie wir sie bisher betrieben haben, für die Männer richtig ist; für die Frauen ist sie es ganz bestimmt nicht. Da sitzen 200 Fabrikarbeiterinnen um den Redner, der von der Bedeutung einer Verkürzung der Arbeitszeit spricht. Von den 200 sind vielleicht 20 imstande den Ausführungen zu folgen; die übrigen vernehmen nur Worte, wie wir es regnen hören. Oder der Redner spricht vom

dem Kampf ums Dasein, verbreitet sich über Darwin, um dann auf die Wichtigkeit einer 10prozentigen Lohnerhöhung und gemeinsamen Vorgehens zu kommen. Wir überreden die Frauen, aber wir überzeugen sie nicht. Gewiß, von der Wichtigkeit einer Lohnerhöhung kann ich jeden überzeugen. Aber ihm dazu auch nur ein klein wenig Verständnis für den wirtschaftlichen Zusammenhang beizubringen, das ist schon etwas anderes. Deshalb muß die Art, wie wir Frauenbildung und Frauenaufklärung betreiben, grundsätzlich anders sein als bei Männern. Diese haben ihre Abende, ihre Zeitung, ihre Kollegen, ihre gemeinsamen Belehrungen anderer Art; die Frau dagegen rennt von der Fabrik nach Hause, besorgt die Familie, beladet sich mit den tausend Kümernissen des Lebens, die jede freie Regung hemmen und ablenken. Solchen gequälten Menschen gebührt ein anderes Maß von Aufklärung. Hier haben wir viel nachzuholen und neu zu lernen im Interesse der weiblichen Arbeitskräfte, die dann auch unsere Reihen stärken werden. Ist die Frau erst einmal aufgeweckt, so erweist sie sich als viel zuverlässiger als ~~mancher~~ Mann. Das ist für die Zukunft der Frau besonders wichtig, da nicht damit zu rechnen ist, daß etwa mit dem Krieg die weibliche Erwerbsarbeit aufhört.

Es liegt mir fern hier zahlenmäßige Nachweise dafür zu erbringen; in den bereits veröffentlichten Artikeln der Sozialistischen Monatshefte ist dafür Material in Hülle und Fülle zusammengetragen worden. Es ist bewiesen worden, wie durch die Kriegswirkungen die Familie zerrissen, die Wirtschaft umgestellt ist, so daß nunmehr die Frau aus Bureau, Post, Bahn, Fabrik und Werkstatt nicht mehr verschwinden wird. Es gibt Leute, die das bedauern. Das sind die, die nicht begreifen können, daß es möglich gemacht werden muß durch öffentliche Einrichtungen der Frauenarbeit ihre Schrecken zu nehmen, indem die Gesellschaft Maßnahmen trifft die Frau zu entlasten. Wer kann bestreiten, daß durch Massenküchen, öffentliche Wäschereien, gut geleitete Kinderhorte und Gärten und anderes mehr die Fronarbeit der Frau erleichtert wird? Sie wird es sicher. Deshalb brauchen wir uns über das weitere Vordringen weiblicher Arbeitskräfte nicht zu grämen, wenn wir sie nur mit uns in Reih und Glied stellen. Ja, es wird vielleicht in Zukunft für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nötig sein den Umfang der Frauenarbeit noch zu vergrößern. In der Gütererzeugung werden sicher Umgestaltungen vorzunehmen sein, die drückenden Schulden müssen bezahlt, neueingegangene Verpflichtungen geordnet werden. Dazu wird es einer wirtschaftlichen Anspannung in einem Maß bedürfen, wie es unser Geschlecht noch nicht gekannt hat. Und nicht nur nach der Seite größerer Arbeitsleistung sondern, mehr noch, nach der Vereinfachung unserer Lebenshaltung hin. Es ist heute schwer sich hiervon schon ein Bild zu machen; aber die Entwicklung treibt mit Naturnotwendigkeit dazu. Da wird eine völlige Umstellung erfolgen müssen; die Frau wird einen ganz andern Posten in der Gesellschaft einzunehmen haben. Daraus ergeben sich für unser Problem so gewaltige Verschiebungen, daß wir Ursache haben die Ohren steif zu halten. Solche Entwicklungsmöglichkeiten zeigen uns, daß die unrecht haben, die auch heute noch glauben, die Arbeit der Frau werde mit dem Krieg wieder verschwinden. Unsere Kolleginnen sollten sich vor allem daran gewöhnen ihren Beruf ernst zu nehmen; die Männer aber müssen sich mit dem Umstand abfinden, daß die Frauenarbeit nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist.

Diese Sachlage zwingt uns nun die Organisierung der Frauen mit ganz neuem Ernst zu betrachten. Die Frage tritt an uns heran: Bieten die Gewerkschaften in der heutigen Form, ganz abgesehen von der ungenügenden geistigen Kost, den Frauen und Mädchen sonst genug? Den Vorwurf des Genossen Quarck, als ob die Gewerkschaften sich nicht genug um die Entlohnung der Frauen bekümmert, sie bei der Tarifbildung nicht genügend berücksichtigt hätten, möchte ich nicht aufnehmen, er trifft den Kern nicht. Vielmehr kann die Frage so beantwortet werden: Die Gewerkschaften sind in ihrer heutigen Art viel zu sehr ausschließlich auf die männlichen Mitglieder zugeschnitten. Hier gilt es den Hebel anzusetzen. Zunächst gründlichst dadurch, daß die Ausbildung von tüchtigen Frauen methodisch in die Hand genommen wird, die dann ihrerseits weiter wirken können. Davon wird reicher Segen zu erwarten sein. Es handelt sich dabei um Fragen, die Wohnung, Kleidung, Gesundheit, Kinderpflege usw. betreffen. Dazu wirtschaftliche Kenntnisse, vielleicht auch fachliche Durchbildung. Wir brauchen einen tüchtigen Stamm geistig regsamer Frauen in den Gewerkschaften; wir brauchen eigene weibliche Fachabteilungsvorstände, Pflege der Frauenzeitung usw., worin die Holzarbeiter, die Schuhmacher gute Ansätze aufweisen. Wir kranken mehr daran, als wir glauben, daß unsere Frauen nicht Spezialwissen haben. In den Ausschüssen, wo sie sitzen, werden sie von den bürgerlichen Vertreterinnen oft mit platten Redensarten glatt geschlagen, weil ihnen das fehlt, worauf es ankommt; mit Gefühlsmäßigem kommt man nicht immer durch. Deshalb haben wir hier gemeinsame Interessen. Fast scheint es mir, als ob die Gewerkschaftskartelle da ein kräftig Wörtlein mitzureden hätten. Nur nicht etwa sagen: Ach was, da gehört ein Mann hin! Wir brauchen ferner den Ausbau des Unterstützungswesens besonders für weibliche Mitglieder; es müßte reiflich erörtert und geprüft werden, inwieweit Geburtenhilfe, Erziehungsbeihilfen, gewerkschaftliche Kinderheime usw. eingerichtet werden könnten. Die starke Fluktuation, die ungesunde Teilnahmslosigkeit würden damit zweifellos erheblich vermindert werden; die Vorteile kämen auch dem Gewerkschaftsganzen zugute.

Wir stehen hier vor neuen Aufgaben gewaltiger Art. Es hilft uns nichts sie heute kopfschüttelnd abzuwehren; auch wir müssen dem Geist der neuen Zeit ein Opfer bringen und kein kleines. Je eher wir uns darüber klar werden, um so kleiner werden die Übel sein, die sich durch zauderndes Gehelassen der Dinge herausbilden und festsetzen. In diesem Aufgabenkreis hätten sich auch die politischen Organisationen zu betätigen. In Frankfurt am Main tagten jüngst 2 wichtige Kongresse: der eine für Jugendfürsorge und Kleinkindererziehung, der andere für Wohnungsfragen. An keinem von beiden nahmen Arbeiterinnen teil; diese sind immer nur Objekte der sozialen Arbeit. Muß das so sein?

Als Dachdecker konnte ich Fachliches über die Arbeit der Frau nicht vortragen; so glaubte ich mit diesen allgemeinen Hinweisen der Sache zu dienen, die in den Sozialistischen Monatsheften nun seit Jahren so lebhaft umstritten ist. Nicht, daß wir keine weiblichen Dachdecker hätten. Seit Beginn des Krieges haben wir auch sie in unserm Beruf, vereinzelt zwar noch, aber immerhin: sie sind da. Wir haben auch schon weibliche Mitglieder in unserm Verband. Ich darf vielleicht als Abschluß meines Beitrags die Worte hiersetzen, die ich in der Dachdeckerzeitung schrieb, als das erste Mädchen

die Mitgliedschaft bei uns erwarb: »Mancher alter Kollege dürfte sich bei dieser Nachricht an den Kopf fassen; wer hätte sich auch jemals träumen lassen, daß unser Beruf auch vom andern Geschlecht ergriffen werden könnte? . . . Wir begrüßen die neue Kollegin herzlichst in unseren Reihen; sie soll nicht eher ruhen, bis die anderen Mitarbeiterinnen gleichfalls Mitglieder geworden sind. Unseren Kollegen aber rufen wir zu: Kommt den Frauen zart entgegen!« So soll es sein. Möge diese Gesinnung sich immer mehr Bahn brechen.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Rußland Nach einer Zusammenstellung der Petersburger Telegraphenagentur waren bis zum 1. Juni 1918 vom Obersten Volkswirtschaftsrat 486 Unternehmungen nationalisiert (sozialisiert) oder sequestriert (beschlagnahmt). Diese Unternehmungen verteilen sich auf folgende Weise:

Industriezweig	Anzahl der Unternehmungen		
	nationalisiert	sequestriert	zusammen
Erzverarbeitung	91	8	99
Metallbearbeitung	49	47	96
Feuerung	17	—	17
Elektrotechnik	8	10	18
Faserstoffe	15	11	26
Chemikalien	29	13	42
Holz und Papier	34	28	62
Mineralien	5	4	9
Nahrungsmittel	37	17	54
Tierprodukte	7	6	13
Polygraphie	15	2	17
Transport	7	—	7
Verschiedene	23	3	26
zusammen	337	149	486

Laut Dekret vom 28. Juni 1918 wurden sodann die meisten Großunternehmungen nationalisiert, darunter 1100 Aktienunternehmungen mit einem Grundkapital von 3 Milliarden Rubel. 884 dieser Unternehmungen verteilen sich wie folgt:

Industriezweig	Anzahl der Unternehmungen	Grundkapital Millionen Rubel
Metallbearbeitung	215	1100
Textilindustrie	311	779
Mineralfuerung	99	253
Erz	57	205
Elektrische Energie	40	135
Zement	40	82
Holzbearbeitung	69	66
Gummi	5	54
Dampfmühlen	48	66

Gegenwärtig ist die gesamte Metall- und Textilindustrie, die Chemikalien-, Gut-taperchafabrikation Staatseigentum der Sowjetrepublik.

Über die geplante Verstaatlichung des Handels teilten die Iswestija mit: »Die Fäden von 20 Hauptzweigen der Industrie laufen jetzt in den neuorganisierten Hauptkomitees und Zentren zusammen. Diese haben ein Verzeichnis aller Fabriken und Werke aufgestellt und ein Lieferungsprogramm für das im Herbst beginnende Operationsjahr ausgearbeitet; ebenso auch feste Preise für Industrieprodukte angesetzt, wobei die schwierigen Verhältnisse, unter denen unsere Industrie zu leiden hat, in Betracht gezogen worden sind. Sie haben auch die Verteilung sämtlicher Rohmaterialien, den Betrieb der Fabriken und ihre Finanzierung übernommen. Es ist also ein Apparat, eine Organisation geschaffen, der die ganze Industrie umfaßt und eine Basis bildet, auf der weiter aufgebaut werden kann. Dadurch ist uns auch die Möglichkeit gegeben die Nationalisierung des innern Handels durchzuführen. . . In der ersten Zeit werden die staatlichen Verkaufsläden nur die wichtigsten Artikel des Massenbedarfs führen. Es sind dies die Artikel, die alle nötig haben (Papier, Garn, Zündhölzer, Bücher, Geschirr usw.), und mit denen man jeden Laden in gleicher Sorte und Güte versorgen kann. Wenn wir eine genügende Anzahl solcher Verkaufsläden eröffneten, so daß jeder in seinem Bezirk seinen Bedarf ohne langwieriges Warten decken könnte, wird es ein leichtes sein die vorhandenen Vorräte planmäßig über die ganze Stadt oder den Kreis zu verteilen. Jeder Sowjet hat für seine Stadt respektive seinen Gemeindebezirk den Plan einer Anlage von Verkaufsläden auszuarbeiten. Um einem Überfluß oder Mangel an Läden vorzubeugen, ist auf je 1000 Einwohner ein Laden zu rechnen.

In jedem Magazin können je nach Bedarf der örtlichen Verhältnisse 3 bis 4 Abteilungen eingerichtet werden; zum Beispiel Abteilung für Lebensmittel, Abteilung für Bekleidungsgegenstände, Abteilung für Wirtschaftsartikel.«

Über Rußlands Aufgaben im Außenhandel hat der Kongreß der Volkswirtschaftsräte des ganzen Rußlands die von M. G. Bronskij aufgestellten Thesen angenommen, in denen es nach einer Betrachtung über die vom Krieg erzeugten Zustände heißt: »Der Leitsatz der russischen Ausfuhr ist der Warenaustausch. Die Erzeugnisse, die dem Ausland verkauft werden, werden in der auswärtigen Valuta berechnet, und das Ausland muß eine Verpflichtung übernehmen entsprechende Mengen eigener Erzeugnisse einzuführen. Der russische Ausfuhrplan für das nächste Jahr sieht eine Ausfuhr hauptsächlich folgender Produkte vor: Holz, Flachs, Hanf, Borsten, Schmieröl, Rohleder, Felle, Tabak und Metalle. Als Zahlungsform für die eingeführten Produktionsmittel können gewisse Konzessionen in Gebieten dienen, die noch nicht erschlossen wurden, unter der Bedingung, daß die sozialistische Gesetzgebung für die Konzessionäre obligatorisch bleibt, und daß die Regierung an der Ausbeute unbedingt teilnimmt. Die Umgestaltungen im Innern haben entsprechende Veränderungen im Außenhandel zur Folge. Da jede Einfuhr die Ausfuhr bestimmt, muß der Außenhandelsverkehr systematisch geregelt werden. Die vorhandenen Methoden (Zoll-, Protektionspolitik usw.) sind nicht zweckdienlich genug. Das Konzessionssystem überläßt die Initiative dem Privatkapital, das sich doch nicht nach den Bedürfnissen sondern nach den Spekulationszielen richtet. Die Regulierung soll vom Gesichtspunkt der gesamten Volkswirtschaftsorganisation erfolgen. Die Nationalisierung des Außenhandels bedeutet, daß die Warenausfuhr aus dem Ausland nur den tatsächlichen Volksbedürfnissen, die von Volkswirtschaftsämtern festgestellt werden, entsprechen darf; daß die Zahlungen für die Einfuhr von den selben Ämtern der Wirtschaftsregulierung geleistet werden; daß die Vermittlungsgebühren und die Verdienste des Handelskapitals auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden, das höchstens eine staatliche Kommissionsgebühr zuläßt. Der Staat kann nun als einziger Käufer den wucherischen Kommissionsverdienst des russischen oder ausländischen Handelskapitals dem Produzenten

oder dem Konsumenten wieder zurück-erstaten. Um die Nationalisierung des Außenhandels ungehindert durchzuführen, sollen alle Einkaufsmethoden ausgenutzt werden (staatliche, öffentliche, private). Die Monopolisierung des Einkaufs, fachgemäß geordnet, muß als Leitsatz gelten. Um den Schmuggel zu unterbinden, soll eine Kontrollverwaltung geschaffen werden, die im Einvernehmen mit den staatlich anerkannten Einkaufszentren ihre Funktion ausübt. Die privatkapitalistischen Unternehmen sollen allmählich verstaatlicht werden. Die auswärtigen Bestellungen einschließlich der der Militärämter müssen im Rat für den Außenhandel zusammengefaßt werden. Insbesondere sollen folgende Fragen behandelt werden: 1. Valutaverteilung, 2. Tonnageverrechnung, 3. Seefrachtversicherung, 4. Aufspeicherung, 5. Handelskredit, 6. Zoll.«

Ferner wird gesagt, daß eine Zollunion mit den okkupierten Gebieten oder selbständigen Staatsgebilden, die früher einen Teil des russischen Wirtschaftsraums darstellten, eine unumgängliche Lebensnotwendigkeit der interessierten Parteien sei.

Wie unter dem 27. September 1918 aus Moskau berichtet wurde, hat das Handelskommissariat mit den Arbeiten zur Hebung des Warenaustausches mit dem Ausland bereits begonnen. Nach einer andern Meldung aus Moskau vom 30. September 1918 will die Abteilung für Außenhandel mit der Ukraine Bauholz gegen andere Waren austauschen und ein Syndikat für Lieferung von Holz nach der Ukraine organisieren.

Von weiteren Sozialisierungsmaßnahmen besagt ein Bericht aus Moskau vom 30. September 1918: »Nach einer Verordnung über die Monopolisierung der Anzeigen und Reklame kommt das Recht Zeitungsanzeigen zu drucken, Reklamen in Dorf und Stadt zu verteilen, anzukleben oder aufzuhängen, beständige Ausstellungen zu veranstalten, alle Arten von Reklame und Anzeigen anzufertigen ausschließlich dem Staat zu. Es werden alle Unternehmen der Reklame und Anzeigenanfertigung konfisziert.«

Die Erkenntnis, daß es ganz ohne die Mitwirkung des privaten Kapitals und der kapitalistischen Unternehmer noch nicht geht, spricht aber aus folgender Meldung aus Moskau vom 26. September 1918: »In der Plenarsitzung des Obersten Volkswirtschaftsrats wurde die Frage der Konzessionen beraten. In dem Referat wurde darauf hingewiesen, daß es wünschenswert sei, wenn

ausländische Kapitalien in Konzessionsform für die Erschließung der Schätze im Norden und in Sibirien herangezogen würden. Eine besondere Kommission beim Rat der Volkskommissare beschäftigt sich mit den Bedingungen für solche Konzessionen. Es gehen viele Gesuche ein, um Einräumung von Konzessionen für den Bau neuer Eisenbahnlinsen, für die Regelung des Wassertransportes usw. Das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats beschloß die Veröffentlichung eines Zirkulars, das auf die Notwendigkeit einer zentralisierten Verwaltung der größeren wirtschaftlichen Institutionen hinweist, und wird in dieser Frage einen speziellen Aufruf herausbringen. Das heißt also mit anderen Worten: Die inländischen Kapitalisten werden enteignet, und ausländische Kapitalisten sollen ins Land gezogen werden!

Bei allen diesen Mitteilungen ist im Auge zu behalten, daß sie aus offiziös bolschewistischer Quelle kommen, und daß, bei der Unterdrückung jeglicher unabhängigen Berichterstattung im jetzigen Rußland, man sich keine begründete Ansicht darüber bilden kann, ob alle diese Maßnahmen nur auf dem Papier dekretiert sind oder auch ins Werk gesetzt zu werden beginnen.

Eisenbahn-
verstaatlichung Ein Projekt von großer Tragweite soll in der Schweiz verwirklicht werden. Die Generaldirektion der schweizerischen Bundesbahnen unterbreitete dem Verwaltungsrat das Programm für die Elektrifizierung des Bundesbahnnetzes, das binnen 30 Jahren restlos zur Durchführung gelangen soll (siehe hierüber auch die Rundschau Verkehr, in diesem Band, Seite 818). Die Hauptlinien, die zwei Fünftel des Bahnnetzes ausmachen, werden binnen 10 Jahren elektrifiziert, dann die übrigen Linien. Die Kosten werden auf $\frac{1}{4}$ Milliarden Franken geschätzt. Da in der Schweiz alle großen Elektrizitätswerke dem Staat (Kantonen) gehören, die anderen Bahnen nach Elektrifizierung der Bundesbahnen ebenfalls mit Elektrizität betrieben werden, so werden alle Bahnen der Schweiz unter eine staatliche Leitung kommen müssen, und die öffentlichrechtliche Elektrizitätsversorgung wird damit ebenfalls die höchste Ausbildung erfahren.

Eine Verstaatlichung der Eisenbahnen soll nun auch in Spanien in die Wege geleitet werden. Spanien ist der einzige Staat Europas, in dem noch rei-

ner Privatbetrieb im Eisenbahnwesen herrscht. Nun hat Minister Cambon die Verstaatlichung der Bahnen vorgeschlagen, und der Ministerrat hat sich grundsätzlich hiermit einverstanden erklärt.

Kriegspubli-
kationen Im 4. Heft der von Erich Schairer herausgegebenen Schriftenreihe Deutsche Gemeinwirtschaft /Jena, Diederichs/ plädiert Fr. W. Fürst zu Ysenburg und Büdingen für Zwangssyndikate, Monopole und eine Reihe direkter und indirekter Steuern. Er empfiehlt besonders Lebensmittelmonopole zur Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln, auch Ein- und Ausfuhrmonopole, ein Kohlenmonopol, Petroleummonopol, die Monopolisierung der Wasserkräfte und des Versicherungswesens, ein Alkoholmonopol, Tabakmonopol usw.

Dagegen will Carl Grünhut (Handelsfreiheit oder Zwangswirtschaft? /Berlin, Hobbing/) beweisen, daß dieser Weg in die Irre und zum Zusammenbruch der Volkswirtschaft führe. »Nur die freie Ausübung des Berufs wird das deutsche Volk aus der lähmenden Dumpfheit des furchtbaren Weltgeschehens erlösen können.«

Kurze Chronik Ein dem Reichstag vorgelegter Gesetzentwurf ermächtigt den Bundesrat für die Übergangswirtschaft die nötigen Maßnahmen vorzunehmen. Vor dem Erlaß grundlegender Anordnungen muß jedoch die Zustimmung eines aus 15 Mitgliedern bestehenden Ausschusses eingeholt werden. Da die Sozialdemokratie in der Regierung vertreten ist, gewinnt dies Ermächtigungsgesetz eine besondere Bedeutung. ◊ Das in England während des Krieges errichtete Aufsichtsamt für Baumwolle (Cotton Control Board), das die Ein- und Ausfuhr von Baumwolle zu regeln hat, soll auch nach dem Krieg bestehen bleiben. ◊ In Niederländisch Indien trat der Direktor der Staatsbergwerke im Volksrat für die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus ein. Gold- und Silbergruben sollen nur für den Fall, daß die entdeckten Erzlager reich genug sind, vom Staat betrieben werden. Auch bei Anbohrung von Petroleumquellen soll der Staat seinen Einfluß geltend machen.

Literatur Das Beamtenproblem nach dem Kriege insbesondere in Preußen ist der Titel einer Abhandlung von G. Strutz, die

als 53. Heft der Finanz- und Volkswirtschaftlichen Zeitfragen /Stuttgart, F. Enke/ erschienen ist und vor allem die wirtschaftliche Lage der Beamten ins Auge faßt. Die Aussichten auf eine befriedigende Lösung des Problems erscheinen dem Verfasser sehr günstig; aber er setzt dabei voraus, »daß die Beamten in ihren Forderungen so, wie sie es während des Krieges getan haben, Maß zu halten verstehen, und daß ein Überwuchern moderner Nivellierungstendenzen und eine Überspannung bevölkerungspolitischer Gesichtspunkte auf dem Gebiet der Beamtenbesoldung verhütet wird.« ◊ Von Adolf Damaschkes bekannstem Buch Die Bodenreform /Jena, Gustav Fischer/ ist nun die 15. Auflage erschienen, die alles einschlägige Material bis zum Sommer 1918 enthält.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Sonnenstrahlung

Ob die Strahlung der Sonne konstant oder veränderlich ist, ist eine sowohl für die Meteorologie wie für die Sonnenphysik gleich wichtige Frage, über die in Potsdam eingehende Untersuchungen angestellt werden sollen und zum Teil schon angestellt worden sind. In großen Zeiträumen hat man bisher keine Abnahme der Sonnenstrahlung feststellen können, und es sind verschiedene Hypothesen aufgestellt worden, um diese Unveränderlichkeit der Sonnenstrahlung zu erklären, von denen die am meisten bekannte, die wohl auch die meisten Anhänger hat, die von Helmholtz ausgesprochene Vermutung ist, daß die ausgestrahlte Sonnenwärme durch Verdichtung der die Sonne bildenden Gasmassen wieder ersetzt wird. Aber abgesehen von dieser allgemeinen Konstanz der Sonnenstrahlung könnte sie bestimmte periodische Veränderungen erleiden, und man glaubte solche auch ziemlich sicher festgestellt zu haben. Da die Planeten nur Sonnenlicht zurückstrahlen, so ist es klar, daß Schwankungen der Sonnenstrahlung, mindestens soweit sie im Gebiet der sichtbaren Strahlen vorkommen, sich durch Helligkeitsschwankungen der Planeten bemerkbar machen müssen. Nun ergaben Messungen, die in den Jahren von 1877 bis 1891 in Potsdam an den Planeten Mars, Jupiter, Saturn und Uranus vorgenommen worden sind, ein Anwachsen der Helligkeit bis zu den Jahren 1882 und 1883, worauf eine etwas langsamere Abnahme bis zum Ende der

achtziger Jahre erfolgte. Auch die später in den Jahren von 1901 bis 1911 auf der Harvardsternwarte in Amerika vorgenommenen Helligkeitsbestimmungen am Jupiter ergaben ein deutliches Maximum der Helligkeit im Jahr 1905, also ebenfalls ein Anwachsen in den ersten Jahren und eine spätere Abnahme. Man braucht aber daraus noch nicht unbedingt auf eine Schwankung der Sonnenhelligkeit selbst zu schließen, da keinesfalls feststeht, daß die Reflexionsfähigkeit der Planeten, die ja sämtlich mit atmosphärischen Hüllen umgeben sind, in der Zeit der Beobachtungen keine Veränderungen erlitten habe. In anderer Weise wurde die Frage auf dem Smithsonian Astrophysical Observatory in Amerika geprüft, wo von Samuel Pierpont Langley und seinen Mitarbeitern und Nachfolgern die Solarkonstante (Wärmemenge, die 1 Quadratzentimeter an der Grenze der Atmosphäre von der Sonne erhält) durch pyrheliometrische und bolometrische Messungen seit 1902 fortdauernd bestimmt wurde. Langley stellte eine Abnahme der Solarkonstante und also der Sonnenstrahlung um 10 % des Wertes fest, die Ende März 1903 begann, worauf gegen Ende des Jahres wieder eine Zunahme erfolgte, so daß im Februar 1904 der normale Wert der Solarkonstante wieder erreicht war. Um festzustellen, ob die Schwankungen etwa von der Durchlässigkeit unserer Atmosphäre abhängen, wurden in der Folge die Versuche sowohl auf dem Mount Wilson fortgesetzt als auch gleichzeitig von einer nach Algier entsandten Expedition unternommen. Es zeigten sich im Wert der Solarkonstante beständige unregelmäßige Schwankungen von 2 bis 10 %, meistens mit einer 7- bis 10tägigen Periode, die sowohl auf dem Mount Wilson wie in Algier einen im wesentlichen parallelen Gang aufwies, woraus geschlossen wurde, daß ihr Ursprung in der Sonne selbst, also in Schwankungen ihrer Strahlung zu suchen sei. Aber zwingend ist dieser Schluß keineswegs, da die Durchlässigkeitsschwankungen der irdischen Atmosphäre in die Beobachtungsergebnisse mit eingehen. Deshalb wurden von dem Potsdamer Astronomen P. Guthnick zu Anfang des Jahres 1914 wiederum Helligkeitsmessungen an den großen Planeten mittels der neuen lichtelektrischen Methode vorgenommen, wobei die Helligkeit der Planeten mit derjenigen von geeigneten Fixsternen konstanter oder jedenfalls kon-

trollierter Helligkeit verglichen wurde, wodurch die Durchlässigkeitsschwankungen der Atmosphäre aus der Rechnung herausfallen, freilich aber eine etwaige Veränderlichkeit der Reflexionsfähigkeit der gemessenen Planeten mit in Kauf genommen werden mußte. Der Mars, dessen Atmosphäre erhebliche Schwankungen der Durchsichtigkeit zeigt, erwies sich für diese Messungen als ungeeignet, dagegen konnten Beobachtungen am Saturn und später auch am Jupiter gut durchgeführt werden. Vor allem kommen natürlich Messungen am Mond in Betracht, der ja überhaupt keine Atmosphäre hat. Diese Mondmessungen, die im Winter 1916-1917 begonnen werden sollten, mußten der Kriegsverhältnisse wegen (so wurde ein Mitarbeiter zum Heeresdienst einberufen) zunächst unterbleiben und sollen, sobald es die Umstände erlauben, aufgenommen werden. Vorläufig muß man sich mit den Messungen an den Planeten begnügen. Diese haben aber sowohl in den Jahren 1914-1915 am Saturn wie in den später im Frühjahr 1917 nach etwas verbesserter Methode und mit besseren Instrumenten ebenfalls am Saturn und dann im Herbst und Winter 1917 am Jupiter vorgenommenen Messungen übereinstimmend Resultate ergeben, die eine durchaus konstante Helligkeit der Sonne in den beobachteten Zeiten zeigen. Die in Nordamerika und Algier beobachteten Schwankungen der Sonnenstrahlung haben daher, wie Guthnick meint, mit großer Wahrscheinlichkeit ihren Ursprung nicht in der Sonne selbst gehabt sondern in Durchlässigkeitsschwankungen der Atmosphäre, die möglicherweise weite Gebiete der Erde gleichzeitig betrafen.

Wettervorhersage

Eine neue Methode der Vorbestimmung des Wetters ist von Rudolf Schneider,

einem Mitglied der österreichischen Zentralanstalt für Meteorologie und Geophysik in Wien, einer eingehenden Prüfung unterzogen worden, die zu einem nicht ungünstigen Ergebnis geführt hat. Sie rührt von Stefan Kaltenbrunner in Linz her, der sie zuerst im Jahr 1914 veröffentlicht hat. Die Grundlage, von der Kaltenbrunner ausgeht, ist, daß auf gleiche Wetterfaktoren auch wieder das gleiche Wetter folgen wird, daß also, wenn Luftdruck, Windrichtung, Luftfeuchtigkeit, Bewölkung usw. die selben Werte zeigen, wie zu irgendeiner frühern Zeit, dann auch das selbe Wetter folgen wird wie damals. Man müßte also für

einen Bezirk genaue Tabellen über die Wetterfaktoren und das Wetter während eines längern Zeitraums haben, um an jedem Tag aus diesen Tabellen das für den nächsten Tag zu erwartende Wetter herauslesen zu können. Diese Tabellen sind nach mehr als 30jährigen Wiener Beobachtungen entworfen worden, und zwar wurden für Sommer und Winter getrennte Tabellen angelegt. Bei der Prüfung, die mit dieser verhältnismäßig einfachen Methode vorgenommen wurde, zeigte sie sich überraschenderweise der sogenannten synoptischen Methode durchaus überlegen, die auf der gleichzeitigen Beobachtung aus einem weiten Gebiet mit einer großen Anzahl von Stationen beruht, nach denen eine Wetterkarte zusammengestellt wird, aus der sich die Verteilung des Luftdrucks, der Windverhältnisse, der Bewölkung und des Niederschlags ergibt, und worauf die amtlichen Wetterprognosen beruhen. So erreichte bei der Prüfung der Bewölkung die neue statistische Methode im Mittel aus 9 Monaten 82 % Treffer, während die österreichische Zentralanstalt nur 75 % erzielte. Die meisten in einem Monat erzielten Treffer nach der statistischen Methode waren 88 %, nach der synoptischen nur 85 %, die geringste Trefferzahl in einem Monat waren bei der neuen Methode 77 %, bei der synoptischen nur 61 %. Ganz ähnlich verhielt es sich bei der Prognose der Niederschläge, wo die Durchschnittszahlen 76 % und 72 % waren.

Freilich darf man aus dieser Prüfung keine vorsehnlichen Schlüsse ziehen und nicht übersehen, daß die statistische Methode die Wettervoraussage nur für einen ganz bestimmten Ort, respektive einen sehr kleinen Bezirk liefern kann, während die synoptische Methode die Wetterlage in einem ganzen Land umfaßt und vorhersagt. Um ein Urteil über die Grenze der Gültigkeit der statistischen Methode zu gewinnen, hat Rudolf Schneider eine Vergleichung der nach beiden Methoden zu erzielenden Ergebnisse auch für einen 100 Kilometer nordöstlich gelegenen Ort vornehmen lassen, wobei wieder die für Wien entworfenen Tafeln benutzt wurden; auch hierbei schnitt die Kaltenbrunnorsche Methode nicht schlecht ab. Bei der Vorhersage der Niederschläge übertraf sie die synoptische um 12 %, bei der Vorhersage der Bewölkung unterlag sie um 3 %. Ferner darf man nicht außer acht lassen, daß die Kriegszeit, in der die Prüfungen vorgenommen wurden, die Ergebnisse

der synoptischen Methode recht ungünstig beeinflussen, weil die Angaben über die Witterungsfaktoren aus den feindlichen Ländern ausbleiben, wobei sich das Fehlen der wichtigen Beobachtungen von den Stationen an der nordatlantischen Küste besonders unangenehm bemerkbar machen muß. Man kann wohl annehmen, daß in normalen Zeiten die auf der synoptischen Methode beruhenden amtlichen Prognosen mindestens die selbe Sicherheit erreichen wie die nach der neuen statistischen Methode. Immerhin hat diese insofern eine besondere Bedeutung als sie eine Voraussage schon zu einer Tageszeit ermöglicht, zu der der amtliche Wetterbericht noch nicht ausgegeben werden kann. Bei der in Rede stehenden Prüfung waren Tafeln entworfen worden, die aus dem seit 7 Uhr morgens herrschenden Luftdruck und den Windrichtungen mit ihren Änderungen bis 2 Uhr nachmittags das Wetter entnehmen ließen. Um diese Zeit kann man also mit einem Arbeitsaufwand von nur wenigen Minuten bereits einen einigermaßen sichern Ausblick auf das Wetter des nächsten Tages gewinnen. Es dürfte schon lohnen für eine Reihe von Orten Tabellen für diese Art der Wettervorherbestimmung zu entwerfen. Auch der amtliche Wetterdienst, dessen Grundlage natürlich die wissenschaftlich begründete synoptische Methode bleiben muß, wird solche Tafeln zur Vervollständigung seiner Hilfsmittel benutzen können.

Stern-entdeckungen Das Aufleuchten eines neuen, sehr hellen Sterns im Sternbild des Adlers, das zu Anfang Juni von zahlreichen Astronomen und Liebhabern der Himmelsforschung beobachtet und von mehreren Stellen an die Zentralstelle in Kiel gemeldet wurde, lenkt die Aufmerksamkeit von neuem auf diese noch immer nicht völlig geklärten Erscheinungen, über die schon aus dem Altertum Berichte vorliegen. So soll ein solch neuer Stern, der im Jahr 134 vor Christus plötzlich im Sternbild des Skorpions aufleuchtete, für Hipparch die Veranlassung zur Anfertigung seines Sternkatalogs gewesen sein. Etwas genauere Berichte liegen über den berühmten tychonischen Stern vor, der am 11. November 1572 zuerst von Tycho de Brahe im Sternbild der Kassiopeja erblickt wurde und in den nächsten Tagen an Glanz so zunahm, daß er selbst die Venus überstrahlte. Im Dezember fing er an schwächer zu werden; immerhin war er

17 Monate lang für das unbewaffnete Auge sichtbar. 30 Jahre später, Ende 1604, entdeckte Kepler einen neuen Stern im Sternbild Ophiuchus, der ebenfalls alle Fixsterne an Glanz übertraf. Auch dieser Stern nahm bald an Glanz ab und entschwand den Blicken zu Beginn des Jahres 1606. Ein anderes Verhalten zeigte ein im Jahr 1670 entdeckter neuer Stern, der nur die Helligkeit eines Sterns 3. Größe erreichte. Er leuchtete 2 Monate lang und entschwand dann den Blicken. Er erschien aber 7 Monate später, im März 1671 mit der Helligkeit eines Sternes 4. Größe von neuem, wurde bald wieder dunkler und verschwand, um im März des Jahres 1672 nochmals aufzutreten, diesmal mit der Helligkeit eines Sternes 6. Größe. Auch nun verblaßte er bald wieder und ist seitdem nicht mehr beobachtet worden. In den folgenden Jahrhunderten ist eine ganze Reihe neuer Sterne beobachtet worden, von denen aber keiner den Glanz des Tychonischen und des Keplerschen Sternes erreichte. Sie zeigten stets das selbe Bild: Solch neuer Stern nimmt nach kurz dauernder Zunahme des Lichtes an Glanz bald ab, entschwimmt den Blicken dann völlig und taucht zuweilen nach einiger Zeit mit schwächerem Glanz für kurze Zeit wieder auf.

Zur Erklärung dieser Erscheinungen neigte man in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts der Annahme zu, das Aufleuchten eines neuen Sterns werde durch eine furchtbare Weltkatastrophe, durch das Aufeinanderprallen zweier dunkler Weltkörper veranlaßt, die bei diesem Zusammenstoß eine Glut entwickeln müssen, durch die die einstmals leuchtenden und allmählich erloschenen Sonnen von neuem, wenn auch nur für kurze Zeit bis zur Glut erhitzt werden. Diese Erklärung hat etwas ungemain Unbefriedigendes. Denn 2 Körper von gleicher Größenordnung können in ihrem gegenseitigen Anziehungsbereich (bei Vernachlässigung der Anziehung der übrigen Weltkörper wegen zu großer Entfernung) nur dann zusammenstoßen, wenn die Bewegung genau in der Zentrale beider Körper vor sich geht, Geschwindigkeitskomponenten in einer andern Richtung also überhaupt nicht vorhanden sind: ein überaus unwahrscheinlicher Fall. Abgesehen davon würde diese Auffassung auch nicht die an vielen neuen Sternen beobachteten Erscheinungen erklären, auch nicht das Wiederaufleuchten einige Zeit nach dem Wiedererlöschen. Dieses Phänomen zeigte

sich auch bei dem neuen Stern, der Anfang März des Jahres 1892 als Stern 6. Größe im Sternbild des Fuhrmanns erschien und bereits im April verschwunden war. Im August erschien er von neuem, diesmal mit der Helligkeit eines Sterns 9. Größe und zeigte sich von einer schwachen Nebelmasse umgeben. Seine Helligkeit wies Schwankungen von mehr als einer Größenklasse auf. Auch die Spektraluntersuchungen zeigten sehr eigentümliche Erscheinungen; das Spektrum bestand aus 2 über einander gelagerten Spektren, von denen eines aus hellen Linien bestand, also ein Gasspektrum war, während das andere ein kontinuierliches Spektrum mit Absorptionslinien war, deren Verschiebung gegen die Linien des Gasspektrums einer relativen Geschwindigkeit der Massen, von denen die Linien ausgingen, von 800 Kilometer in der Sekunde entsprach. Diese Erscheinungen gaben dem Münchener Astronomen Seeliger Anlaß zu der Hypothese, daß das Neuaufleuchten eines Sterns dadurch entsteht, daß ein dunkler Weltkörper auf seiner Bahn in eine Wolke kosmischen Staubes eindringt. Gestützt wurde diese Hypothese durch die Erscheinungen an der berühmten Nova Persei. Dieser Stern muß sehr schnell auf eine bedeutende Helligkeit angewachsen sein. 28 Stunden vor seiner Entdeckung war die Himmelsgegend im Sternbild des Perseus, in der er erschien, photographisch aufgenommen worden, wobei alle Sterne bis zur 12. Größenklasse auf die Platte kamen, die noch keine Spur von ihm enthielt, und dann war er bei seiner Entdeckung im Februar des Jahres 1901 bereits heller als ein Stern 3. Größe. Seine Helligkeit nahm erst langsam, später stärker mit verschiedenen Schwankungen ab. Begleitet war diese Helligkeitsabnahme auch von einem Farbenwechsel; anfangs war die Nova blauweißlich, später gelblich und schließlich erschien sie rot. Das Spektrum war bei der Entdeckung ein kontinuierliches mit zahlreichen Absorptionslinien. Nach wenigen Tagen aber zeigte das Spektrum ähnlich wie das des Sterns, der 9 Jahre früher im Fuhrmann erschien, auch eine Reihe heller Linien. Der dunkle in die kosmische Wolke eindringende Körper muß die einzelnen Teilchen der Nebelwolke mit wachsender Geschwindigkeit auf sich ziehen, so daß diese ebenfalls glühend werden und eine ständig wachsende Gashülle um den ursprünglich dunklen festen Körper, der durch die Reibung

erhitzt wird, bilden. Anfangs wird das von ihm kommende Licht durch die Gashülle nur wenig absorbiert; mit ihrer Zunahme und der Zunahme ihrer Helligkeit wird auch ihre Absorptionsfähigkeit zunehmen, und schließlich wird das kontinuierliche Licht des festen Körpers durch sie ganz absorbiert werden, so daß die Seeligersche Hypothese von den Veränderungen des Spektrums sehr gut Rechenschaft gibt. Eine weitere Stütze fand sie durch die Tatsache, daß in der Nähe der Nova Persei kosmische Nebel tatsächlich sichtbar geworden sind; photographische Aufnahmen vom Herbst 1901 zeigen deutliche Nebelringe um die Nova, die sich mit großer Geschwindigkeit von ihr entfernten. Freilich handelt es sich hier möglicherweise nicht um eine Bewegung materieller Teilchen, die wegen der übergroßen Geschwindigkeit nicht sehr wahrscheinlich ist; es ist auch denkbar, daß das von der Nova ausgesandte sehr helle Licht immer fernere und fernere materielle Teilchen trifft, von denen es reflektiert wird, wodurch bei uns der Eindruck des Fortschreitens entsteht.

Die Nova Aquilae, die im Juni dieses Jahres erschien, hat, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, durchaus den Charakter der sonstigen neu auftauchenden Sterne gezeigt. Besonders merkwürdig ist sie durch ihre große Helligkeit, wodurch sie dem Keplerschen und dem Tychonischen Stern zur Seite trat; seit mehr als 3 Jahrhunderten ist ein so heller Stern nicht mehr entdeckt worden.

Totenliste Der erste Entdecker elektrischer Wellen Berend Wilhelm Feddersen (schon im Jahr 1858 stellte er Schwingungsvorgänge bei Entladung der Leidener Flasche fest) ist Anfang Juli in Leipzig im Alter von 87 Jahren gestorben.

In Kiel ist im Juli der außerordentliche Professor der Chemie an der dortigen Universität Ludwig Berend im Alter von 71 Jahren gestorben.

In Frankreich starb im Juli Charles Wolf, der Senior der französischen Astronomen, im Alter von 91 Jahren. Ein spektroskopischer Sterntypus, den er gemeinsam mit Rayet feststellte, ist für immer mit seinem Namen verbunden.

Kurze Chronik Im Sternbild des Fuhrmanns wurde von Fr. Schwab ein neuer Stern 6. Größe entdeckt, der von einem dunkeln Beglei-

ter umkreist wird, wodurch seine Helligkeit zeitweilig um $\frac{1}{2}$ Größenklasse vermindert wird. \diamond Anfang August tagte in Göttingen der 1. skandinavische Geophysikerkongress. Bjerknes hielt dort einen Vortrag über ein Verfahren die Wettervorhersage für Norwegen unabhängig von den telegraphischen Berichten der englischen und der noch weiter entfernt liegenden Stationen zu machen, was angesichts der Sperrung der englischen und isländischen Berichte von besonderer Wichtigkeit ist. \diamond Die Deutsche Chemische Industrie hatte zum 50-jährigen Jubiläum der Deutschen Chemischen Gesellschaft eine Sammlung veranstaltet, die den Betrag von mehr als 2½ Millionen Mark ergeben hat. Die Gesellschaft gab diesem Fonds jetzt den Namen *Bayerfonds*. Verwaltet wird er von einem Ausschuss, dem außer Vertretern der Gesellschaft auch der Präsident des Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie und ein Vertreter der Chemischen Wissenschaft angehören. \diamond Am 27. Juli feierte *Roland von Eötvös* in Budapest den 70. Geburtstag. Am bekanntesten ist er durch seine Arbeiten über die Schwere und die Beziehung von Schwere und Trägheit geworden.

Literatur Die Ansprachen, die in der Festsitzung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft

am 26. April zur Feier des 60. Geburtstags *Max Plancks* gehalten worden sind, hat der C. F. Müllersche Verlag in Karlsruhe in dankenswerter Weise nebst der Erwiderung *Plancks* veröffentlicht. In den Ansprachen behandelte *E. Warburg* *Plancks* Verdienste um die Umwandlung der Berliner in eine Deutsche Physikalische Gesellschaft. *M. von Laue* gab einen Überblick über *Plancks* thermodynamische Arbeiten, *Sommerfeld* über die Entdeckung der Quanten. Dann beleuchtete *Einstein* den innern Drang, der den Forscher immer wieder zur Bewältigung der auftauchenden schwierigen Probleme treibt. Besonders diese letzte Ansprache und die Erwiderung *Plancks* gestatten einen sehr erfreulichen Einblick in den Charakter des gefeierten Physikers. \diamond Daß eine 3. Auflage des vor 8 Jahren gehaltenen Vortrags *Emil Cohns* Physikalisches über Raum und Zeit /Leipzig, Teubner/, der das Verständnis für die Relativitätstheorie auch dem mathematisch nicht geschulten Hörer nahebringen wollte, so schnell nötig geworden ist, zeugt für das

große Interesse, das diese neue physikalische Theorie erweckt; zugleich aber ist es auch ein Beweis, daß es *Cohn* gelungen ist die Schwierigkeiten, die sich einer verständlichen Darstellung eines so abstrakten Gegenstands entgegenstellen, zu überwinden. Die neue Auflage enthält gegenüber der früheren nur wenige Zusätze, die noch klarer hervortreten lassen sollen, was willkürliche Festsatzung, was notwendige Folge ist. \diamond In der neuen Auflage seiner Einführung in die organische Chemie (in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/) hat *B. Bavink* außer der allgemeinen Einleitung erhebliche Änderungen eintreten lassen, die einerseits den Fortschritten der chemischen Wissenschaft und Technik entsprechen, zum andern Teil dem Wunsch nach noch größerer Verständlichkeit entspringen sind. Das Büchlein wird daher wohl ebenso zahlreiche Leser finden wie die frühere Auflage. \diamond Von den *Helvetica Chemica Acta*, der von der Schweizerischen Chemischen Gesellschaft neu begründeten Zeitschrift für reine Chemie, ist nunmehr das 1. Heft erschienen. *Alfred Werner*, der Träger des Chemischen Nobelpreises für 1913, veröffentlicht darin eine Arbeit über eine neue Isomerenart bei Kobaltverbindungen und Verbindungen mit asymmetrischen Kobalten und Kohlenstoff.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Wertlehre Wert und Geld, Grundzüge einer Wirtschaftslehre /Tübingen, Mohr/ nennt sich ein Buch des Tübinger Professors *Ludwig Stephinger*, das den Zustand der Zerrüttung und Methodenlosigkeit, in den unter dem bestimmenden Einfluß der sogenannten Grenznutztheorie das ökonomische Theoretisieren hineingeraten ist, in besonders eindrucksvoller Weise widerspiegelt. Wie unklar immer die Vorstellungen der klassischen bürgerlichen Ökonomen über die bisherige wirtschaftliche Entwicklungsgeschichte waren, in der Hauptsache wurden sie jedenfalls vom richtigen Instinkt geleitet, daß die einer theoretischen Nationalökonomie gestellte Aufgabe in erster Reihe darin bestehe den Selbsterhaltungsmodus der historisch gewordenen modernen Volkswirtschaft, also des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses, in dem die Produktion von Gütern für den Bedarf allgemein als Warenproduktion erfolgt, in seiner innern Gesetz-

mäßigkeit klarzulegen. Schon Smith sieht vollkommen deutlich, daß die bei einer solchen Untersuchung auftauchende Frage nach dem Wert der Güter sich dann in die Frage auflöst: wie denn in dieser warenproduzierenden Gesellschaft der Warenaustausch geregelt und Hand in Hand damit der Tauschwert der Waren bestimmt sei. Eine Frage, die offenbar durch die Verweisung auf die speziellen Gebrauchswertunterschiede der im Warenaustausch angebotenen (gegen Geld als Gegengabe angebotenen) und nachgefragten (mit Geld als Gegengabe nachgefragten) Waren unmöglich gelöst werden kann. Alle in der Gesellschaft überhaupt produzierten Waren müssen natürlich immer zugleich auch Gegenstände menschlichen Bedarfs, Gebrauchswert sein. Wie sollten sie ohne das im Warenaustausch begehrt und nachgefragt werden? Aber ebenso liegt auf der Hand, daß, wie Marx den Smithschen Gedanken vertiefend weiterführt, der Gebrauchswert, den Exemplare oder Einheiten verschiedener Warenart besitzen (etwa ein Zentner Getreide und ein Zentner Eisen), schlechterdings inkomensurabel, daß also der Unterschied der Gebrauchswerte verschiedener Warenart unmöglich durch ein zahlenmäßiges Größenverhältnis ausgedrückt werden kann. Diese wohl begründete These, daß der Tauschwert aus dem Gebrauchswert, den die Waren ihrer Art nach haben, sich nicht herleiten läßt, hat in der Grenznutztheorie eine sich auf allerhand sogenannte psychologische Erwägungen stützende Anfechtung erfahren. Daß es keine objektiven Größenbestimmungen zur Abmessung des verschiedenen Gebrauchswerts all der endlos verschiedenen Warenarten geben könne, mußte natürlich eingeräumt werden. Trotzdem, behaupten die Vertreter dieser Richtung, ließe sich die im Marktverkehr erfolgende, in den Preisgrößen zum Ausdruck kommende Wertbestimmung der Waren (ihr Tauschwert) letztlich überhaupt nicht anders als aus lauter subjektiven Gebrauchswertabschätzungen verstehen, Schätzungen, die die Austauschenden an den von ihnen angebotenen und den von ihnen als Gegengabe nachgefragten Gütern vornehmen. Die Austauschenden vergleichen eben das Maß von Bedürfnisbefriedigung, das sie aus der in ihrem Eigenbetrieb produzierten Gütermenge ziehen könnten, mit dem Ausmaß der Bedürfnisbefriedigung, das sie von den dafür im Austausch angebotenen Gütern zu erwarten haben. Anders als auf dem

Hintergrund solcher subjektiven Wert-schätzungen lasse sich die Regelung der Austauschsätze im Warenaustausch überhaupt nicht begreifen. Eine psychologische These, deren völlige Verkehrtheit sich bereits daraus ergibt, daß dabei der (etwa als Begleiterscheinung der Naturalwirtschaft auftretende) naturale Güteraustausch, bei dem beide Kontrahenten im Austauschakt unmittelbar Gebrauchsgüter für ihren eigenen unmittelbaren Bedarf aneignen wollen und als Gegengabe in ihrer eigenen Wirtschaft ursprünglich für sich selbst, für ihren Eigenbedarf produzierte Güter anbieten, mit dem völlig anderen Warenaustausch einer warenproduzierenden Gesellschaft verwechselt wird, in dem die Produktion sich, völlig abgelöst vom Eigenbedarf der Betriebseigentümer, von vornherein als Produktion für den Verkauf vollzieht, das heißt als Produktion von im Marktverkehr der Verkäufer und Käufer jeweils preisbestimmten Waren. Nicht Bedarfsware ist hier gegen Bedarfsware, sondern alle überhaupt im Warenaustausch nachgefragten Bedarfswaren sind hier gegen die allgemeine Tauschware, das Geld, als Gegengabe angeboten. Die Frage nach dem Geregeltsein des Warenaustausches in der warenproduzierenden Gesellschaft schließt mithin eine Doppelaufgabe ein: Zunächst zu zeigen, daß und warum entwickelte Warenproduktion von vornherein immer nur als Produktion mit Geld als Gegengabe nachgefragter und aneignbarer Waren, also als Produktion jeweils preisbestimmter Waren für den Verkauf erfolgen kann, und weiter dann zu untersuchen, welche näheren Bestimmungen sich im Rahmen dieser allerallgemeinsten Formbestimmung des Prozesses aus dem näher zu bestimmenden Modus der Warenproduktion für den Gesamtprozeß und damit für das Geregeltsein der Warenpreise in ihm notwendig ergeben. Der erste Schritt zu einer solchen Untersuchung aber ist die einfache Konstatierung: daß die Veranstaltung von Produktionsbetrieben zur Erzeugung jeweils preisbestimmter Waren für den Verkauf von den respektiven Funktionen in dem Prozeß natürlich immer nur in ihrem Eigeninteresse ausgeübt wird, und daß, bei der notwendigen Geldform des Prozesses, der ihr Eigeninteresse unmittelbar leitende Zweck kein anderer sein kann als in und durch Ausübung der übernommenen Funktionen, nämlich durch den Verkauf

der im Eigenbetrieb zu erzeugenden Waren, wieder und wieder Geldsummen zu gewinnen.

Woraus zugleich folgt, daß in dem ständig sich forterhaltenden Gesamtzusammenhang des wirtschaftlichen Prozesses, welches immer das jeweils erreichte technische Niveau der in den verschiedenen Branchen der Produktion jeweils branchenüblichen Produktionsmethoden sei, die Warenpreise durch das Eigeninteresse der respektiven Eigentümer der Produktionsbetriebe derart geregelt sein müssen, daß die in technisch normaler Weise produzierten Waren zu diesen Preisen für die respektiven Betriebs-eigentümer mit einem Überschuß über die Durchschnittskosten, also mit Geldgewinn veräußerlich sind. Die entgegengesetzte Annahme, also die Annahme, daß die Preise in dem Prozeß so geregelt seien, daß der Geldbetrag, den die Eigentümer von Produktionsbetrieben zur Erzeugung von Waren bei ihrem Verkauf erhalten, mit dem Geldbetrag, den die in ihrem Betrieb normal erzeugten Waren aufs Stück verrechnet kosten, tendentiell zusammenfalle oder dahinter zurückbleibe, ist offenbar unmöglich. Unter dieser Voraussetzung würde dem Eigeninteresse kein Anreiz zur Ausübung der Betriebseigentümergefunktion im Prozeß gegeben und damit dieser selbst auf die Dauer unmöglich sein.

So unzureichend jene oft als Kostentheorie bezeichnete Vorstellungsweise sein mag, die durch eine derartige Zurückbeziehung des Geldbetrags der Warenpreise auf den Geldbetrag der Kosten den sich ständig forterhaltenden Gesamtzusammenhang des Prozesses und der Austauschregulierung in ihm bereits endgültig erfaßt zu haben glaubt und übersieht, daß dieses eben nur der erste Schritt zu einer systematisch weiter fortschreitenden Untersuchung ist, hat diese Vorstellungsweise bei all ihrer Beschränktheit noch immer einen gewaltigen Vorsprung vor dem Ausgangspunkt jener Grenznutztheorie. Denn ausgehend von jener Konstatierung eines im Prozeß sich gesetzmäßig notwendig forterhaltenden Verhältnisses des Geldbetrags der Warenpreise zu dem der Produktionskosten, läßt sich im methodischen Fortgang wirklich ein genereller Einblick in das näher zu bestimmende Wesen des Gesamtprozesses und damit seiner Preisregulierung gewinnen. Wohingegen der von jener sogenannten Grenznutztheorie gewählte Ausgangspunkt nur zu gänzlich unfruchtbaren Spekulationen führen kann,

die zu einem tiefern Verständnis der sich in dem Gesamtprozeß vollziehenden Austauschregulierung auch nicht das mindeste beitragen. Wie wäre das auch anders möglich, da jene, statt den wirklichen Warenaustausch, wie dieser in Formen des Warenkaufs und -verkaufs in einer warenproduzierenden Gesellschaft erfolgt, zu zergliedern, an irgendwelchen total wesensanderen, willkürlich erdichteten naturalen Austauschakten exemplifiziert? Müller und Schulze, die, mit irgendwelchen Vorräten ausgestattet, in der Wüste einander begegnen und bei der Gelegenheit mit einander zu tauschen beginnen, sind ihre beliebtesten Experimentierfiguren. Ein größerer Grad von *Einfachheit*, wenn man es so nennen will, ist in der Tat nicht zu erreichen. Der Gegensatz von Ware und Geld, der Warenaustausch als Kauf und Verkauf, die Absicht der Warenproduzenten durch Veräußerung der für den Verkauf erzeugten, im Marktverkehr preisbestimmten Waren Geld zu gewinnen: alle diese elementaren in der Regelung des Warenaustausches zusammenwirkenden Grundverhältnisse des Prozesses, existieren hier überhaupt noch gar nicht. Müller und Schulze mögen sich da in Betrachtungen ergehen, ob beim Austausch eigener Güter gegen die des andern Wüstenreisenden nach den jeweils zu vereinbarenden Austauschsätzen für ihn selbst ein größeres Ausmaß von Bedürfnisbefriedigung als beim Verzehr ihrer eigenen Güter herauspringt, ob also der Austausch zu gewissen mit dem Partner zu vereinbarenden Austauschsätzen für ihn zweckmäßig ist respektive subjektiven Wert hat. Ganz anders liegt es in der warenproduzierenden Gesellschaft, wo die vom Betriebseigentümer im Warenaustausch angebotenen, in seinem Betrieb von vornherein für den Verkauf erzeugten Waren für ihn, den Anbieter, als unmittelbare Bedarfsgegenstände der Regel nach überhaupt keinen Gebrauchswert haben. So daß in einer solchen warenproduzierenden Gesellschaft schon aus diesem Grund von vornherein die ersten Vorbedingungen dafür fehlen, daß die Verkäufer bei ihrer Feststellung der jeweiligen Austauschsätze (Preise) ihrer Waren auf deren subjektiven Gebrauchswert und Grenznutzen reflektieren, da dieser, wie schon gesagt, für sie der Regel nach gleich Null ist. Der das Verhalten der Veranstalter von Produktionsbetrieben zur Erzeugung von Waren für den Verkauf in dem Prozeß kausal be-

herrschende und regulierende Endzweck ist gar nicht der Wille im Eigenbetrieb produzierte Güter, die relativ geringern subjektiven Gebrauchswert für sie haben, gegen solche von subjektiv höherem Gebrauchswert umzusetzen, sondern der Wille durch Veräußerung der im Eigenbetrieb für den Verkauf produzierten Waren, die überhaupt keinen unmittelbaren Gebrauchswert für sie haben, wieder und wieder Geld zu gewinnen. Nur indem man von dieser zweifellos gewissen Bestimmung des wirtschaftlichen Gesamtprozesses, in dem die Produktion sich allgemein als Warenproduktion vollzieht, den Ausgang nimmt, kann von hier aus zu einer weitem methodischen Analyse der modernen Volkswirtschaft fortgegangen, der Komplex der den Prozeß und damit auch die Preisregulierung in ihm näher charakterisierenden Bestimmungen systematisch entwickelt werden. Indem die Grenznutzlehre den in den Formen von Verkauf und Kauf sich vollziehenden Warenaustausch einer warenproduzierenden Gesellschaft völlig unkritisch im Geist naturalwirtschaftlicher Austauschakte zu interpretieren sucht, verkennt sie dessen Grundnatur und schneidet sich so auch von vornherein den Weg zu jeder weitem methodisch durchzuführenden Zergliederung des Prozesses ab.

Der endlos vieldeutige Ausdruck Wert, der nach der grundlegenden Smithschen Unterscheidung von dem Gebrauchswert, den die Güter unmittelbar als Mittel zur Befriedigung konkreter Bedürfnisse besitzen, in der theoretischen Ökonomie speziell zur Bezeichnung des Tauschwertes der Waren diene und so seine näher bestimmte präzisere Bedeutung gewonnen hatte, ist innerhalb der Grenznutzlehre, die den wirtschaftlichen Gesamtprozeß als einen durch lauter subjektive Werturteile geleiteten erklären möchte, ein bei allen möglichen Gelegenheiten ausgespieltes Lieblingswort geworden. Rickerts bedeutende und vieldiskutierte Untersuchungen, die unter methodologisch philosophischen Gesichtspunkten den prinzipiellen zwischen Werturteilen und Tatsachenurteilen bestehenden Unterschied beleuchten, haben da jene Neigung vom Wert, von Wertungen und Werturteilen zu reden noch erhöht. Man meinte wohl durch solche Etikettierung, die (von den besonderen mit unterlaufenden Konfusionen noch ganz abgesehen) im besten Fall doch nur den allbekannten Tatbestand, daß das wirtschaftliche Verhalten der Gesell-

schaftsmitglieder im ökonomischen Gesamtprozeß ein durchgängig und allgemein von Zweckerwägungen, und zwar Zweckerwägungen des Eigeninteresses, bestimmtes ist, in eine weniger gewohnte Sprache überträgt, der Untersuchung ein imposanteres wissenschaftliches Air zu geben.

Die Leser, die die Energie besessen haben sich durch die Stephingersche Schrift hindurchzulesen, werden die Bitterkeit des Tons, der sich dem Referenten aufdrängt, wohl verstehen. Der völlige Mangel tiefergrabender Kritik, mit dem die banalen Quidproquos der Grenznutzlehre hier übernommen werden, verbindet sich mit Präntionen einer angeblich philosophischen Darstellungsweise, die, nebelhaft verschwommen, den Schein von Tiefsinn vortäusche. Der Leser weiß vom Wert, das heißt vom Tauschwert der Waren, vom Geld und von der Regulierung der Warenpreise in einer warenproduzierenden Gesellschaft am Ende des Buchs genau so viel oder so wenig, wie er schon mitgebracht hat, und scheidet von dem Band höchst wahrscheinlich mit radikalem Mißtrauen gegen jede Art von theoretischer Nationalökonomie.

Das 1. Kapitel handelt vom Ausgangspunkt der Wirtschaftslehre, indessen nicht etwa, um darauf hinzuweisen, daß die moderne Volkswirtschaft als ein historisch entstandener Gesamtprozeß, in dem die Produktion als Warenproduktion, speziell als kapitalistische Warenproduktion erfolgt, den Gegenstand und Ausgangspunkt einer die Gesetzmäßigkeiten eines solchen Prozesses systematisch zergliedernden theoretischen Nationalökonomie zu bilden hat, sondern um sich über den »Ausgang vom Subjekt oder Objekt« und über »Stoff und Wirklichkeit als Ausgangspunkt der Wirtschaftslehre« zu verbreiten. Als Beispiel für die Art und Weise, wie geradezu betäubend der Verfasser mit den Begriffen herumjongliert, sei ein Satz aus dem Unterkapitel Die Allgemeinheit in der Wirklichkeit herangezogen. Es heißt da wörtlich: »Je größer der Markt, desto mehr sind Tauschwert und Gebrauchswert gleich, desto mehr nähern sich Angebot und Nachfrage dem wirklichen Vorrat und Bedarf.« In der Polemik gegen die Arbeitswerttheorie begegnet man unter anderem auch folgendem höchst eindrucksvollen Argument: »Der Genuß einer schönen Landschaft wird für den, der sie erst aufsuchen muß, ein Wirtschaftsposten als Reisekosten [!], ohne daß irgendeine Arbeit erfindlich

wäre, die den aufgesuchten Wert [!] geschaffen hätte.« Im 2. Der Wert betitelten Kapitel erfährt man: »Die wirtschaftlichen Werte sind aber nicht der wirtschaftliche Wert, wenn sie auch wirtschaftlichen Wert haben müssen, um wirtschaftliche Werte zu sein. . . Die Arbeit ist ein wirtschaftlicher Wert, ihren wirtschaftlichen Wert erhält sie aber erst durch ihr Verhältnis zu Erfolg und Lohn. Und die Arbeit schafft wirtschaftliche Werte, den wirtschaftlichen Wert aber nur der wirkliche Erfolg.« In der Anordnung der weiteren Kapitel rangiert (das ist charakteristisch) der Abschnitt über das Geld, dessen Grundfunktionen im Prozeß natürlich vor jedem Versuch die Preisbestimmung der Waren in ihm zu verstehen schon entwickelt sein müssen, als 5. Kapitel, während das 3. sich Der Preis nennt. Zwischen beide schiebt sich ein 60 Seiten langer Abschnitt Das Wirtschaften, der sich unter anderem in Auslassungen über »Wirtschaft und Zufall« und über »den Erfolg des wirtschaftlichen Werts des Wirtschaftens« ergeht. Im vorletzten Abschnitt, Das Kapital betitelt, erfährt man nach einem Präludium über »das Kapital als wirtschaftlicher Wert«, daß »der Kapitalismus eine Übertreibung der Kapitalwirtschaft . . . ein Mißbrauch des technischen Fortschritts der Kapitalwirtschaft ist«. Oder noch schöner: »Die Kapitalwirtschaft macht das bewegliche Kapital zum Wirtschaftszweck, der Kapitalismus macht es zum Lebenszweck.« Für Leser, die diesen moralisierenden Tiefsinn nicht gleich zu fassen vermögen, sind seitenlange Erläuterungen hinzugefügt, in denen sie unter anderem auch belehrt werden, daß das »praktische Wirtschaften sich oft mit einer Übertreibung des Tauscherts verknüpft [!]«. Dann heißt es wieder: »Die Bedeutung des Gebrauchswertes als Deckung [?] des Tauschwertes wird leicht wissenschaftlich übersehen«, und daraus entstehe dann die Auffassung der Volkswirtschaft »als eines Mechanismus, in dem der Überschuß nur als Spargewinn, der Unternehmergewinn nur als Ausbeutung, alle Werte nur als Nennwerte aufgefaßt werden, und in dem für marktlose Werte, die Arbeit der Hausfrau, öffentliche Anlagen und dergleichen, eine Wertung überhaupt nicht möglich ist«. Eine solche Auffassung werde dann auch geneigt sein »Kapitalwirtschaft und Kapitalismus gleichzusetzen«.

Die allgemeinen Resultate, zu denen der Verfasser im Schlußabschnitt hinsichtlich

der Methodologie der Wirtschaftslehre und ihrer Stellung im Kreis der Kulturwissenschaften bei solcher Art des Rationnements gelangt, entsprechen den hier mitgeteilten Proben. Eine These, unter der man sich entweder gar nichts oder alles Mögliche, aber in keinem Fall irgendein gesetzmäßig sich in dem Prozeß forterhaltendes Grundverhältnis denken kann, wird da als das »wirtschaftliche Grundgesetz« proklamiert und lautet einfach: »Der wirtschaftliche Wert ist das Verhältnis des Vorrats zum Bedarf in der stofflichen Wirklichkeit.«

Sozialismus Unter dem Titel Zeitgemäße Wandlungen in der sozialistischen Idee und Theorie bespricht Emil Lederer im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (1918, XLV, Seite 261 ff.) einige (auch in den Sozialistischen Monatsheften kritisierten) neuen Erscheinungen der sozialistischen Literatur. Seine Stellungnahme berührt sich vielfach mit dem auch hier vertretenen Standpunkt. Dem Buch Renners Marxismus, Krieg und Internationale mißt er, voller Anerkennung für die oft glänzende Darstellung, bedeutenden Einfluß auf die weitere geistige Bewegung der Partei bei; er konstatiert aber andererseits das völlige Fehlen einer neuen theoretischen Grundlage, die allen solchen Abbiegungen von der Marxschen Auffassung einen einheitlich prinzipiellen Zusammenhang zu geben vermag. Renner versichere (auch in den Sozialistischen Monatsheften war darauf ausdrücklich hingewiesen), daß das Fundament der Marxschen Kapitalanalyse, das Wertgesetz, im Grunde (wenn man von den Einschränkungen, die sich für dessen Geltung aus den immer zunehmenden Einschränkungen der freien Konkurrenz ergeben, absieht) auch heute noch theoretisch unerschüttert dastehe. Aber Renner begründe diese These nicht, die zu seiner sonstigen Auffassung zudem in auffälligem Widerspruch stehe, und breche gerade hier, an dem theoretisch entscheidenden Punkt, die Analyse ab. Das aktuelle politische Interesse überwiege bei ihm das theoretische. Lensch aber und Plenge trieben mit der Marxschen Ideenvelt von vornherein ein mehr oder weniger bewußtes Maskenspiel, das die demokratisch-sozialistischen und internationalen Tendenzen des Marxismus schließlich geradezu ins Gegenteil verkehre. So konstruiere Lensch die rivalitäten der europäischen Staaten als eine

Art ökonomischen Klassenkampf, bei dem Deutschland, das bei den kolonialen Gründungen zu spät kam, die Rolle einer insofern enterbten, aber dennoch alle fruchtbaren Zukunftskeime wirtschaftlichen Organisationsstrebens am reichsten entfaltenden Macht zufällt. Der Weltkrieg bedeute eine weltgeschichtliche Revolution, die für Deutschlands Zukunftswirken freie Bahn zu schaffen habe. »Indes, wo bleibt der Sozialismus?«, fragt Lederer. Der Verfasser, sagt er, »erniedrigt die Idee, welcher er einst dienen wollte, welche er lauter im Munde führte als irgend jemand. . . Ein ehemaliger Jünger der Idee hat aus ihr das Aushängeschild für seine intellektuelle Schaubude gemacht.« Noch schärfer ist das Urteil über Plenge und dessen vielberufene *Ideen von 1914*. Ohne jede wirkliche Durchdringung und kritische Abrechnung mit der Marx'schen Gedankenarbeit schiebe er, Plenge, der umfassenden Idee des Sozialismus ein bloßes Organisationsschema unter und verkünde Deutschlands einstigen wirtschaftlichen Sieg als der im Wettlauf des Organisierens angeblich bestqualifizierten Nation.

Daß sie von bürgerlicher Seite ausgesprochen werden, gibt diesen Urteilen noch ein besonderes Gewicht.

Totenliste Der Direktor der Budapester Stadtbibliothek Genosse Erwin Szabo ist im Alter von 40 Jahren gestorben. Er hat die Schriften von Marx und Engels in ungarischer Sprache mit herausgegeben und war kürzlich zum Professor an der Moskauer sozialistischen Universität ernannt worden. Szabo ist auch den deutschen Parteigenossen durch seine Mitarbeit an der (früher, von Kautsky redigierten) Neuen Zeit bekannt geworden.

Kurze Chronik Für 1918-1919 hat die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Zürich folgende Preis aufgabe gestellt: »Welche Mittel hat die Schweiz den Bezug der Rohstoffe aus dem Auslande zu sichern?« ◊ Der Universität Breslau ist auf private Initiative hin ein Osteuropainstitut angegliedert worden, dessen Begründung besonders der Breslauer Nationalökonom Adolf Weber betrieben hat. Das Institut hat sich die Aufgabe gestellt die nationalen Wirtschaften des Ostens nebst ihrer kulturellen Umgebung theoretisch

zu studieren und die Ergebnisse der deutschen Praxis nutzbar zu machen. ◊ An der Universität Breslau sind ferner für das Wintersemester 1918-1919 besondere Fachhochschulkurse für Wirtschaft und Verwaltung eingerichtet worden, die sich auf kaufmännische und landwirtschaftliche Betriebslehre, kommunale und soziale Verwaltung und Bankwirtschaft erstrecken. Ferner werden Hochschulkurse für Osteuropakunde abgehalten, die Kirchengeschichte von Osteuropa, wirtschaftliche und rechtliche Verhältnisse in Rußland und Polen, Literatur und Kunstgeschichte von Osteuropa zum Gegenstand haben.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochderf

Peladän Emil Schering begann, eh Sar Peladän starb, für Georg Müller in München eine Gesamtausgabe der Bücher dieses Geistersehers, Okkultisten und europäischen Joghis vorzubereiten. Schon kannten ihn die Londoner und Pariser Kreise, die sich mit Geheimwissenschaft und Entlarvung falscher Geheimwissenschaft befaßten. Er hatte es verstanden die Neugier der geisterbegierigen Salons stark zu fesseln und gewann seinen Ruf nicht, weil er selber zu der Klasse der neurotischen Schriftsteller gehörte; er gewann ihn, weil er neurotische, mit der Überwelt verknüpfte Menschen mit Zolascher Kaltblütigkeit darstellen konnte. Nachdem Edgar Poe und Thomas de Quincey eigentlich nur ein Echo ihres opium- und alkoholgestörten Innern gegeben hatten, gelang es ihm derartige Methoden des selbsterfleischenden Bekenntnisses zur objektiven Psychologie des dichtenden Menschendeuters zu machen. Man begreift das am besten, wenn man die Beispiele seines Romans Das unbekannte Schicksal und seiner Tragödie Der Prinz von Byzanz etwas genauer ansieht. Das unbekannte Schicksal ist die nicht der Erkenntnis gesicherte, noch weniger die dem göttlichen Pflichtgebot standhaltende Fügung sondern die der abergläubisch verirrten Meinung leicht aufgehende Gewißheit, daß der Mensch mit genau vorher bestimmtem Erdenlebensweg aus dem mystischen Verband des Nichtseins zu den Erdenjahren seines Daseins entlassen wurde. Wie der Mensch sich auch hienieden windet oder streckt, es ist ihm von Uranfang an vorgeschrieben, ob er

ein Mörder wird oder ein Monarch, er kommt mit seiner Geliebten oder mit seinem ganzen Harem auf die Welt, er trägt, vor sich selber unsichtbar, den Revolver, mit dem er einst töten wird, oder das Szepter, mit dem zu regieren ihm bestimmt ist. Es brauchen diese vorausgewiesenen Schicksale nicht durchaus auf äußerliche Dinge berechnet zu sein. Denn der Byzantinische Prinz, diese jedem Schulrezept spottende miserable Theatertragödie und sehr weit sehende Seelentragedie, zeigt, daß die inneren Schicksale, also des Menschen irdisches Sinnen und Trachten, genau so sklavisch gebunden sind. Doch ist mit dieser Feststellung noch nicht viel über Peladan gesagt. Dieses Problem liegt tiefer, und es ist auch viel weiter. Hier soll nur beim Tod dieses Mannes auf sein Werk aufmerksam gemacht werden, das sich uns allmählich enthüllen, und das dann in seiner Ganzheit zu betrachten sein wird. In einer Epoche seines Ringens stieß August Strindberg auf ihn. Das ist nicht unwichtig und spricht für Peladan; das darf aber nicht zu dem falschen (vom Übersetzer anscheinend gezogenen) Schluß verführen, die beiden seien wesensverwandt.

Nansen Peter Nansen, der an der Schwelle der Sechziger starb, hat als Schriftsteller und Berater seiner dichtenden Zeitgenossen dem verfeinerten Geschmack einer nicht unerfreulichen, über ganz Europa zerstreuten Leserklassse gedient. Während man in Deutschland besonders, aber auch stark im slawischen Osten und schon seltener in französischen Salons meinte, daß skandinavische Literatur mit der sehr heftigen Manier Björnsons, dem grabenden Ernst Ibsens und der genialen Besessenheit Strindbergs gleichbedeutend sei, schrieb der Kopenhagener Peter Nansen die anmutige Reihe seiner Geschichtenbücher: Juliens Tagebuch, Aus dem ersten Universitätsjahr, Eine glückliche Ehe. Da er sich auf Märchenbücher und Kontobücher in gleicher Weise verstand, fiel ihm die Leitung des Gyldendalschen Verlags zu, der das moderne Skandinavien schnell in seinen Schutz nahm. Ein Schriftsteller von Nansens Rang, ein Mann, der in der Sprache eines kleinen Landes für die internationale Frauenkunde und die abgeklärte Stilweisheit sehr vieles getan hat, der Mirbeau und Huysmans erreicht und den Geistesgenossen Arthur Schnitzler vielleicht in mancher nützlichen Verkürzung

der Seelendeuterwege übertrifft, ist selten genügend ausdauernd und enthalten gewesen, um die Talente der engern und weitem Heimat einzusammeln. Nansen tat das mit weltmännischer Klugheit und doch wohl mit einem Geschmack, der etwas Verwirrung in das Literaturbild des modernen Nordens brachte. Es sieht so aus, als wenn die sehr eleganten, ihr Temperament mit Achtsamkeit abkühlenden Schriftsteller das Wichtigste in Dänemark zu sagen hätten. Die Tragik in den gut geheizten und mit besserem Kunstgewerbe geschmückten Bürgerstuben, das war die gewiß fesselnde Welt Peter Nansens, deren Charakter eben eine unleugbare Charakterlosigkeit ist. Nach langem Schweigen brachte er kurz vor seinem Tod 2 neue Bücher heraus (Die Brüder Menthe und Des Lebens Lust /Berlin, S. Fischer/): in der alten, diskreten und überlegenen Art, doch der Inhalt ist anders geworden, tiefer, strenger; Töne der Bitterkeit, ja der Verzweiflung klingen hindurch. Sein Wille ist da härter, seine Kunst darum größer geworden.

Dauthendey Max Dauthendey ist auf Java gestorben. Es heißt, daß der in die Tropen verschlagene Mann seine Sehnsucht nach Deutschland allzu schwer ertrug. Der Krieg hinderte ihn an der Heimkehr. Er wurde krank und ging zum Tod ein. Nachdem er ungefähr ein Menschenalter die Fruchtbarkeit eines wirklich tropischen Talents entfaltet hatte. Der Würzburger begann in den Georgeschens Blättern für die Kunst, was seinen Schönheitssinn ehrte. Er fuhr fort in zerrissener Formlosigkeit, was seinen Revolutionssinn verriet. Und dann kam in dem letzten Jahrzehnt die toll überschwengliche Sorglosigkeit des höchst verliebten Naturfreundes, der sich in etwa 20 Bänden einer sehr leuchtenden, ganz auf Plastik und Farbe angelegten Lyrik Befreiung schaffte. Dauthendey hatte sich beinahe seinen eigenen Stil erfunden und eine Art der Waldbeschreibung, eine Schilderung der Liebe zwischen Mensch und Tier und endlich einen Lobgesang über die ganze westliche und orientalische Erde gedichtet. Das ging so lustig, daß er das Wort von der »geflügelten Erde« mit Bedacht und Recht prägen konnte. Solche fruchtigen Sängere (im eigentlichen Sinn), unermüdliche Herolde der wechselreichen Jahreszeiten, der Blumen, balzenden Hähne und des äquatorialen Himmelsstrichs sind reich und arm zu-

gleich. Sie sind selig und machen selig, sofern sie auf einen Menschen in Festtagsstimmung geraten. Aber es lebt noch die größere Menge der ringenden Menschheit, die auch in der Poesie die Hilfe zum Überwinden der Seelenverwirrung sucht, die leer ausgeht vor der anbetenden, nur heitern und in der Traurigkeit höchst flüchtig verweilenden Wanderstimmung. Vielleicht hat Dauthendey es gefühlt, daß er ein noch tieferes Stück seines Innern hervorheben sollte. Denn als er etwa den Geschichtenband *Lingam* schrieb, schweifete er zu einer Problematik ab, die mehr als den Dursinn des Auges angriff. Geheimnisvoll umschwärmte er das indische Wunder der Zaubereien und der Menschengrausamkeit. Er erzählte gut und bunt, nicht selten mit der gekräuselten Spannungskraft des Märchengreises. Als er eine Tragödie *Katharinas II.* schrieb, deren Verstand ebenso umfänglich war wie ihre vielfach abgenutzte Bettlade, da deckte er wohl einige Liebesgewohnheiten, aber nicht das verwickelte Hirn jener Frau auf, die *Voltaire'schem Umsturz* und *Diderotscher Enzyklopädie* auch dann eine Untertanin blieb, als sie die Despotenmanieren ihrer blutrünstigen gesalbten Vorgänger bis zur Genialität entwickelte. Dauthendey hatte da einige Seelenmikroskopie getrieben, die er mit ahnender Seelenkunde verwechselte. Er tat im Grunde nichts anderes als sein menschenkluger und weltgewandter Vater, der Photograph, dem der Sohn ein sehr aufklärendes und unterhaltendes Buch der Erinnerung gewidmet hat. Er stellte sich ein Stück Menschheit vor die zaubernde Linse, er schnitt dieses Stück nach dem Sehbereich seines zaubernden Glassegments aus. Und man könnte mit einem halb bedauernden halb erleichterten Ton zu den Menschen und den Dingen sagen, denen Dauthendey's Geist begegnete, was die alten Pariser Meister der *Daguerrotypie* nach Erledigung ihrer mystischen Arbeit zu sagen pflegten: *Et maintenant vous pouvez reprendre votre expression naturelle.* Jetzt ist es Zeit, daß Menschen und Dinge wieder ihr normales Aussehen annehmen.

Keyserling Eduard von Keyserling ist gestorben, den in Deutschland die Freunde einer sachten Abgründigkeit mit Ausdauer und mit Recht verehrt haben. Der zur langwierigen Krankheit verurteilte Mann beginnt zu schreiben. Schon ist die Leidenschaft des Umsturzes, wenn sie frü-

her in ihm gebrannt hat, zur Erinnerung geworden. Mit einer sehr großen Dankbarkeit gegen die Vergangenheit und alle Schönheit, die jungen Sinnen zustoßen darf, geht er in die Enthaltensamkeit hinüber. Unendlich milde, unendlich gut erzogen, kein Unzufriedener sondern ein Lobpreisender, der noch mit der Erinnerung alles lobt, was Genuß der Sommermilde und des vollkommen erworbenen Sinnenvergnügens ist. Kein Zorn leitet den Kranken, keine Verbitterung kränkt den Verzichtenden. Als er *Beate und Mareile* vor etwa 20 Jahren deutschen Lesern übergab, erstaunte die so aufgeregte Jugend, die höchstens die Sanftheit der Skandinaven Obstfelder und Jacobsen kannte, und die noch wenig von *Pierre Loti* und noch gar nichts von *Claude Farrère* wußte, außerordentlich. Ein Dichter, der aus der Fremde gekommen war, bewältigte das Überirdische der Seelengeheimnisse, das Mystische der Einigkeit zwischen Hochsommernatur und Mensch und alle betriebsame Triebfröhlichkeit der erwachenden Jungfrauen und Jünglinge weder dogmatisch noch pathetisch noch religiös noch strafend sittlich und auch nicht revoltierend apostolisch wie etwa *Frank Wedekind*. Er tat es salomonisch, ohne salbungsvoll zu sein. Er war der gütigste und zugleich der am lautersten gemäßigste Schriftsteller und Sittenrichter. Noch eines: Die unsagbare Pracht der Sommerfelder, der Gärten, der Mondnächte, der südwindüberwehten Frühlingstage beschrieb er mit einer eigentümlichen Sachlichkeit, mit einer pragmatischen Lyrik, die alter Romantik nichts mehr entlieh, und die auch nichts von gekünstelter Überschwenglichkeit weiß. Der Landmann, der Blumen von Kindheit auf seine Geschwister nannte, spricht, wenn *Keyserling* von der blühenden Familie spricht. Aber es spricht auch der Landedelmann, die Wohlerzogenheit und die ein wenig an *Turgenjew* erinnernde *Tournure*. *Keyserling* schreibt *Dumala* und die Fürstinnen und Geschichten, die, beredt genug, das Herz als allgemeine Inschrift verkünden. Er ist ein unermüdlicher Hin- und Herwanderer in seinem Gebiet. Er wird ein reicher Dichter, weil er so gründlich ist, er wird ein abgründiger Dichter, weil er so verliebt, so pflegezart gründlich ist.

Friedensbücher Die Geister, die noch schaffend und blühend in der jüngsten, nun durch Blut fortgeschwemmten Vergangenheit

gelebt haben, erschrecken heute; denn Seelenwelten, die einstmal all ihre Liebe, gestaltende Einbildung und ordnende Grübeleien festgehalten haben, scheinen plötzlich tot, verweht, schon der Verwesung anheimgegeben. Keiner weiß noch, wo er sich wiederum der Endgültigkeit des Menschlichen, das allein zur höchsten Kunstmühe erschüttert, nähern darf. Vielleicht wird die Dichtung von 1914 bis zur Wiedererweckung der friedlichen Erde einmal als eine lehrreiche Übung gelten, die der Zukunft manchen fruchtbringenden Keim überliefert hat, vielleicht wird all das Vorläufige sehr bald ganz vergessen sein. Kein Mensch weiß es. Man weiß höchstens, daß schon heute einige Köpfe, durch Gesinnung bestimmt, die Ästhetik künftiger Dichtung verankern möchten. Sie berufen sich, wie etwa Ludwig Rubiner, der eine achtungswürdige Einsamkeit und Einseitigkeit pflegt, auf Leo Tolstoj. Tolstoj freute sich nicht an jenem der sittlichen Verantwortung entzogenen Spiel, das viele (und nicht einmal feige) Köpfe allein zur Ursache jeder Kunst zugelassen hatten. Er forderte, daß wieder eine Brücke zwischen dem geistig einfältigen Menschen, der nur seine Herzensangst vor Not und Alltag erkennt, und dem Nachahmer Gottes, dem Künstler, erstehen soll. Solcher Priestergedanke erquickt die leidende Menschheit von heute, und er ergreift, einem Evangelium gleich, auch die innigsten Leidträger, die sich im Geistigen anstrengen. Daher auch die rühmenswerte Neuausgabe der Tolstoj'schen Tagebücher durch Rubiner in der Europäischen Bibliothek, von der weiter unten die Rede ist. Die Menschen, die wirkliche Menschenliebe und ein absolutes soziales Gewissen ersehnen, verlangen zweifellos sehr Hohes vom Künstler, wenn sie mit Tolstoj diese, über Erdenelend hinwegführende und vielleicht zur Erdenüberwindung führende Kunst verlangen. Obwohl das von unserer Bekümmernis verfluchte und beweinte Europa des Weltkriegs 1918 furchtbar zertrümmert und zerschnitten ist, geben sich diese vor keiner Grenze einhaltenden Menschenfreunde einem Bündnis aller vorurteilslosen Europäer mit Aufopferung hin. Schon gehören Russen, Franzosen, Iren, Deutsche, Schweden und Schweizer zu dem neuen europäischen Bund, dessen stärkste und eindringlichste Offenbarungen von der Europäischen Bibliothek Max Raschers

in Zürich gesammelt werden. Dort veröffentlichten Frank und Latzko ihre Kriegsbücher, dort erschien Barbusses Feuerbuch in deutscher Sprache. Wo Leonhard Frank, der sein Buch *Der Mensch ist gut* taufte, nur dem ersten und geheimnisvollen Schwung seiner Vision unterworfen ist, dort schaffen sein Stil, seines Herzens Erschütterung und die Berechnung des Kopfes das fehllose Kunstwerk. In dem Buch der guten Menschen, womit die von der Kriegswut nicht angesteckten oder der Kriegswut entrissenen Menschen gemeint sind, steht die Geschichte des Vaters, der am Blutschicksal des eigenen Kindes die Weltentollheit so heftig begreift und ermißt, daß er alle Menschheit zu seiner aufgebäumten Erkenntnis heranzuzerren möchte. Dieser kurz denkende, aus dem gedemütigten Stand der Kellner herkommende Vater errät das Elend, das ein europäisches ist, besser als ein geschulter Moralist, und derartige Hellsichtigkeit wurde ihm geschenkt, weil hier Frank auch wirklich als Künstler schuf. Nicht im ganzen Buch ist das der Fall. Und daher ist die seelische Wirkung nicht überall gleich. Das literarische Talent Andreas Latzkos war immer geselliger Art und nicht originaler Prägung. Heute verbündet er seine Kunst mit seiner Gesinnung. Menschen im Krieg heißt sein Buch. Was Ernst, scharfe Beobachtung und die so schwer wiegende Nächsten- und Friedensliebe vermögen, das schmilzt alles in die Feder Latzkos hinein. Über die Art und den Inhalt dieses Buches (das ursprünglich ohne Nennung des Verfassers erschien) ist hier schon in der Rundschau *Geistige Bewegung* (1918 I, Seite 154) berichtet worden. Latzko begnügt sich nicht mit der Beobachtung und Energie der Tendenz, er will die Dinge, die seinem Herzen so nahe stehen, zur Endgültigkeit des Dichterischen abrunden. Dazu reicht sein Formgefühl nun freilich nicht aus, seine erleuchtete Phantasie erfindet keine Ewigkeit der Begebnisse. Die mit viel Seele bewaffneten Beobachter unserer Schmerzenszeit wollen noch nicht gestehen, daß sie nur der düstern Vorläufigkeit dienen. Darum dünkt es sie zu geringes Verdienst das Sammelgut ihrer Erkenntnis entsagungsvoll aufzuschichten. So stark fühlen sie sich Meister der Menschen, die sie nur erdenken, daß sie sich kaum der blutenden Wirklichkeit unterwerfen sondern in die ungeheuer wirkliche Zeitnot noch eine Art

Phantasieromantik hineinragen. Sie schließen die Zeitwirklichkeit ab, die noch so gräßlich ungelöst ist. Man liest zum Beispiel das tränenvoll geschriebene Novellenbuch *Claire Studers Die Frauen erwachen* (Frauenfeld, Huber). Die Verfasserin will die Frauen spornen, damit weibliches Gefühl und Denken zum Kampf gegen die Kriegstollheit verschwistert werden. Ihre Sinne schärfen sich, um das Geklage der geprüften Frauen zu verspüren. Doch wieder der Hang; die Erfahrung und den moralischen Willen zu überbieten, weil die Schriftstellerin Novellen zusammenfügen will. Was bewegend wirkte, solange das erregte Herz im Bezirk der rührenden Barmherzigkeit und des anmutigen Zornes verweilte, mißrät schnell. Echt ist das Herz, aber die nach der gestaltenden Phantasiesehnsucht notwendige Regulierung der epischen Motive versagt. Der Volkswirt, der Moralist und der Metaphysiker, sie können nichts anderes tun als der Dichter: sie müssen sich gehorsam der Vorläufigkeit unserer Welt von 1918 unterwerfen. Und sie werden sicher der Voreiligkeit schuldig, wenn sie kreisende und geschlossene Ideen aus der Atmosphäre der Vorläufigkeit, die heute über uns allen und über allem zittert, herauslesen und herauslösen.

Darum schrieb Leonid Andrejew sein Buch *Das Joch des Krieges* (deutsch in der Europäischen Bibliothek) wie eine schlußlose Symphonie des Wehs in die Vorläufigkeit von 1918 hinein. An irgendeinem Tag bricht dieses Kriegstagebuch des Petersburger Bürokraten Ilja Petrowitsch ab. Es hätte ebenso gut ins Unendliche weitergehen können, ohne daß die Geschehnisse unserer Kriegsvorläufigkeit eine Entscheidung gefunden hätten. Ein Tagebuch war eine der angemessensten Formen für diese Zeit. Da ließ sich das Gestrichel des Lebens anbringen, das in Petersburg und in der Wohnung Ilja Petrowitsch' ohne jeglichen Lärm vorwärtskriecht, etwa anderthalb Jahre lang. Sterbende, Bittgottesdienste, Kinderkrankheit, Arbeitslosigkeit, einige Angst vor dem Verlumpen. Übrigens scheint es, daß auch Ilja Petrowitsch und seine Landsleute das Gespenst des Hungers viel weniger ertragen als die Hungerwirklichkeit. Und es naht eine der letzten Stunden in dem Tagebuch des Ilja Petrowitsch, wo er liest, daß irgendwo Menschenbestien Frauen aufgehängt haben; mit den Füßen an den Galgen, und die Köpfe

und die umsonst nach einer rettenden Stütze rudernden Hände flattern in der Luft. Eine der gehängten Frauen ist eine Mutter, deren kleines Kind zur Hinrichtungsstatt kommt. Nun will das kleine Kind die rudernden Hände der Mutter ergreifen, aber siehe, es kann sich nicht genügend recken, um an sein Ziel zu gelangen. Mutterhände und Kindeshände können sich nicht erreichen. In der Sehnsucht bleiben sie und in der Vorläufigkeit. Ilja Petrowitsch denkt und denkt aber, wie die so getrennten Hände wieder vereinigt werden könnten. Denkt und denkt und findet keinerlei Regel und Antwort. Mensch reckt sich vergebens zum Menschen. Das ist die einzige Gewißheit, die Andrejew und die übrige Menschheit bisher fanden. (Jetzt aber soll es anders werden.)

Nenausgaben Wer Moissis Darstellung des Danton Georg Büchners sah, der erstaunte über die seltsame Veränderung dieses Revolutionshelden. Es wurde ein einziger Zug des Dantonschen Charakters, der wohl vorhanden war, aber doch nicht die ganze Persönlichkeit beherrschte, über das ganze Menschentum Dantons gezogen. Betont wurde vor allem eine ungeheure Weichheit, die sich bis zur Tatenlosigkeit und Träumerei durch die ganze Revolutionstragödie fast hinschleppte. Da agierte kein Freund des Volkes sondern ein Epikuräer, dem die *Kanaille* fremd geblieben war; auch keine hingegossene Heilandsnatur sondern eher ein Jüngling nach dem Schlag des jungen Buddha, dem keinerlei Ausschweifung, rosige Verworfenheit und armutige Luderei fremd gewesen sein soll. Als dann aber die Tobsucht der Tat plötzlich über Danton kommt und er gegen Robespierre aufspringt und aufschreit, da gleicht Danton einem nur augenblicklich Besessenen und Rasenden, der auf Minuten bloß das teuflische Feuer herausprüht. Es scheint später eigentlich im Einklang mit seinem Temperament, daß er artig und lyrisch, einem von augenblicklichem Wahnsinn Geheilten verwandt, den Weg bis zum Schaffott geht. Wilhelm Hausenstein, der für den Inselverlag einen neuen Band *Gesammelter Werke Georg Büchners* herausgibt, sieht mit ähnlichen Augen den Dichter an. Ist seine Einführung glaubhaft, dann ist dieses Anonyme, Gedämpfte, heimlich aus der Inspiration Schöpfende im Büchnerschen Charakter entscheidend. Etwas fremdartig und

doch verführend ist derartige Auffassung. In einer Zeit, die schwierigste Bewältigung der Erdenmaterie durch lautlos rollende Riesenmaschinen leisten läßt, mag der Forscher sich auch gern über die inneren Schlachten und Zerreibungen des Genies täuschen.

Der Verlag Albert Langen in München hat eine Gesamtausgabe der Werke Knut Hamsuns herauszubringen begonnen. Ein sehr verdienstvolles Unternehmen, das hoffentlich einen raschen Fortgang wird nehmen können. Es wird Zeit noch einmal die Hamsunschen Menschenkinder zu überdenken, die vor einem Menschenalter etwa ihren Erdenweg begannen. Die beiden Romane, die den 1. Band der Gesammelten Werke heute umfassen, Hunger und Mysterien, sind Eigentum des ganzen Weltenrunds geworden. Sie wurden es, weil Hamsun sein Herz so weit hinausschleudern konnte, ohne daß der Kraftaufwand als ein Krampf des Kunstwillens spürbar wurde. Und sie durften auch so weltgütig sein, weil der Zusammenhang zwischen Welt und Dichter mehr ist als ein bloßer Aufschwung des ersten Geistes. Das moderne Mysterium des Unfaßbaren, die Tollheit des Mystischen: das war ein Seelengelände, in dem Hamsun seine Leser ansiedelte. Vielleicht ist auf Erden schon alles den Gedanken Mögliche ausgedacht worden. Aber das den Gefühlen Mögliche ist noch nicht ausgeschöpft worden. Und darum wird Hamsun jetzt, ein Vierteljahrhundert, nachdem man zum erstenmal mit fliegendem Herzen die Mysterien verschlang, vielleicht langsamer gelesen werden, aber schwerlich ruhiger.

Der gleiche Verlag Langen trägt auch Gesammelte Werke Max Halbes aus vielen Verlagshäusern zusammen. Die Lyrik und einiges Erzählende kamen in den 1. Band. Ja, Lyrik, die doch meist so altertümlich anmutet, indem sie ein Stücklein Liliencronscher Erlebnisart skandiert, indem sie sich in der Haltung des schwermütigen Poeten und Herbstsängers gefällt. Das hatte man kaum gekannt. Und es ist höchst lehrreich, um das Dichterbildnis Halbes zu vervollständigen.

M. J. bin Gorion sammelte Sagen der Juden /Frankfurt am Main, Rütten & Loening/. In bunten Büchern stehen die Geschichten von Abraham, Isaak und Jakob, von Joseph und seinen Brüdern, von den ersten Menschen und Tieren. Es ist nicht mehr der biblische Text, sondern der legendarisch erweiterte Stoff,

an dem Fabulisten und Rabbinen weitergesponnen haben. Das dient nicht mehr ausschließlich der Frömmigkeit sondern schon der freieren Phantasie. Wie wenig die Welt diese haggadische Literatur kannte, die voll des lebendigsten Lebensbluts ist!

Der Herdersche Verlag in Freiburg gibt deutsche Sagen und Legenden in gut gedruckten Volksbüchlein heraus. Griseldis, der Arme Heinrich, Doktor Faustus und der Ewige Jude, alles steht in den Bändchen, die hier sehr empfohlen sein sollen.

Der Perser Omar Chajjam hat, ein Zeitgenosse Walters von der Vogelweide, Spruchweisheit des Ostens geformt. Symbolisch war diese Weinseligkeit nur gemeint, da Mohammed ja den lüsternen Lippen allen Wein verbietet. Besoffenheit galt nur dem Gottesrausch gleich, Verliebtheit nur der Kontemplation. Man läßt sich gern von dem neuen Herausgeber des Münchener Rolandverlags belehren. Heute liest man es vielleicht etwas anders, nicht übermäßig aufgeregt, aber immer noch gern.

Bongs Deutsches Verlagshaus ließ ein Faustbrevier zusammenstellen, das alles Kernige und Unsterblichste der Dichtung büchmannartig herauszieht.

Kurze Chronik Gegen einen Kritiker des Pays, der Henri Barbuse beschuldigt hatte in seinem Feuerbuch zu stark aufgetragen zu haben, kehrte der Angegriffene einen Artikel, in dem er unter anderm feststellte: »Ich erkläre, daß alles, was ich geschrieben habe, die volle Wahrheit ist. Der Geisteszustand meiner Verleumder gehört zu jenem System, das den Krieg in rosigen Farben darstellen möchte. . . Nichts kann den Soldaten mehr empören, als wenn man ihm in Zeitungen und Büchern die Wahrheit schminken will, ihm, der mit der Wahrheit lebt und sie am besten kennt. Solche armseligen, lügnerischen Methoden bewirken das Gegenteil dessen, was mit ihnen beabsichtigt wird. Sie graben zwischen der Front und der Heimat eine tiefe Kluft und rufen einen gerechten Zorn hervor, der sich entladen wird.« ◊
21 unbekannte Briefe Mörikes an Schwind sind aufgefunden worden. Sie gehen vom November 1863 bis zum Dezember 1870 und zeigen eine herzliche Freundschaft zwischen den beiden Künstlern. Sie werden jetzt von H. W. Rath bei Julius Hoffmann in Stuttgart veröffentlicht. ◊ In Paris hat sich ein Aus-

schuß Archives littéraires des écrivains et des artistes morts pour la France gebildet, der alle für das Gedächtnis und die Werke der im Krieg gefallenen Schriftsteller und Künstler wichtigen Dokumente sammeln will. Das Archiv soll den Grundstock eines spätern staatlichen literarisch-künstlerischen Kriegsmuseums bilden. Den Vorsitz des Ausschusses führt Jean Richepin.

KULTUR

Landwirtschaft / Konrad Adelman

Schafhaltung Während die Tierhaltung in Deutschland im allgemeinen sowohl der Zahl wie der Qualität nach seit der Reichsgründung eine außerordentliche Steigerung aufweist, sehen wir im selben Zeitraum die Zahl der Schafe rapide abnehmen.

Jahr	Anzahl in 1000 Stück				
	Pferde	Rinder	Schweine	Schafe	Ziegen
1873	3352	15777	7124	24999	2320
1883	3523	15737	9206	19190	2641
1892	3836	17556	12174	13590	3092
1900	4195	18940	16807	9693	3267
1907	4345	20631	22147	7704	3534
1912				5788	

Der Rückgang der Schafhaltung ist demnach so stark und so nachhaltig, daß dafür zwingende Ursachen vorliegen müssen. Obgleich diese im allgemeinen bekannt sind, sei hier noch einmal kurz darauf eingegangen, da durch die Umstände des gegenwärtigen Krieges sich gewisse Bestrebungen auf neuerliche Stärkung der Schafhaltung geltend machen. Es ist zweckmäßig bei einigen Eigenschaften des Schafes kurz zu verweilen, die mit der besondern Rolle, die ihm in der Haustierhaltung zukommt, zusammenhängen. Das Schaf kann vermöge seiner außerordentlichen Beweglichkeit auf den Weiden auch das spärliche Futter noch ausnutzen, auf dessen Suche das Rind mehr Kraft verbraucht als es gewinnt. Weiter vermag das Schaf Raufutter, insbesondere gewisse Stroharten, für sich allein noch zu verwerten, die das Rind nur unter gleichzeitiger Beigabe von Kraffutter lohnend ausnutzen kann. Diese beiden Momente geben letzthin den Ausschlag zugunsten oder zu ungunsten der Schafhaltung. Solange genügend mittlere und geringere Weiden, die den höheren Ansprüchen des Rindes nicht mehr genügen, vorhanden sind, solange oder insoweit Raufutter zur Verfügung steht, das im Rinderstall mangels ausreichenden höherwertigen Zufutters

nicht entsprechend ausgenutzt wird, solange also viel sogenanntes absolutes Schaffutter auf Verwertung wartet, hat die Schafhaltung große Aussichten. Die neuzeitliche Entwicklung brachte es nun mit sich, daß einmal die Schafweide immer mehr eingeschränkt wurde (Vermehrung des Acker- und Gartenlands, der Wiesen und reichen Weiden, andererseits, wenn auch nicht in beträchtlichem Maß, Aufforstungen, dazu starke Verminderung der Brache und Ackerweide, allein von 1878 bis 1900 um 1 536 000 Hektar), andererseits fanden die Raufutterstoffe, besonders die Getreidestroharten, durch die zunehmende Verwendung sogenannter Kraffuttermittel, steigende Ausnutzung in der Rindviehhaltung, die in dieser Periode den Schritt vom *notwendigen Übel aus Gründen der Stallmistproduktion* zum selbständigen landwirtschaftlichen Betriebszweig machte. Zu dieser unter den nun einmal gegebenen Verhältnissen natürlichen Unterlegenheit kommt noch der Rückgang der Wollpreise durch die überseeische Konkurrenz und die mangelnde Nachfrage nach Schaffleisch, die der durchschlagenden Umzüchtung der deutschen Schafherden auf den Fleischwolltyp hemmend im Weg stand. Rechnet man noch das psychologische Moment hinzu, daß unter der Parole »Das Schaf weicht der intensiven Kultur« die Bewegung naturgemäß noch etwas über die Grenzen hinauspendelte (nur so ist es auch zu erklären, daß manche dürftige Weide, die noch recht gut Schafe ernähren könnte, heute unausgenutzt bleibt), so haben wir die wesentlichen Ursachen für den Rückgang der Schafhaltung. Dabei mag noch vermerkt werden, daß über die Hälfte der Schafe, die heute in Deutschland gehalten werden, auf den Großbetrieb treffen. Das hängt mit der wirtschaftlichen Seite zusammen. Schafhaltung erfordert einen eigenen Schäfer, der sich nur in größeren Herden bezahlt macht. Da nun in den bäuerlichen Gegenden durch die Gemeinheitsteilung und Brachebestellung die Schafweide vielerorts wegfiel oder doch sehr eingengt und zersplittert wurde, machte ihre Ausnutzung Schwierigkeiten, die für den Großbetrieb in gleicher Weise nicht vorlagen, die indessen vielfach durch genossenschaftlichen Zusammenschluß gemindert werden können.

Wenn wir nun zu den Aussichten der Schafhaltung Stellung nehmen wollen, so können uns die Erfahrungen der Kriegszeit immerhin manchen Fingerzeig ge-

ben. Von vornherein möchte ich gleich betonen, daß es sich nicht entfernt um die Selbsterzeugung aller in Deutschland verarbeiteten oder auch nur konsumierten Schafwolle handeln kann. Ganz abgesehen davon, daß das praktisch kaum möglich wäre, da wir die letzten Jahre vor dem Krieg knapp 7 % unseres Wollbedarfs selbst erzeugt haben, ist dauernd hier auch kaum eine Notlage zu erwarten.

Hermann Warmbold /Hohenheim/ wies in der Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft am 14. Februar 1918 auf den wichtigen Unterschied der Nahrungsmittel gegenüber den Kleidungsstoffen hin, der aus der Art ihres Gebrauchs resultiert. Während das Nahrungsmittel beim Gebrauch verbraucht wird, handelt es sich hier nur um Gebrauch mit entsprechender Abnutzung, die aber auch im schlimmsten Fall den Rohstoff der Kleidung nicht restlos aufzehrt. Aus diesem Gesichtspunkt heraus ist es einleuchtend, daß die dringlichste Notwendigkeit die der Deckung des Nahrungsbedarfs ist, dessen Abhängigkeit die gefährdrohendste und folgenschwerste ist. In Kleidungsrohstoffen ist einmal eine weitgehende Sparpolitik möglich, andererseits sind in den Vorräten, vor allem denen der Familien, so starke Reserven vorhanden, daß bei entsprechender Einteilung und Regulierung recht lange Zeiträume überstanden werden können. Daß trotzdem jetzt eine sehr bedeutende Not in Bekleidungsstoffen und allem, was damit zusammenhängt, herrscht, rührt daher, daß wir die Notwendigkeit sparsam zu wirtschaften auf diesem Gebiet zu spät erkannt haben. Ich erinnere nur daran, was in den ersten 2 Kriegsjahren an Faserstoffen für Sandsäcke für die Stellungleute an der Front verarbeitet oder benutzt wurde, und was häufig unschwer durch andere Mittel, zum Beispiel Faschinen usw., hätte ersetzt werden können. Mit diesen Hinweisen soll nur gesagt sein, daß kein zwingender Grund besteht hier nach Eigenversorgung zu streben, die, wie ich schon bemerkte, auch gar nicht möglich wäre. Damit ist natürlich noch keineswegs zu der Frage Stellung genommen, ob und inwieweit eine weitere Ausgestaltung der deutschen Schafhaltung wirtschaftlich möglich und erwünscht wäre; noch weniger ist natürlich etwas gegen die starke Förderung der Wollerzeugung eingewendet. Wenn wir uns vergegenwärtigen, was oben über die besonderen Leistungsmo-

mente des Schafes gesagt wurde, wird man auch heute seine Prognose nicht ganz so ungünstig zu stellen haben wie es nach dem Eindruck der statistischen Zahlen scheinen mag. So sehr ein intensiver Ackerbau und eine hochstehende Rinderhaltung seine natürlichen Daseinsbedingungen eingeengt haben, es bleiben doch noch viele Möglichkeiten, die nur durch das Schaf entsprechend genutzt werden können, und es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß gerade unsere intensivsten Wirtschaften, die Futterrübenzüchter, vielfach Schafe mit Erfolg halten. Häufig hat es sich dort bewährt zur Ausnutzung des großen Anfalls von Rübenblättern im Herbst große Schafherden zwecks Mast einzustellen, was eine Art Arbeitsteilung in der Schafhaltung bedingt. Andererseits bleibt trotz aller Ödlandskultur eine nicht unbedeutliche Fläche absoluter Schafweide, die anders überhaupt keine Rente abwirft. Dazu kommt, daß möglicherweise auf vielleicht recht lange Zeit die Einfuhr von Kraftfuttermitteln verhältnismäßig beschränkt sein wird. Wenn das eintritt, so ist die notwendige Folge, daß unsere Rinderhaltung dem angepaßt wird; das heißt, sie wird neben anderen Vorkehrungen vor allem darnach trachten müssen die Zahl in Einklang mit den Futterverhältnissen zu bringen, um nicht unnütz Erhaltungsfutter zu verschwenden. Das aber bedeutet, daß für die Schafe Rauhfutter frei wird.

Wir sehen also, daß die Aussichten der Schafzucht nicht absolut schlecht sind. Immerhin handelt es sich doch in erster Linie mehr um ihre Erhaltung als um ihre Ausdehnung, um dem Verlust von Werten vorzubeugen, der sonst eintreten müßte. Die mögliche Vermehrung der Schafe dürfte sich auch nach dem oben Gesagten in mäßigen Grenzen halten, und es ist kaum anzunehmen, daß eine Verdoppelung der heutigen Zahl erreicht wird.

Besonders gelitten hat unsere Schafhaltung in der Zeit vor dem Krieg auch an der mangelnden Einheitlichkeit der Wolle für größere Gebiete und durch die dadurch bedingten niedrigen Preise, die der Wollhandel bezahlte. Dem abzuhelfen ist in Württemberg eine Genossenschaft für Wollverwertung gegründet worden, die sehr gute Ergebnisse aufweist und vor allem die Qualitäts- und damit auch Preisverhältnisse wesentlich gebessert hat. Daß nach unseren ganzen Wirtschaftsverhältnissen großes Gewicht auf die Züchtung von Fleisch-

schafen mit nur mittlerer Wollfeinheit, aber hohem Wollertrag zu legen ist, erhellt aus einem Vergleich des Erlöses aus der Wolle und dem Fleisch der Schafe, der nach Howard 1896-1897 für ein Tier einer Herde für Wolle 3,77 Mark und für Fleisch 25,66 Mark und 1910 für ein Tier der selben Herde 6,28 Mark respektive 39,85 Mark betrug. Bleibt natürlich noch abzuwarten, ob der Geschmack des Publikums für das Schaffleisch sich umstellen wird.

Unsere Wollversorgung in Friedenszeiten wird im wesentlichen Aufgabe einer zielbewußten Kolonial- und Weltwirtschaftspolitik sein, die vielleicht, wie ebenso bei den Ölfrüchten, dem Osten die entsprechenden Aufgaben stellt.

Ölfruchtbau In ähnlich starker Weise wie die Schafhaltung ist außer dem Anbau der in dieser Rundschau (in diesem Band, Seite 925 ff.) schon behandelten Faserpflanzen der der Ölgewächse zurückgegangen. An Ölgewächsen werden und wurden in Deutschland Raps und Rübsen, vorwiegend als Winterfrucht, seltener als Sommerfrucht, Mohn, Leindotter und Senf als Sommerfrucht gebaut. Außerdem gaben Flachs und Hanf als Nebennutzung stark ölhaltige Samen. Die heute mit viel Aufwand propagierte Sonnenblume war in Deutschland nie heimisch. Die Entwicklung der Anbauflächen ist aus folgenden Zahlen ersichtlich:

Fruchtart	Anbaufläche in 1000 Hektar				
	1878	1883	1893	1900	1913
Raps, Rübsen	179,4	133,5	105,8	72,7	32,8
Leindotter	2,0	3,0	1,0	1,0	—
Mohn	6,3	5,8	3,7	3,3	1,8
Senf	2,0	3,0	2,0	1,5	0,5
Flachs	138,9	108,3	61,0	33,7	(16,7)
Hanf	21,2	15,3	7,9	3,5	0,6

Diese Entwicklung fand statt, während gleichzeitig der Bedarf an pflanzlichen Ölen und Fetten ungeheuer stieg. So führten wir 1913 mehr ein als aus:

Fruchtart	Einfuhrüberschuß	
	Tonnen	Millionen Mark
Öle und Fette (meist tropisch und subtropisch)	17 864	7 903
Ölfruchte unseres Klimas (Leinsaat, Mohn, Sonnenblumen, Raps, Rübsen usw.)	725 088	172 067
Ölfrüchte der Tropen	864 630	334 936
zusammen	1 607 582	514 906

Die Gründe für diese Entwicklung liegen einmal in der Gestaltung der Preis-

verhältnisse im Zusammenhalt mit den besonderen Bedingungen des Ölfruchtbaues und dem größern Risiko, das durch die Häufigkeit von Mißernten gegeben ist (man rechnet zum Beispiel bei Winterraps in 10 Jahren auf 2 bis 3 Mißernten, während auf Getreide in der selben Zeit nur 1 trifft), sodann in den Besonderheiten des neuzeitlichen landwirtschaftlichen Betriebs. Es ist klar, daß in einer Zeit, in der die Preise für Ölfrüchte sich nicht allzu wesentlich über den Getreidepreisen bewegten, ihr Anbau zurückgehen muß, da sie quantitativ nur geringere Ernten bei höherm Aufwand und Risiko geben. Wie bekannt, gehören die Ölfrüchte in Düngung und Bodenvorbereitung zu den anspruchsvollsten landwirtschaftlichen Kulturpflanzen. Dazu muß beachtet werden, daß die deutsche Hauptölfrucht der Winterraps ist, der unter den meisten klimatischen und betriebswirtschaftlichen Verhältnissen nur nach ganzer oder halber Brache gebaut werden kann, da seine Aussaat im allgemeinen so früh geschehen muß, daß sein Anbau nach Getreide nur selten möglich ist. Winterraps muß, soll er gut gedeihen, in der ersten Hälfte des Augusts gesät werden; infolgedessen ist in den meisten Gegenden die Zeit zur Bearbeitung des Stoppelfeldes zu kurz. Winterrübsen verträgt spätere Saat, bringt aber wesentlich geringere Erträge. Daß eine Frucht, die zu ihrem Gedeihen der Brache bedarf, stark zurückgehen mußte, nachdem die Verhältnisse sich in Richtung auf Einengung der Brache entwickelten, liegt auf der Hand, um so mehr als auch die Preisverhältnisse keinen Ersatz für den großen Bodenaufwand in Aussicht stellten. Hier war der Hackfrucht-, besonders Zuckerrübenbau viel lohnender, er verwertete die großen Düngermassen höher, nicht nur der Geldrente sondern auch der absoluten Nährstoffproduktion nach, bei ähnlich günstigen sonstigen Wirkungen wie Ölfruchtbau. Diese Verhältnisse müssen zunächst im Auge behalten werden, um zu sehen, daß die Verdrängung des Rapses in den meisten Fällen mit einer höhern Bodennutzung parallel läuft. Die Sommerölfrüchte haben in Deutschland nie eine sehr große Rolle gespielt. Ihre Anbaufläche betrug immer nur wenige Prozent derjenigen des Rapses. Gründe dafür sind das große Risiko und die niedrigen Erträge, mit Ausnahme des Mohns; dessen Anbau aber steht hindernd der außerordentliche Arbeitskonsum seiner Kultur im Weg, der unter

unseren Verhältnissen privat- und volkswirtschaftlich durch Zuckerrüben respektive Gemüsebau besser verwertet wurde. Mohn ist im allgemeinen auch nur für den Kleinbetrieb geeignet.

Der Anbau der Sonnenblume wurde im 19. Jahrhundert mehrmals versucht und mit ähnlichem Eifer angepriesen wie heute. Er konnte nie starken Boden gewinnen, und die Erfahrungen, die mit seinem Anbau während des Krieges gemacht wurden, sind nicht ermutigend. Charakteristisch ist, daß die Sonnenblumenagitation, die ebenso wie die für den Anbau von Nesseln fast zur Manie geworden ist, in der Regel von Nichtlandwirten ausgeht, die von den Erfahrungen, die gemacht worden sind, und den Anbaubedingungen keine Ahnung haben, und die die Frage allenfalls nach den Ergebnissen, die sie von ihrem Garten erzielt haben, beurteilen.

So sind im ganzen die Aussichten des Ölfruchtbaus nicht glänzend. Und das Programm, das der Deutsche Verein für Volksernährung aufgestellt hat, ist rein theoretisch, deklamatorisch, ohne Fühlung mit der Praxis, ohne Möglichkeit starker Wirkung. Er verlangt $\frac{1}{2}$ Million Hektar für Raps, 1 Million für Rübsen, Leindotter, $\frac{1}{2}$ Million für Lein und Flachs, $\frac{1}{4}$ Million für Mohn, $\frac{1}{4}$ Million für Sonnenblumen, im ganzen 3 Millionen Hektar für Ölfrüchte. Die geforderte Fläche ist ganz außerordentlich groß, und sie würde, selbst wenn man nur 10 % Ertrag pro Hektar rechnet, mehr Öl ergeben als unser Bedarf vor dem Krieg betrug. Der Gesichtspunkt des Vereins für Volksernährung ist dabei der, daß ein Teil des konsumierten tierischen Fettes durch pflanzliches zu ersetzen sei, um den Umweg über das Tier, bei dem viel Energie verbraucht wird, zu sparen. An sich hängt das natürlich nicht vom Produzenten ab, der im allgemeinen das zu produzieren hat, was der Konsument verlangt, und der dies aus dem Preis erfährt. Ob es gelingt das Publikum von Schweinefleisch und Fett hinweg zu pflanzlichen Ölen zu bringen, ist für den Landwirt als solchen belanglos. Der Volkswirt wird dieser Frage vielleicht anders gegenüberstehen, insofern er auf eine möglichst produktive Verwendung der Arbeit bedacht sein muß. Indes ist auch sein Einfluß auf eine Änderung der Geschmacksrichtung gering. Anders liegen die Ver-

hältnisse natürlich in einer Notzeit wie der jetzigen, wo der Zwang der Verhältnisse manches bewirkt, was sonst unmöglich wäre. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß auch der Krieg eine namhafte Erhöhung der Anbauflächen für Ölfrüchte, gemessen am Bedarf, nicht gebracht hat und nach Lage der Verhältnisse auch nicht bringen konnte. Denn abgesehen von den betriebstechnischen Schwierigkeiten kam hemmend noch der Mangel an Dünger, besonders an Stickstoff, hinzu. Andernfalls hätten zweifellos manche Zuckerrübenwirtschaften, die aus Arbeitermangel ihre Rübenflächen einschränken mußten, in erhöhtem Maß zum Anbau von Ölfrüchten gegriffen.

So sehr wir für die Kriegszeit bestrebt sein müssen den Anbau von Ölfrüchten mit allen Mitteln (ausgenommen den Pflichtanbau, der nur Landverschwendung bedeuten würde) zu fördern, so wenig dürfen wir uns über die künftigen Möglichkeiten, die er bietet, Illusionen hingeben. Ganz und gar utopisch ist natürlich das oben angeführte Anbauprogramm. Wir werden für die Gewinnung pflanzlicher Öle immer in beträchtlichem Maß auf Einfuhr angewiesen sein. Hier liegen die Aufgaben einer deutschen Kolonialpolitik, liegen auch die Möglichkeiten, die eine wirkliche und dauernde Verständigung mit dem Osten bietet.

Kurze Chronik Die Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Braunschweig beschloß am 26.

Juni 1918 die Abänderung verschiedener gesetzlicher Bestimmungen über das Tuberkuloseverfahren, um die Bekämpfung dieser Seuche erfolgreicher zu gestalten. ◊ Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen beantragt die Errichtung eines bakteriologischen Instituts und eines Instituts zur wissenschaftlichen Erforschung von Tierseuchen. ◊ Die bayrische Regierung hat den landwirtschaftlichen Körperschaften einen Gesetzentwurf über die landwirtschaftliche Berufsvertretung zur Stellungnahme zugeleitet. Bayern ist der einzige größere Staat in Deutschland, der noch keine Landwirtschaftskammern hat. Er behält sich bisher mit dem an sich gut organisierten Landwirtschaftlichen Verein und dem Landwirtschaftsrat, die aber den gesteigerten Anforderungen organisatorisch nicht mehr gewachsen sind.